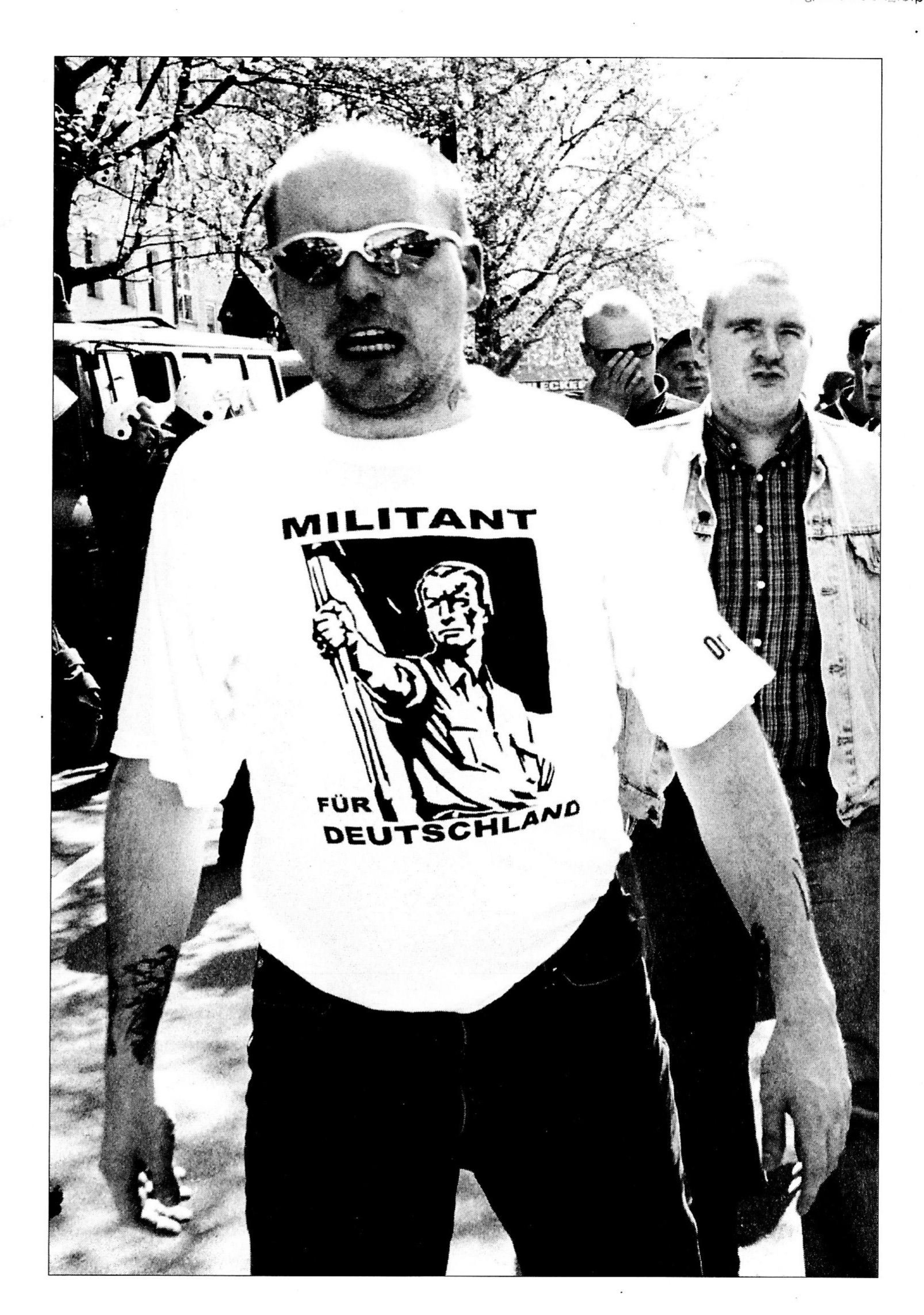
Rechte Terrorstrukturen

H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 85
Nov./Dez. 03
2,00 Euro

DER RECHTE RAND



Informationen von und für AntifaschistInnen

Schill-Partei – VS-Seminar in NRW – Immobilienkauf von Neonazis – Filbinger-Ehrung – Schwerpunkt rechte Terrorstrukturen: Sprengstofffunde in München – Geschichte des rechten Terrors – Mord in Overath – Wehrsport – „Zentralorgan"-Verfahren – Neonazi-Szene Mittelfranken – DVU – Sebnitz: „Tag der Sachsen" – Beuys – SS-Mann Wolters – „Zentrum gegen Vertreibungen" – Rezensionen – Meldungen

In diesem Heft

Fotos in dieser Ausgabe: adip (S. 16); Antifa A&P München (S. 7(5)); art Dresden (S. 19); Bildarchiv Der Rechte Rand (S. 8, 25); DOK (S. 14, 24); P. Jülich (S. 9,10,11(oben),18).

Editorial

Am 11. September 2003 wurde die bundesrepublikanische Öffentlichkeit durch Zeitungsmeldungen über ein neonazistisches Komplott aufgeschreckt. Tags zuvor hatte die Polizei in München bei „einer Gruppe Rechtsextremer 14 Kilogramm Sprengstoff entdeckt, darunter 1,7 Kilogramm TNT und zwei Handgranaten“ wie es in den ersten Meldungen hieß. Inzwischen ist bekannt, dass die „Kameradschaft Süd“ mit ihrem Anführer Martin Wiese (27) einen größeren Anschlag geplant hatte. Nach Aussagen einiger inzwischen verhafteter Neonazis wollten sie eine Bombe bauen und am 9. November auf der Baustelle des jüdischen Gemeindezentrums in München zur Explosion bringen. Am 65. Jahrestag der Reichspogromnacht ist auch die Grundsteinlegung für das Zentrum geplant. An dem Festakt werden Paul Spiegel, der Vorsitzende des Zentralrates der Juden, Bundespräsident Johannes Rau und Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber teilnehmen. „In diesem Zusammenhang wäre das nicht nur ein Anschlag gegen uns, sondern gegen alle demokratischen Institutionen und Menschen gewesen“, sagte Charlotte Knobloch, Präsidentin der jüdischen Gemeinde in München. Bayerns Innenminister Günther Beckstein forderte einen verstärkten Kampf gegen Rechtsextremismus und beschwor das Gespenst einer „Braunen Armee Fraktion“ (BAF). Erstmalig gab Beckstein in der Öffentlichkeit zu, dass die sogenannten „Freien Kameradschaften“ über eine feste Organisationsstruktur verfügen, mithin Neonazis zukünftig nicht mehr nur als Einzeltäter verfolgt und bestraft werden können.

Aufgeschreckt wurde die Öffentlichkeit auch durch einen Dreifach-Mord in Köln-Overath, den der ehemalige Kandidat der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ Thomas Adolf (45) an einen Rechtsanwalt, dessen Ehefrau und Tochter begangen haben soll. Dass manche Neonazis als lebende Zeitbomben unter uns leben, darauf wurde von AntifaschistInnen schon vor zehn Jahren hingewiesen. Die Mordtaten der Bergers, Diesners und jetzt Adolfs hätten bei einem kompromissloseren Umgang mit den Neonazis verhindert werden können.

Zu dem laxen Umgang gehört z. B., dass Hinweisen auf Wehrsportübungen noch immer nicht angemessen nachgegangen wird. Das zeigt der Vorfall in dem kleinen Dorf Jamel (Mecklenburg-Vorpommern), in dem ein Neonazi die Bewohner schikaniert.

Ein Grund für den laxen Umgang mit neonazistischen Gewalttätern liegt in der allzu oft nur halbherzigen Abgrenzung zum Faschismus. Wie sollen junge Menschen den Umgang mit dem Nationalsozialismus lernen, wenn der Schulweg und die Schule, auf der sie unterrichtet werden, den Namenszug eines Nazi-Dichters trägt wie in Wiesbaden-Naurod.

Ähnliches gilt für Ehrungen von Nazis. Warum werden der ehemalige NS-Marinestabsrichter Hans Filbinger und der SS-Mann Gustav Wolters aus Stade von heutigen Politikern bevorzugt behandelt? Warum wird am 23. Oktober die Neuinszenierung des Theaterstücks „Die Wölfe“ des Nazi-Dichters Hans Rehberg im Stadttheater von Erlangen Premiere haben?

Diese Form der „Aufarbeitung der Vergangenheit“, die Theodor W. Adorno in einem gleichnamigen Essay bereits in den fünfziger Jahren kritisierte, führt zu solchen Ereignissen wie in München, die wir mit aller Kraft bekämpfen müssen!

Der nächste Rechte Rand erscheint Anfang Januar. Redaktionsschluss ist am 12.12.2003.

Termine

Am 27.11. 2003 findet in der Reihe „Lebenszeugnisse“ um 20.00 Uhr im Literaturforum im Brecht-Haus, Chausseestr. 125, 10115 Berlin die Veranstaltung „Jüdischer Widerstand in Warschau“ statt. Helmut Homfeld berichtet über das Leben von Havka Folman Raban.

Kontakt: Zentrum für Antisemitismusforschung, Ernst-Reuter-Platz 7, 10587 Berlin. Weitere Infos: www.tu-berlin.de/zfa.

„Nur mit Ronald Schill ..."

Bangen und Hoffen auf schillerndes Comeback

Nummer 81 in der Hamburger Bürgerschaft ist der Platz jenes Mannes der immer die Nummer 1 sein will. Mit der Entlassung des Hamburger Innensenators Ronald Schill ändert sich aber nicht die hanseatische Politik. Die Mitte-Rechts-Koalition von CDU, Schill-Partei und FDP baut weiterhin die „Innere Sicherheit" aus, fördert die Elitebildung, grenzt „Problemgruppen" aus und kürzt Sozialleistungen. So bewegt die Partei des „Senator Skrupellos" auch nur eine Frage: Wie viel Schill braucht die Schill-Partei?

von Andreas Speit

Fast zwei Monate nachdem Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust (CDU) Schill entließ, weil der gedroht hatte, Beusts angebliche homosexuelle Beziehung zu einem Senator öffentlich zu machen, um seinen Staatssekretär halten zu können, droht die Schill-Partei sich an dieser Frage zu zerstreiten. Die Fans an der Hamburger Parteibasis, die trotz aller Skandale dem „Richter Gnadenlos" noch treu ergeben sind, gehen gegen „die da oben" vor. „Da oben" sind diesmal aber nicht die anderen Politiker der Volksparteien, sondern einige Fraktionsmitglieder, die sich für den Rückzug des Parteigründers ausgesprochen hatten. „Dabei hat Schill die doch groß gemacht", empört sich Karlheinz Eversmann, Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle, über die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Manfred Silberbach und Rolf-Gerhard Rutter. Den Senatoren Mario Mettbach, Dirk Nockemann und Peter Rehaag und den Vorsitzenden der Bürgerschaftsfraktion meinen etliche in der Partei läge zu viel an einer reibungslosen Fortsetzung der Koalition. Der „Dank" dieser „Herren" an Schill für sein politisches Engagement nach dem Rausschmiss sowie deren Bitte parteiintern aktiv zu bleiben, enttäuscht viele Mitglieder. Silberbach bestreitet nun die Aussage „Schill ist zurzeit eher eine Belastung". Er betont viel mehr ausgeführt zu haben: „Ich wünsche mir lediglich ein bisschen politische Zurückhaltung, nach rund zwei Jahren stünde dann einer Rückkehr Schills auf die politische Bühne nichts mehr im Wege". Den Getreuen erschien diese Überlegung für die in zwei Jahren stattfindende Bürgerschaftswahl als Verrat. „Silberbach war früher bei der SPD, da wäre er besser geblieben", wettert Eversmann. Noch unbeliebter machte sich Rutter in der Fangemeinde als er eine neuerliche Spitzenkandidatur Schills ausschloss. Schills Meinung und seine Arbeit seien weiterhin gefragt, betont Rutter, nur seine Person könnte in der Koalition stören.



Die beiden Bürgerschaftssitzungen nach dem Schill-Skandal bestätigten Rutters Einschätzung. Während der Ex-Senator bei keiner Fraktionssitzung auftauchte und auch kein Interesse für die Sacharbeit zeigte, genießt er sichtlich die Auftritte im Landesparlament. Nicht ohne auf Provokationen, wie spontaner Applaus für die rot-grüne Opposition und provozierendes Signieren von Autogrammkarten, zu verzichten aber dieses Agieren akzeptierten die Fans. Den Mitgliederschwund des Landesverbands von 1.200 auf 988 Anhänger führten sie denn auch nur auf die „neuen Herren" zurück. „Die Leute sind ausgetreten", glaubt Eversmann nicht allein, „als klar wurde, dass möglicherweise der Bundesvorsitzende Mario Mettbach jetzt auch noch Landesvorsitzender werden will". Dass vor dieser befürchteten Machtaneignung erst einmal die Satzung geändert werden müsste, beruhigte die verärgerten Schill-Freunde nicht. Die Parteiführungen auf Bundes- und Landesebene suchen aber ebenso eine Antwort, wie sie mit ihrem in Ungnade gefallenen schillernden Parteigründer umgehen sollen, wenn sie keine anderen interessanten Parteiführer haben. In der Partei hat sich, wie in rechtspopulistischen Strukturen üblich, bisher keine weitere charismatische Figur herausgebildet. Mit den gut verdienenden Schill-Abgeordneten, dürften Mettbach und Co befürchten, könnte sich ein echter Schill-Anhänger wenig identifizieren. Dass Schill Fehler machte, räumen allerdings auch die Getreuen ein. „Er hat Dinge gesagt, die er bei genauer Überlegung sicher nicht gesagt hätte", glaubt Eversmann, „das war ein bisschen unhanseatisch". Trotzdem ist er überzeugt: „Ohne Schill wäre die Partei am Ende". Am Telefon in der Landesgeschäftsstelle würde er täglich hören, Schill sei ein „guter Mann: Er sagt eben, was er denkt".

Der sonst so mediensuchende Schill meidet gegenwärtig die Presse. „Kein Kommentar", antwortet er dem Hamburger Abendblatt auf die Frage zu seiner politischen Zukunft. Völlig unklar scheint in der Partei zu sein, ob der Namensgeber des Parteikürzels am 29. November erneut als Landesvorsitzender kandidieren möchte. Nur seine engsten Vertrauten lässt er wissen, wie es ihm geht. „Er ist maßlos enttäuscht über einige Parteifreunde, die sich öffentlich abfällig über ihn äußern", erklärt Fraktionsmitglied und Landesgeschäftsführer Wolfgang Barth-Völkel und ist sich sicher: „Nur mit Ronald Schill als Spitzenkandidat haben wir bei der nächsten Wahl gute Chancen".

Um die Chancen des „Bürgerblocks" bei den Bürgerschaftswahlen 2005 sorgt sich auch die CDU. Denn die zahlreichen Eskapaden Schills veränderten lediglich das Kräfteverhältnis innerhalb der Koalition. Zusammen verfügen CDU und Schill-Partei laut Umfragen, wie bei der Wahl 2001, über 45 Prozent der Stimmen. Nur - die CDU erhält jetzt 40 und die Schill-Partei 5 Prozent. Sollten von Beust die Koalitionspartner verloren gehen, könnte er die Macht verlieren. Ein mögliches Comeback des rechten Populisten dürften denn auch nicht nur die Schillianer fürchten und hoffen.

90 Jahre Filbinger

Gestern Unrecht - heute aller Ehren wert

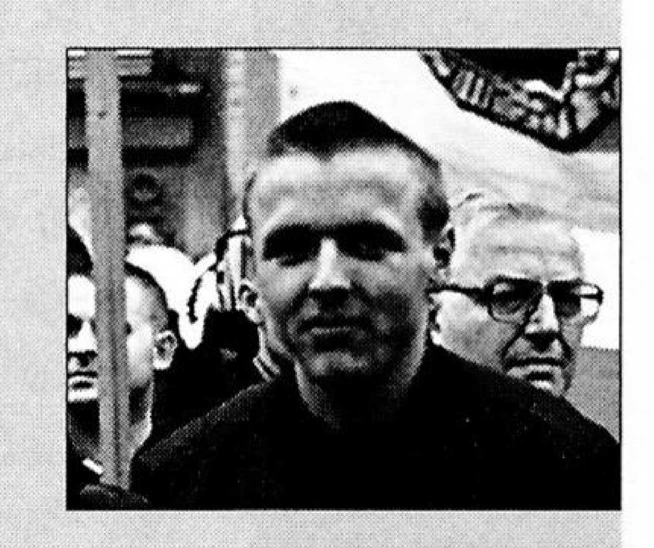
von Elke Günther

Der „furchtbare Jurist" und frühere Ministerpräsident Hans Filbinger ist am 15. September diesen Jahres 90 geworden und die baden-württembergische Landesregierung lud tags darauf stilsicher zum Ehrenempfang in die Ahnengalerie des Ludwigsburger Schlosses. Der amtierende Ministerpräsident Erwin Teufel lobte Filbingers „Klarheit des juristischen Denkens". Als Ministerpräsident habe der heutige Ehrenvorsitzende der Landes-CDU „Großes geleistet und Bleibendes geschaffen." In Filbingers Heimatort Freiburg, wo er während seines Jurastudiums in der braunen Uniform des SA-Studentensturms aufgetreten war, war die geplante Jubelfeier am Protest einer demokratischen Öffentlichkeit, unterstützt von DGB, SPD- und Grünen-Stadträten, gescheitert. Als schließlich Freiburgs grünes Stadtoberhaupt Salomon seine Teilnahme verweigerte, wurde das Unternehmen Filbinger-Ehrung von der Familie des Jublilars abgeblasen. Doch auch in Ludwigsburg (bei Stuttgart) regte sich Protest. IGM, „Antifaschistisches Netzwerk" und VVN-BdA riefen zur Gegenkundgebung auf. „An diesem Mann gibt es nichts zu würdigen und nichts zu ehren, deshalb protestieren wir in aller Schärfe gegen diese Veranstaltung", erklärte VVN-BdA Bundessprecher Werner Pfennig vor etwa 200 Kundgebungsteilnehmern in der Ludwigsburger Fußgängerzone.

Ausführlich „würdigte" Pfennig das „Lebenswerk" des Mannes, der nach einem Urteil des Stuttgarter Landgerichts als „furchtbarer Jurist, der sogar noch in britischer Gefangenschaft einen deutschen Matrosen mit Nazigesetzen verfolgt hat" bezeichnet werden darf und der in den 12 Jahren seiner Regentschaft mit mehr als 70. 000 „Gesinnungsüberprüfungen" und Verleumdungskampagnen gegen alles Linksverdächtige im Mc Carthy-Stil das vordem eher liberal geprägte Bundesland auf strammen Rechtsaußenkurs getrimmt hatte.

„Was gestern Recht war, kann heute nicht Unrecht sein." Diese entlarvende Aussage wurde Filbinger schließlich zum Verhängnis, weil sie - an Deutlichkeit kaum zu übertreffen - eine ungebrochene geistige Nähe zum Faschismus dokumentiert. Der Mann, dem bei seinem Rücktritt am 7. August 1978 die Mitwirkung an vier Todesurteilen an Marinesoldaten nachgewiesen wurde und der 1935 als Student für die Zeilen verantwortlich zeichnete: „Erst der Nationalsozialismus schuf die geistigen Voraussetzungen für einen wirksamen Neubau des deutschen Rechts [...] Schädlinge am Volksganzen [...] werden unschädlich gemacht werden [...]" ist sich selbst treu geblieben. In Worten und Taten. Am 11. Oktober wird der Gründer und Ehrenpräsident des „Studienkreises Weikersheim" in der Karlsruher Schwarzwaldhalle auf Einladung des „Bundes der Vertriebenen" zum Thema „Mit Menschenrechten Europa vollenden" sprechen. Da kommt zusammen, was zusammen gehört. Protestaktionen sind angekündigt.

Blasen- und Schwielen



Nils Huschke

Am 13. September 2003 war es wieder soweit, Neonazis aus mehreren Bundesländern trafen sich zum „3. Blasen und Schwielenmarsch". Hierbei handelt es sich um eine Mischung aus Wehrertüchtigung und „Freizeitvergnügen", bei der die „Kameradinnen und Kameraden" ca. 40 km mit 10 bzw. 5 kg (Frauen und Kinder) Gepäck zu überwinden haben. Zu den unterwegs zu lösenden Aufgaben gehört auch, dass je ein Teilnehmer pro Gruppe hochprozentige Getränke zu sich nehmen muss. Diese sog. Knüppelmärsche stellen seit Jahren einen Anziehungspunkt für die regionale und überregionale Naziszene dar.
Tat sich im letzten Jahr noch der aus Bünde bei Bielefeld kommende Michael Stephan als Mitorganisator hervor, übernahm dieses Jahr Nils Huschke von den „Freien Nationalen Kräften" Barsinghausen die Organisation. Die politische Breite des Teilnehmerfeldes spiegelt sich in den Siegern und Organisatoren wider. Bewegt sich Stephan in der rechten Skinhead- bzw. RechtsRock-Szene und arbeitete an dem Fanzine „Skinhead-Meeting" mit, so gehören die Organisatoren diesen Jahres zum Spektrum der „Freien Kameradschaften". Diesjähriger Sieger wurde mit Unterstützung der Ortsgruppe Minden der „Kameradschaft Weserbergland" die „NPD Minden".
Im Anschluss an die Pokalverleihung fand ein Kameradschaftsabend statt. Derartige Veranstaltungen bilden mit ihrer Mischung aus Militanz und Freizeitvergnügen eine Klammer zwischen den verschiedenen Spektren der neonazistischen Szene aus Parteien, Kameradschaften und rechten Skinheadgruppierungen.

Gefährliche Umdeutungen

Nicht alle Herren im Anzug gehören zum Amt. Auch nicht alle Damen im Kostüm. Unter dem Motto „Die Neue Rechte - eine Gefahr für die Demokratie?" hatte das Verfassungsschutzamt Nordrhein-Westfalen (VS NRW) am 8. Oktober diesen Jahres nach Düsseldorf geladen. An die 140 Teilnehmer aus Wissenschaft, Bildung, Medien und Verfassungsschutz kamen zu der Fachtagung.

von Christian Dornbusch & Andreas Speit

Erstmals wollte der VS NRW mit einem externen Fachpublikum über die „Neue Rechte" streiten, weshalb das Amt u.a. als Referenten Kurt Sontheimer, Wolfgang Gessenharter, Christoph Butterwegge und Uwe Backes eingeladen hatte. Schon Wochen vor der Tagung versuchte die Redaktion der „Junge Freiheit" (JF) um Dieter Stein dem VS zu unterstellen, mit „Linksextremisten" zusammenzuarbeiten und eine „sagenumwobenene Neue Rechte" herbei zu beobachten. Neben der Redaktion der „Welt am Sonntag" griffen Berliner und Düsseldorfer CDU-Abgeordnete die Behauptungen wohlwollend auf (siehe DRR 84. S. 14 f.). Allein diese Kampagne, betonte Innenminister Behrens bei der Begrüßung, offenbare, welche Möglichkeiten die „Neue Rechte" hätte. „Intellektuelle Rechts-

extremisten sind genauso gefährlich, wie brutale Neonazis", erklärte Behrens. Denn sie wollten „die politischen Koordinaten durch Meinungsmache nach Rechtsaußen verschieben". Kaum hatte Behrens geendet, begann Götz Kubitschek, als Geschäftsführer des „Institut für Staatspolitik" über die Beobachtung durch den VS zu lamentieren. Der Bitte des Moderators, bei den Referaten und in den Arbeitsgruppen die vermeintlichen Einwände einzubringen, folgte der Echauffierte nicht. Nachdem Sontheimer ohne Bezug zur Gegenwart nur über die Vergangenheit des „antidemokratischen Denkens" redete, schimpfte Kubitschek erneut. Der angestrebte Rausschmiss erfolgte aber nicht. So zog er denn unverrichteter Dinge von dannen. Den Auftritt führte Gessenharter sogleich als beispielhaft für die Diskussions- und Demokratieunfähigkeit der „Neuen Rechten" vor. Sontheimer musste jedoch Gessenharter nach seinem Referat darüber aufklären, dass das Zitieren von Carl Schmitt ohne Rekurs zur „Neuen Rechten" kein Indiz für deren antidemokratische Positionen wäre. Über die Gefahr der „Neuen Rechten" herrschte beim abschließenden Plenum, nach verschieden AG's zur JF oder studentischen Verbindungen, kaum Einigkeit. Uwe Backes meinte, dass die „Neue Rechte" eine „fast zu bemitleidende Minderheit" wäre, und sorgte sich, dass die „gemäßigte Rechte aus dem Verfassungsbogen ausgeschlossen würde. Dem widersprach Butterwege vehement, denn die „Erosion der Abgrenzung" zum Rechtsextremismus würde sich auch in der „Umdeutung sozioökonomischer Krisenprozesse in ethnischen Konfliktkonstellationen" widerspiegeln. NRWs VS-Chef Hartwig Möller führte, gänzlich von Backes Beschönigungen unberührt aus, dass gerade die JF „die Geisteshaltung der Münchener Sprengstoffattentäter mitverantworte". Mit neuen Informationen über die „Neue Rechte", Vernetzungen in der Szene oder gar Beziehungen zur „Mitte der Gesellschaft", hielten sich aber alle VS-Referenten zurück. Nach der Tagung versuchte die gescholtene Wochenzeitung erneut, ihre Beobachtung durch den VS als „staatliche Eingriffe in demokratische Grundrechte" zu verdrehen. „Wir steuern", weiß Stein, „direkt auf eine DDR-light zu". Ein Vergleich, den Peter Freitag aufgreift, der die Behörde in die Nähe der Stasi rückt. Im Gespräch mit Kubitschek hinterfragt Moritz Schwarz allerdings dessen Störversuch, wusste er wohl, wie dieses Auftreten bei den Gesinnungsfreunden aufgenommen wurde. Der Inhaber des Verlag „Edition Antaios" rechtfertigte seinen Auftritt aber als „gezielten Regelverstoß". Für viele Tagungsbesucher war dieses Benehmen aber tatsächlich „unmöglich".

Totalitarismus - ein aufrichtiger Glaube?

Fünf Monate Amtszeit benötigte der neue Direktor des „Hannah-Arendt-Instituts" (HAIT) in Dresden, um das Zentrum für Totalitarismusforschung weiter in Verruf zu bringen.

von Raimund Hethey



„Scientology"-Büro in Brüssel

Der rechtskonservative Kirchenrechtler Gerhard Besier, gelegentlicher Interviewpartner der faschistoiden „Jungen Freiheit", musste sich bei seinem Dienstherr, Wissenschaftsminister Matthias Rößler (CDU) für seinen Auftritt bei den Scientologen rechtfertigen. Am 17. September hielt Besier eine Begrüßungsrede anlässlich der „Eröffnung des offiziellen „Scientology"-Büros in Brüssel".

Der ehemalige Heidelberger Kirchenhistoriker nahm den Ruf auf den Lehrstuhl Totalitarismusforschung der „Technischen Universität Dresden" und die damit verbundene Leitung des HAIT Anfang des Jahres an. Bekannt wurde Besier durch das dreibändige Werk „Der SED-Staat und die Kirche" und sein Werk „Die Kirchen und das Dritte Reich". 1997 erhielt er den Historikerpreis des „Historischen Kollegs München". Der 54-jährige löste Heinrich Oberreuter ab, der das HAIT für ein Jahr leitete, nachdem das Kuratorium unter Führung von Matthias Rößler den Vertrag von Direktor Klaus-Dietmar Henke nicht verlängert hatte. Vorangegangen waren heftige Streitigkeiten über eine Arbeit des Institutsmitarbeiters Lothar Fritze, in der er den Hitler-Attentäter Georg Elser diskreditierte [vgl. DRR Nr. 67]. In Sachsen wird die „Scientology"-Gruppe vom Verfassungsschutz beobachtet und das Landesamt unterhält sogar eine eigene Hotline, über die sich „Scientology"-Opfer vertraulich an die Behörde wenden können. Keine Frage, dass Totalitarismusforscher Gerhard Besier eine Mitgliedschaft bei den Scientologen energisch bestritt und seinen Aufenthalt in Brüssel als Privatvergnügen erklärte. In seiner Rede, die auf der Website der Scientologen zu finden war, fand er durchaus unterstützende Worte für eine Organisation, über deren pseudoreligiösen Hintergrund keine Zweifel bestehen sollten: „Von allen neuen religiösen Bewegungen in Deutschland ist Scientology bei weitem die sichtbarste und überstand viele Angriffe. Die Schlacht ist noch nicht vorüber. Aber schon jetzt hat die Scientology Kirche einige beachtenswerte und sich als Präzedenzfälle erweisende juristische Siege vor den Gerichten gewonnen. [...] Die Scientology Kirche steht in der ersten Reihe derjenigen, die für die Akzeptanz von religiösem Pluralismus kämpfen. Scientologen geben nicht auf. Sie sind entschlossen. Sie halten durch. Sie zeigen Mut angesichts von Hindernissen. Ich bin davon überzeugt, nur ein aufrichtiger Glaube an ihre Religion kann diesen Grad an Engagement und Hingabe hervorbringen. Und das ist es, warum die Scientology Kirche einen Kampf für Toleranz führt der jedem zugute kommen wird. Und ihr Beispiel gibt Hoffnung für andere. Herzlichen Dank".

Jenaer Glas „für die Opfer der kommunistischen Diktatur 1945-1989“

Wird den offiziellen Bekundungen deutscher PolitikerInnen Glauben geschenkt, handelt es sich bei den Aktionen vom 17. Juni 1953 um nichts weniger als ein vorweggenommenes, aber gescheitertes 1989.

von Klaus Plettmann und Heinz Knepel

Die Universitätsstadt Jena schreibt Denkmalsgeschichte. Bundesweit soll hier das erste „Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Diktatur“ entstehen. Ein ehemaliger Zeiss-Mitarbeiter, Karl Heinz Johannsmeier möchte in „seiner Vaterstadt“ ein Denkmal setzen. Er selbst zählt sich zu den Opfern des Kommunismus. Nach seiner Flucht in den Westen kehrt er jetzt als amerikanischer Millionär nach Deutschland zurück. Nachzulesen ist seine Erfolgsstory auch unter dem Titel „Neun Leben sind nicht genug – Mein Weg vom Stasihäftling zum Erfolgsunternehmer in Silicon Valley“. Ein Verschnitt aus Karl May, Wolfgang Leonhard und Rosamunde Pilcher eines von sich selbst überzeugten Mannes. In dem „Spektakel“ um die Errichtung des Mahnmals übernimmt er dann auch die Hauptrollen des großzügigen Mäzens mit einer „sechsstelligen“ Summe und zugleich die des schaffenden Künstlers. In Unternehmermanier diktierte Johannsmeier die Bedingung: Ein klares Ja zum Standort Jena, aber nur wenn ein Entwurf nach seinen Vorstellungen gebaut wird. Mit der Unterstützung des zupackenden FDP-Oberbürgermeisters Röhlinger wurde das Projekt im Oktober 2002 durch den Stadtrat gepeitscht. Danach soll ohne eine Ausschreibung ein „Johannsmeier“ als Mahnmal unter wissenschaftlicher Obhut eines Beirates gebaut werden.



Der Entwurf von Johannsmeier sah die Errichtung von vier monumentalen Glasstelen vor, in denen die Namen von „400 000 DDR-Inhaftierten“ eingraviert werden sollten. In seiner letzten überarbeiteten Fassung halbiert er die Höhe der Glasstelen auf 4 m Höhe, welche nun den Bruch in der Mauer symbolisieren sollen. Aus Datenschutzgründen können die Namen der Opfer allerdings nur als „Barcode“ eingraviert werden. Nach diesem letzten Entwurf könnte man auf dem im Boden eingelassenen Spruchband: „Menschenwürde“ - „Freiheit“ - „Zivilcourage“ - „Wahrhaftigkeit“ flanieren, umrahmt von einem Wasserspiel, welches die „Aufenthaltsqualität“ verbessern soll.

Neben der Kritik an der Ästhetik hagelte es massive inhaltliche Proteste. So kann die von Johannsmeier vorgebrachte Zahl der 400 000 Opfer in der DDR keiner so recht nachvollziehen. So vermutet Prof. Niethammer von der „Friedrich-Schiller-Universität Jena“, dass diese Zahl auch die durch die Besatzungsmacht inhaftierten Nazis enthält. Bei diesen Zahlenspielen wird die Schwierigkeit des ganzen Projektes deutlich. Wer ist Opfer? Für Prof. Veen von der „Stiftung Ettersberg zur vergleichenden Erforschung europäischer Diktaturen und ihrer Überwindung“ ist klar, mit dem Mahnmal sind immer die politischen Verfolgten gemeint. Also auch die inhaftierten Nazis? CDU-Innenminister Andreas Trautvetter übte „konstruktive Kritik“ an den Kritikern in seinem Wahlkreis Jena. Er forderte demokratisch, dass die Experten jetzt mal schweigen sollten, die Opfer hätten das Wort.

Trotz der heftigen Kritik von allen Seiten und dem spektakulären Rücktritt von Buchenwald-Gedenkstättenleiter Knigge aus dem wissenschaftlichen Beirat des Mahnmales, setzte sich Hobbykünstler Johannsmeier mit seinen Vorstellungen durch. Pünktlich zum 50 Jahrestag des 17. Juni erfolgte die Grundsteinlegung in der Jenaer Innenstadt. Nicht an einem historischen Ort, sondern symbolisch zentral neben dem Rathaus mitten im Stadtzentrum soll nun das Mahnmal platziert werden. Zur Grundsteinlegung erschien die CDU-Elite Thüringens, Vertreter der Opferverbände, der Mäzen selbst und natürlich die Stadtprominenz. So konnte Ministerpräsident Dieter Althaus in seiner Festrede seine Totalitarismustheorien vor einem dankbaren Publikum ausbreiten. Sowohl Kommunismus als auch der Nationalsozialismus hätten mit den Menschen Unmenschliches vorgehabt und unmenschlich gehandelt. Er, so Althaus, wolle nicht die beiden Systeme gleichsetzen, jedoch die Tatsachen anerkennen. Dem Kommunismus sei es um die Ausrottung der Andersdenkenden gegangen. Einwürfe von KritikerInnen wurden von den anwesenden Gästen

Festnahme wegen Brandanschlag

Drei junge Rechtsextremisten im Alter zwischen 17 und 23 Jahren aus dem Raum Backnang wurden am 17. Oktober festgenommen. Sie hatten in der vorangegangenen Nacht zum Freitag das Vereinsheim des türkischen Kultur- und Jugend-Vereins im baden-württembergischen Murrhardt in Brand gesetzt. Der Sachschaden beträgt rund 15.000 Euro. Personen kamen nicht zu Schaden. Am Tatort war ein mit Nazisymbolen beschmierter Stein gefunden worden. Solche Steine waren seit Mai dieses Jahres bei mehr als zwei Dutzend einschlägiger Straftaten gefunden worden. Gegen die geständigen Täter wurde Haftbefehl erlassen; sie sitzen in Stuttgart-Stammheim ein.



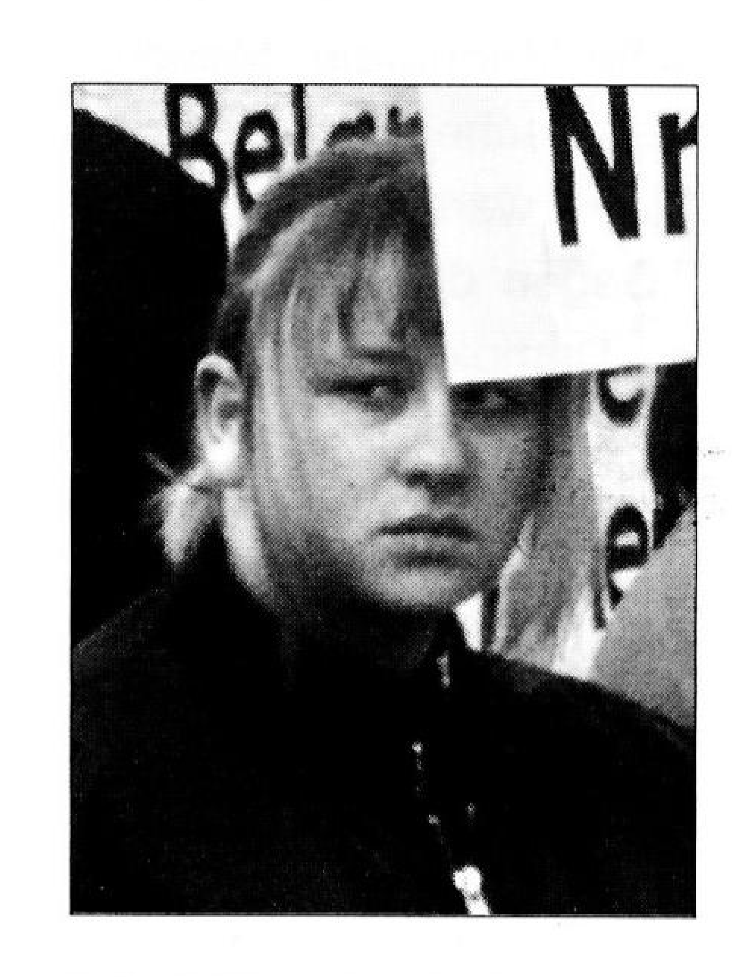
Aus für REP in Passau

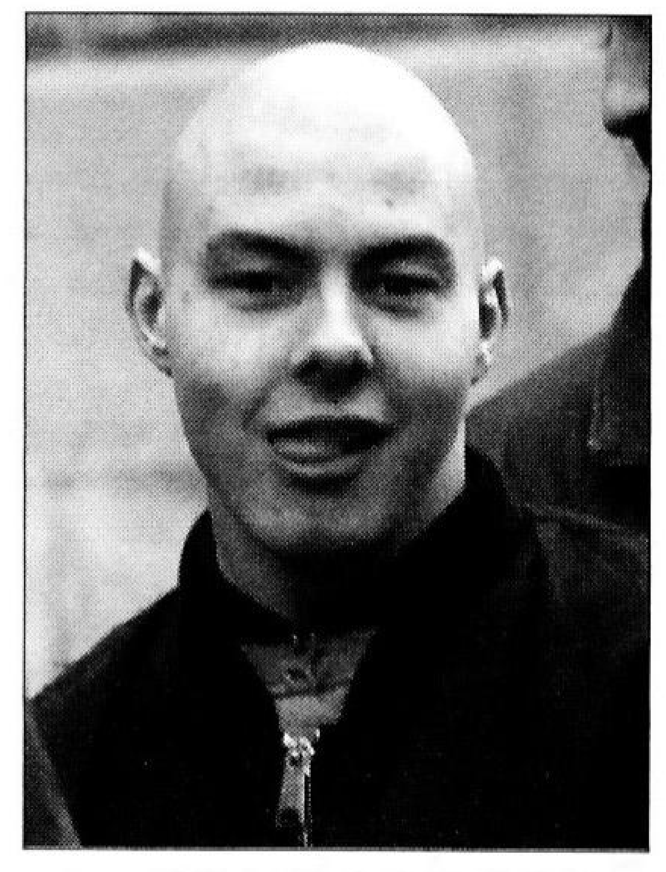
In der Nibelungenstadt Passau ging die Ära der rechtsextremen „Republikaner“ im Stadtrat zu Ende. Der letzte verbliebene REP-Stadtrat Klaus Renner verließ die Schlierer-Partei vor wenigen Tagen. Grund hierfür waren die gegen ihn aus den eigenen Reihen erhobenen Vorwürfe, er sei ein Verfassungsschutz-Spitzel. Renner will sein Kommunalmandat behalten und Anschluss an die CSU suchen. Damit sind die „Republikaner“ nach über zwölf Jahren nicht mehr im Kommunalparlament vertreten.

mit „Kommunistenschweine" quittiert. Zur gleichen Zeit verteilten kaum 100 Meter entfernt von der Festveranstaltung junge Neonazis Flugblätter, die den Denkmalentwurf, so wie er ist, akzeptieren. Demonstrationen jener Unbelehrbaren gibt es in Jena schon seit mehreren Jahren zu diesem Datum, ohne dass die Regierenden sich jemals von ihnen distanzieren mussten. Die Interessen sind zumindest in diesem Punkt identisch.

Es ist zu befürchten, dass eine Denkmalswelle Deutschland erfasst und das Jenaer Mahnmal Schule macht. Wird der Entwurf in der jetzigen Fassung tatsächlich umgesetzt und am 17. Juni 2004 feierlich eingeweiht, bleibt jedem selbst überlassen, wen er als Opfer definiert und wessen er gedenkt. Altnazis und Neonazis werden den „Johannsmeier" dankbar als Gedenkort akzeptieren. Die Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik ist damit wieder einen Schritt vorangekommen in der Gleichsetzung von Kommunismus und Nationalsozialismus.

Münchner Szene: Terror mit und ohne Sprengstoff

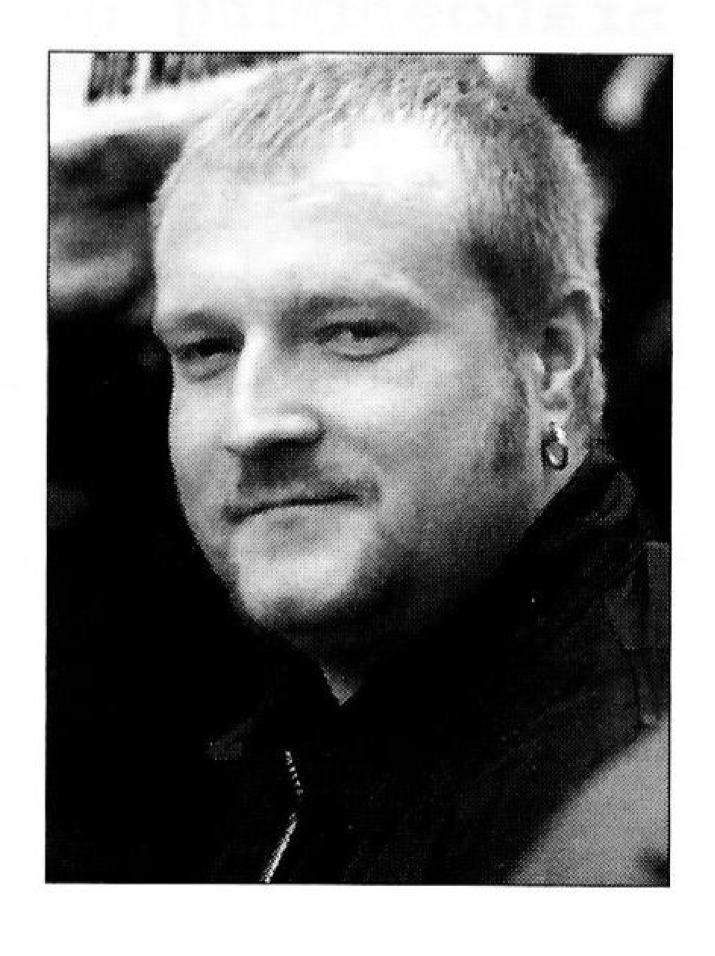


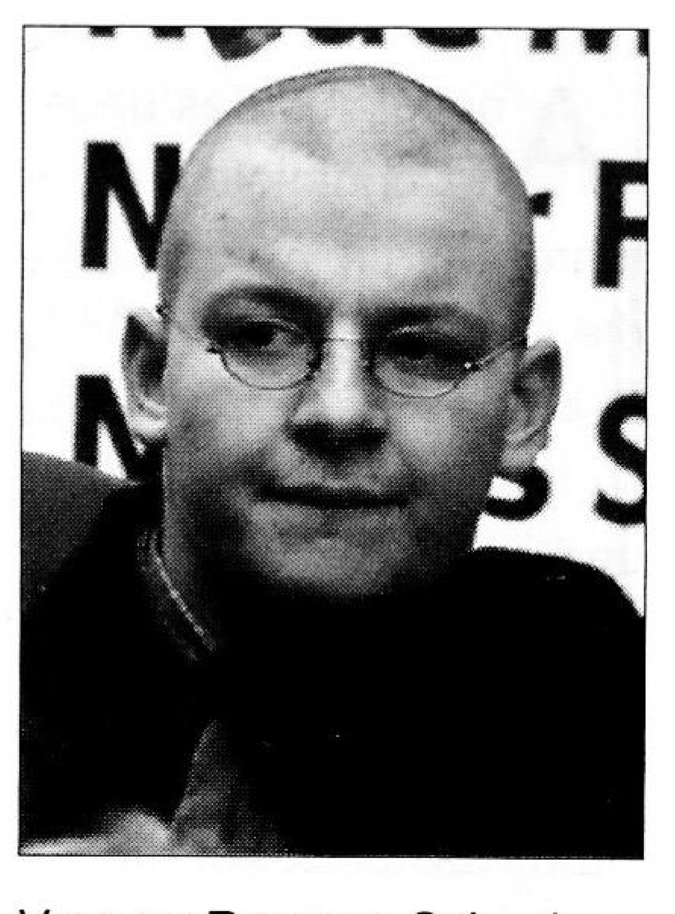


Über fünfzehn Kilo Sprengstoff, Handgranaten, scharfe Waffen und eine Liste von Anschlagszielen - die Münchner Neonazi-Szene hat bedrohlich aufgerüstet. Neonazistische Übergriffe gehören zum Alltag der bayerischen Hauptstadt und inzwischen wird in München auch wegen Gründung einer Wehrsportgruppe ermittelt.

von Robert Andreasch



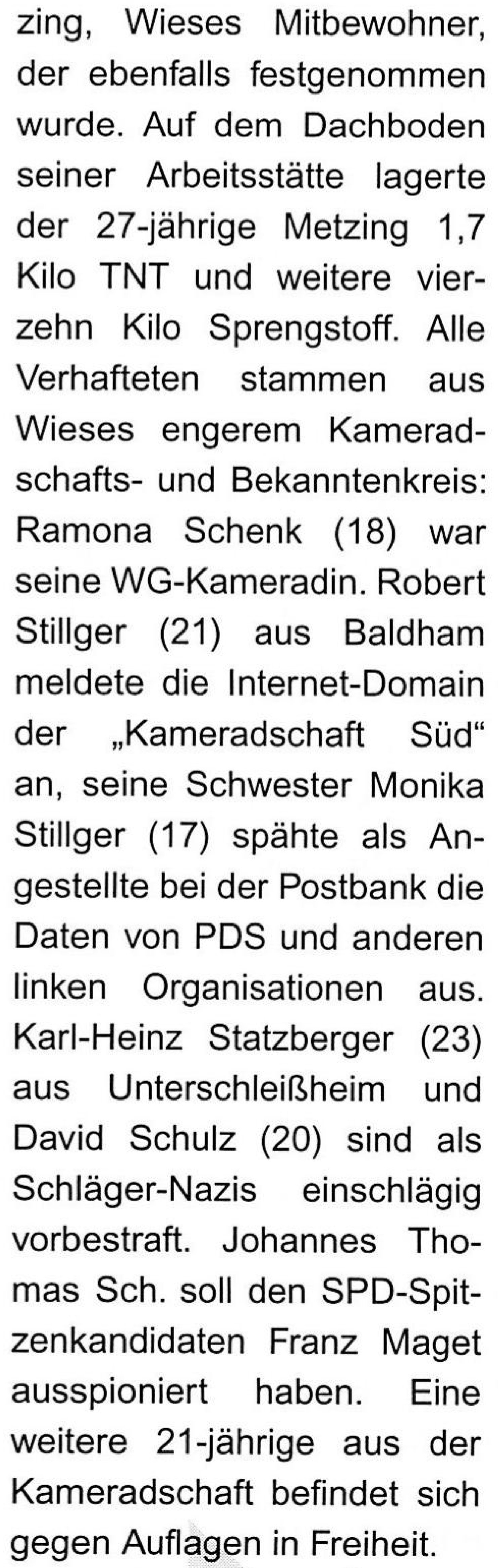




V.o.n.u.: Ramona Schenk, Karl-Heinz Statzberger, Martin Wiese, Robert Stillger

Nach Hausdurchsuchungen im September wurden bisher vierzehn Neonazis festgenommen, der Generalbundesanwalt ermittelt gegen eine terroristische Vereinigung. Das in den letzten Jahren geknüpfte bayerische Netzwerk von Nazis aller Schattierungen lässt sich davon jedoch nicht beeindrucken. „Demokratie Direkt", NPD und Freies Kameradschaftsspektrum arbeiten weiter eng zusammen, dabei stammen die Festgenommenen aus ihren Reihen.

Martin Wiese, der 27-jährige Kopf der Terrorzelle kam im Jahr 2000 aus den Reihen des „Kameradschaftsbund Anklam" nach München und baute in einem Vorort den „Nationalen Widerstand Gräfelfing" auf. Am 13. Januar 2001 schlugen Gäste seiner Geburtstagsfeier einen griechischen Passanten fast tot. Angenehmer



Nebeneffekt für Wiese: Der bisherige Führungskader Norman Bordin ging deshalb ins Gefängnis und Wiese konnte sich an die Spitze des „Aktionsbüro Süddeutschland - Kameradschaft Süd" setzen. Zusammen mit der „Fränkischen Aktionsfront" aus dem Raum Nürnberg gründete Wiese Anfang 2003 die „AG Bayern" als Dach bayerischer Kameradschaften. Für die NPD sorgten Wiese und „Kameraden" in den vergangenen zwei Jahren nicht nur tatkräftig für Veranstaltungsschutz, Wiese selbst trat am 21. Juni 2003 als Redner beim NPD-Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung in Schwäbisch-Hall auf. Auch das neofaschistische Sammlungsprojekt „Demokratie Direkt e.V." um den Meringer Roland Wuttke (N&E-Autor, „Deutschland-Bewegung") bezog Wieses Kameradschaft in seine „Zellenbildung auf unterer Ebene" ein. Wiese war Redner auf einer „Demokratie Direkt"-Demo im Mai 2003 in München. Die Versammlung leitete Alexander Metzing, Wieses Mitbewohner, der ebenfalls festgenommen wurde. Auf dem Dachboden seiner Arbeitsstätte lagerte der 27-jährige Metzing 1,7 Kilo TNT und weitere vierzehn Kilo Sprengstoff. Alle Verhafteten stammen aus Wieses engerem Kameradschafts- und Bekanntenkreis: Ramona Schenk (18) war seine WG-Kameradin. Robert Stillger (21) aus Baldham meldete die Internet-Domain der „Kameradschaft Süd" an, seine Schwester Monika Stillger (17) spähte als Angestellte bei der Postbank die Daten von PDS und anderen linken Organisationen aus. Karl-Heinz Statzberger (23) aus Unterschleißheim und David Schulz (20) sind als Schläger-Nazis einschlägig vorbestraft. Johannes Thomas Sch. soll den SPD-Spitzenkandidaten Franz Maget ausspioniert haben. Eine weitere 21-jährige aus der Kameradschaft befindet sich gegen Auflagen in Freiheit.

In Wieses Heimatregion Mecklenburg-Vorpommern klickten die Handschellen bei Andreas R. und einem

bekannten 54-jährigen Güstrower Waffennarren. In der brandenburgischen Uckermark, der Heimat von Metzing, saßen die Sprengstofflieferanten: der NPDler Andreas „Juri" Joachim (37) aus Menkin, ein langjähriger Freund von Wiese. Auch der 24-jährige Marcel Kohn aus Brüssow war NPD-Mitglied. Stefan „Steve" Zietal (24) aus Wollschow sprengte sich bereits 1998 den linken Unterarm weg. Wiese soll weiteres TNT an der polnischen Grenze gekauft haben. Als Anschlagsziele in München hat die Gruppe um Wiese sich auf die Grundsteinlegung für das neue jüdische Gemeindezentrum konzentriert, aber auch antifaschistische Mahnmale, Moscheen, eine griechische Schule und italienische Einrichtungen sowie der SPD-Politiker Franz Maget waren im Gespräch.

Gegen das jüdische Gemeindezentrum hetzte bisher v. a. „Demokratie Direkt e.V." in Gestalt des REP-Stadtrats Johann Pius Weinfurtner. Vereinsvorsitzender Wuttke sollte zusammen mit Wiese am 27. September auf einer verbotenen NPD-Doppeldemo in Bad Aibling und Bernau als Redner auftreten. Anmelder und „Demokratie Direkt"-Sympathisant Sascha Wagner (NPD) legte damals keine Rechtsmittel ein. Die Repressionswelle scheint die Münchner Neonazi-Szene nicht weiter zu schwächen oder zu spalten. Wuttke und der Feldkirchener Per Lennart Aae (Ex-NPD-Bundesvorstand) ergehen sich mittlerweile unisono in Verschwörungstheorien zur Entlastung von Wiese und Konsorten: Der Verfassungsschutz habe den Kameraden den Sprengstoff untergeschoben. In dieselbe Kerbe schlägt auch Rechtsterrorist Peter Naumann, der am 8. Oktober auf einer Veranstaltung der Münchner NPD zum Thema referierte. In den Depots des verurteilten Attentäters Naumann fand die Polizei 1981 und 1995 350 Kilo Sprengstoff und 50 Panzerfäuste.

Der für den 18. Oktober geplante gemeinsamen Aktionstag gegen die Gesundheitsreform von NPD und „freie Strukturen" in Bayern, durch Martin Wiese und die „AG Bayern" inhaltlich vorbereitet fiel aus. Ein weiteres Verfahren wegen Gründung einer Münchner Wehrsportgruppe läuft bereits seit Frühjahr 2003. Für den Alltagsterror sind die FaschistInnen jedoch nicht auf Sprengstoff angewiesen: Vier Tage nach Wieses Festnahme attackierte ein Dutzend Neonazi-Skins einen Schwarzen in München-Schwabing - mindestens zwei Mitglieder der „Kameradschaft Süd" waren beteiligt. Am Rande des Oktoberfestes griffen drei Skinheads am 27. September zwei Iraker an und verletzten einen schwer. Im Vorort Poing verüben organisierte Neonazis seit Wochen Anschläge auf ausländische Gaststätten. Im Ortsteil Pliening warf die „Nationale Poinger Jugend (NPJ)" Anfang Oktober einen Molotowcocktail in einen italienischen Imbisswagen.

Neonazis und ihr Bombenterror seit 1945

Seit den Aufsehen erregenden Verhaftungen von Neonazis in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg um den Jahrestag des Anschlags auf das World Trade Center in New York wird unter den Stichworten „Rechtsterrorismus" und „Braune Armee-Fraktion" wieder in breiter Öffentlichkeit über die Gefahr gesprochen, die von den deutschen Neonazis ausgeht. Davon unberührt marschieren die NPD und die „Freien Kameradschaften" bei entsprechender Begleitmusik (Rechtsrock) weiterhin jedes Wochenende in irgendeiner Stadt der Bundesrepublik auf.

von Raimund Hethey

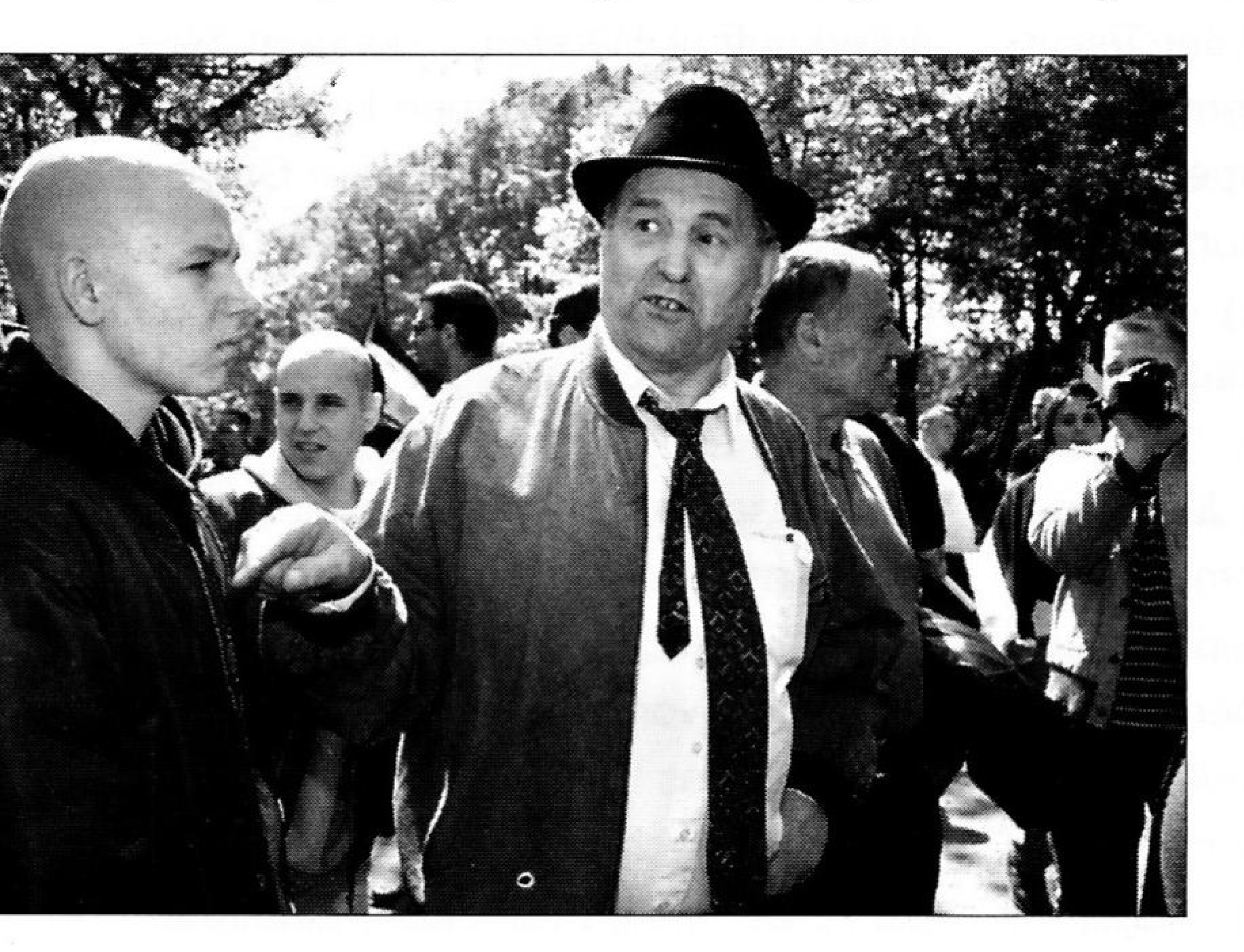
Angesichts des ungeheuerlichen Verbrechens, das die beschuldigten Neonazis um den Kameradschaftsführer Martin Wiese (27) geplant haben sollen, erscheinen die immer noch im 14-tägigen Rhythmus stattfindenden Brandflaschen-Angriffe gegen Asylbewerberheime als völlig harmlos, da vermeintlich spontan, unter Alkoholeinfluss und vereinzelt begangen. Angesichts des rabiaten Sozialabbaus wird die Gewalt als Mittel einfacher Lösungen für komplexe gesellschaftliche Probleme ansteigen, werden organisierte Neonazis den Ton angeben?

Ein Rückblick auf die Geschichte des Bombenterrors von Neonazis in der Bundesrepublik Deutschland kann für die Einordnung der Münchner Vorfälle und Festnahmen hilfreich sein.

Werwolf-Strukturen und militanter Antikommunismus (1945-1960)

Auch nach seiner militärischen Zerschlagung sollte der Nationalsozialismus seine grausamen bedrohlichen Züge nicht verlieren. In Anlehnung an eine alte Mythologie, nach der sich ein Mensch mit Hilfe eines Wolfshemdes oder eines Wolfsgürtels in einen Wolf verwandeln könne, organisierten die deutschen Faschisten Widerstandsgruppen gegen die Alliierten, die aus dem Hinterhalt gegen die Siegermächte operieren sollten. Obgleich dieses Ansinnen kläglich scheiterte, haben zumindest die theoretischen Überlegungen bis heute eine Wirkung. Im Devotionalienhandel des NPD eigenen Verlags „Deutsche Stimme" konnten für 16 DM die „Werwolf-Winke für Jagdeinheiten" erworben werden. Der Verfasser ist Arthur Ehrhardt, ehemals SS-Hauptsturmführer sowie Chef der „Bandenbekämpfung" im Führerhauptquartier und 1951 Gründer der neofaschis-

tischen Monatszeitschrift „Nation Europa“ (heute: „Nation+Europa“). In der im Januar 1945 herausgegebenen Anleitung zum Kleinkrieg werden „die grundlegenden Regeln



Friedhelm Busse (Mitte)

für den Partisanenkrieg festgelegt“: „Wesen und Führungsgrundsätze des Kleinkrieges, Aufstellung von Jagdeinheiten, Ausbildung, Taktik, Kampf gegen Feindagitation, Unterkunft und Verpflegung.“ Heute wird die 68-seitige Anleitung zum Terror von Karl-Heinz Dissberger (Barett/ Kabinett-Verlag) verlegt. Dissberger, zeitweilig auch Mitglied der „Wiking Jugend“ (WJ), kandidierte 1975 für die NPD bei den Landtagswahlen in NRW. Bei einer Hausdurchsuchung fand die Polizei 1980 bei ihm mehrere tausend Schuss Munition, Pistolen und mit TNT gefüllte Handgranaten. Dissberger war Düsseldorfer Verbindungsmann von WSG-Chef Karl-Heinz Hoffmann. Bis zum Verbot der „Nationalistischen Front“ (NF) belieferte Dissberger auch den Verlag und Versandhandel von Meinolf Schönborn. Bis in die 90er Jahre bestand ein Interesse von Neonazis an „Werwolf-Gruppen“. Die Schrift „Eine Bewegung in Waffen“ verteilten die Mitglieder der inzwischen verbotenen „Nationalen Offensive“ (NO) Henry Fiebig und Christian Scholz, der zeitweilig auch als „Schriftleiter“ der HNG-Nachrichten fungierte. Sie warben für eine gewaltsame „Nationalsozialistische Revolution“ und wollten ausgesuchte Interessierte für „Werwolf-Aktivitäten“ gewinnen. Auszüge der Schrift wurden im NS-Kampfruf der NSDAP/AO veröffentlicht.

Die Bereitschaft im Sinne des Nationalsozialismus gegen den „Bolschewismus“ weiter zu kämpfen, wurde im sogenannten „Kalten Krieg“ von den Amerikanern für ihre eigenen Interessen genutzt. 1950 wurde der „Bund deutscher Jugend“ gegründet, dessen Mitglieder jedoch weniger Jugendliche, sondern vielmehr ehemalige Wehrmachtsoffiziere und alte Nationalsozialisten waren. Dem Bund, der vom CIA, diversen Ministerien und von namhaften Firmen wie „Coca Cola“ finanziert wurde, war ein so genannter „Technischer Dienst“ (TD) angegliedert, der 1952 als „stay-behind“ - Organisation enttarnt und aufgelöst wurde. Die Aufgabe des TD bestand u.a. darin, sich bei einem etwaigen Einmarsch der sowjetischen Armee überrollen zu lassen und aus dem besetzten Land Nachrichten zu übermitteln, Sabotageaktionen durchzuführen, Fluchtwege zu organisieren und bei der Rückeroberung behilflich zu sein. Darüber hinaus führte der TD Listen über Kommunist(inn)en und prominenten Sozialdemokrat(inn)en, die „am Tag X dem bolschewistischen Zugriff entzogen“ und notfalls ermordet werden sollten. Der BDJ war Teil der geheimdienstlich geführten „Gladio“-Struktur in Europa.

Sprengstoffattentate und Re-Organisation einer NSDAP-Struktur (1964-1980)

In den 1960er Jahren wurde massiv an einem Aufbau einer NSDAP-Struktur gearbeitet, die letztlich zu einer Wiederzulassung der NSDAP führen sollte. Der Aufbau-Prozess war begleitet von Vorbereitungen von Terroranschlägen, um ein destabilisiertes demokratisches Regierungssystem für diese Zwecke erpressbar zu machen. Zwischen 1966 und 1977 verhinderten Polizeibehörden durch rechtzeitiges Eingreifen Sprengstoffanschläge gegen Neonazis missliebige Personen und Einrichtungen. In den meisten Fällen waren die militanten Neonazis nicht über das Planungsstadium hinaus gekommen. Etwas anders verhielt es sich bei den Mitgliedern der hauptsächlich von Michael Kühnen 1977 gegründeten „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS). Durch Einbrüche und Banküberfälle erbeuteten sie Geld und Waffen für den Aufbau einer Logistik und Durchführung terroristischer Aktionen. Der beabsichtigte Spreng-

Waffen- und Sprengstofffunde bei Neonazis in den vergangenen fünf Jahren (Auswahl)

1997

Am 8.12. wurden bei einer Razzia in Berlin-Treptow gegen 17 Mitglieder der „Kameradschaft Treptow und Köpenick“ Materialien zur Herstellung einer Rohrbombe gefunden. Die Rohrbombe sollte auf dem Balkon eines Mitglieds der „PDS/Junge Gruppe Treptow“ gezündet werden.

Im März 1998 standen die Hauptverdächtigen Carsten Müller (20) und Patrick Demming (17) wegen dem geplanten Rohrbombenattentat vor Gericht. Müller gründete im April 1997 das „Freikorps Berlin“ als Zelle der „Kameradschaft Treptow“. Damals noch Sanitäter bei der Bundeswehr, leitete er eine Gruppe von 6-10 Jugendlichen zwischen 15 und 17 Jahren. Zusammen mit Patrick Demming besorgte Müller im Herbst 1997 Material für Rohrbomben. Er sagte vor der Polizei aus, dass sie sich „Kampfgruppe Schörner“ nannten. Schörner war unter Hitler Generalfeldmarschall.

Am 9.12. hat die Bundesanwaltschaft zum ersten Mal seit den 1980ern zwei Neonazis wegen versuchter Gründung einer terroristischen Vereinigung angeklagt. Der Dachdecker Henry Fiebig (34) und der Gelegenheitsarbeiter Christian Martin Scholz (31) sollen ein Handbuch für improvisierte Sprengtechnik verfasst und unter dem Pseudonym „Hans Westmar und Autorenkollektiv Werwolf“ an potenzielle Mitglieder verschickt haben sowie sich mit Waffen und Sprengstoff aufgerüstet haben.

1998

Im Februar 1998 wurden in einer WG in Jena Rohrbomben und ein Bombenlabor gefunden. Beate Zschäpe (23), Uwe Böhnhardt (20) und Uwe Mundlos (24) wurden steckbrieflich wegen Sprengstoffanschlag und Waffenbesitz gesucht. Die Mitglieder der „Kameradschaft Jena“ waren nach der Razzia trotz Observation durch Polizeikräfte bis heute untergetaucht. Inzwischen ist die Tat verjährt und die drei können nicht mehr belangt werden.

Am 25.03. wurden in Neustadt/Kaiserslautern bei 14 Durchsuchungen wegen Schändung jüdischer Friedhöfe 7 Maschinenpistolen, 11 Gewehre, 6 Faustfeuerwaffen, 8.000 Schuss Munition, mehrere Kilo Pulver und Zünder, Nachtsichtgeräte und 3 Minen gefunden. Mit einer der Maschinenpistolen wurde 1996 ein Anschlag auf einen Döner-Imbiss gemacht. Die beiden damals 19 und 20 Jahre alten Tatverdächtigen gehörten der „Nationalen Volksfront - Kameradschaft Neustadt“ an, die in ihrem „Reichsruf“ Anschriften von politischen GegnerInnen u.a. auch von Richtern und Staatsanwälten veröffentlichte. Waffenlieferant war ein 42-jähriger aus dem Landkreis Kaiserslautern, seine Abnehmer waren zwischen 19 und 62 Jahre alt. Ein Teil von ihnen gehörte dem „Stahlhelm“ an.

Fortsetzung S. 10 ►►

▶▶ Am 5.05. wurden bei 40 Wohnungsdurchsuchungen in Brandenburg und Sachsen-Anhalt Sprengstoff, Waffen und Granaten gefunden, wegen Explosionsgefahr mussten 15 Personen evakuiert werden. Die Polizei nahm zwei Personen fest.

1999

Am 23.12. suchte die Göttinger Polizei drei Wohngemeinschaften von „Autonomen" auf, sowie die Wohnungen einer Politikerin der PDS und eines Funktionärs des DGB, um sie vor etwaigen Briefbomben zu warnen. Bei Durchsuchungen im Zusammenhang mit §129a Ermittlungen gegen vier Göttinger Neonazis im November wurden Unterlagen über Sprengstoff und wohl auch Sprengstoff beschlagnahmt.

2000

Am 20.02. fanden Polizeibeamte bei einer Razzia in Bad Segeberg in der Wohnung von Bernd Tödter (25) Waffen. Zwei Tage vorher hatten 15 Neonazis eine Person durch die Stadt gehetzt und dabei Schreckschusswaffen eingesetzt. Tödter ist Chef einer 10-köpfigen Nazigruppe in Bad Segeberg und war wegen Körperverletzung und Totschlag einige Jahre in der JVA Neumünster inhaftiert. Während seiner Haft wurde er von der neonazistischen HNG betreut.

2001

Am 19.02. beschlagnahmte die Polizei in der Wohnung des ehemaligen DVU-Mitglieds Thoralf B. (35) eine Kalaschnikow mit 1.000 Schuss Munition. Die Waffe stammte aus der Schweiz.

Im April fand die Polizei in einer Münchner Wohnung bei einem 17jährigen Neonazi 28 Pistolen und Revolver, 19 Messer, einen Wurfstern, zwei Pfeffersprays sowie Munition.

Am 3.05. wurde der Prozess gegen fünf 34-45 Jahre alte Mitglieder der „Hells Angels" in Neuruppin eröffnet. Die Männer stehen wegen räuberischer Erpressung, gefährlicher Körperverletzung und illegaler Geschäfte mit Kriegswaffen vor Gericht.

2002

Am 23.05. wurde Phillip W. in München festgenommen, weil er einen SS-Ring trug. Bei einer anschließenden Hausdurchsuchung wurden Waffen und scharfe Munition beschlagnahmt. Bereits 1999 war gegen W. ein Waffenbesitzverbot ausgesprochen worden, damals fand die Polizei eine Pumpgun und Rohrbomben. W. gilt als Anhänger des Satanismus.

Am 27.07. entdeckte die Polizei im staatlich geförderten Vereinshaus des „Nationalen Jugendblocks Zittau" (NJB) bei einer Razzia einen Schießstand und findet auch diverse Waffen (Äxte, Luftgewehre, Gasmasken, Messer etc.). Es finden Ermittlungen gegen 30 Mitglieder wegen Volksverhetzung und Verstöße gegen das Waffengesetz statt.

Der Rechte Rand bedankt sich beim APABIZ für die Informationen

stoffanschlag auf die Gedenkstätte Bergen-Belsen wurde durch die frühzeitige Verhaftung der potentiellen Täter am 25.2. und 1.3.1978 vereitelt. Im Bückeburger Prozess (1979) wurde der Großteil der Terrorstrukturen öffentlich bekannt: Neben Kühnens Wehrsportgruppe „Werwolf" existierten Wehrsportgruppen u.a. mit der Bezeichnung „Werwolf 21", Werwolf Baden, „Blankensee", „Ostwestfalen", „Fulda", „Hagen", „Schleswig-Holstein", „Mündener Stahlhelm-Bund", „Kampfgruppe Schwarzwald", „Kampfgruppe Priem" oder „Schlageter". Kühnen wurde zwar vom Hauptanklagepunkt der Rädelsführerschaft einer terroristischen Vereinigung freigesprochen, aber er blieb eine der dominierenden Figuren der militanten Neonazis bis zu seinem Tod 1991.

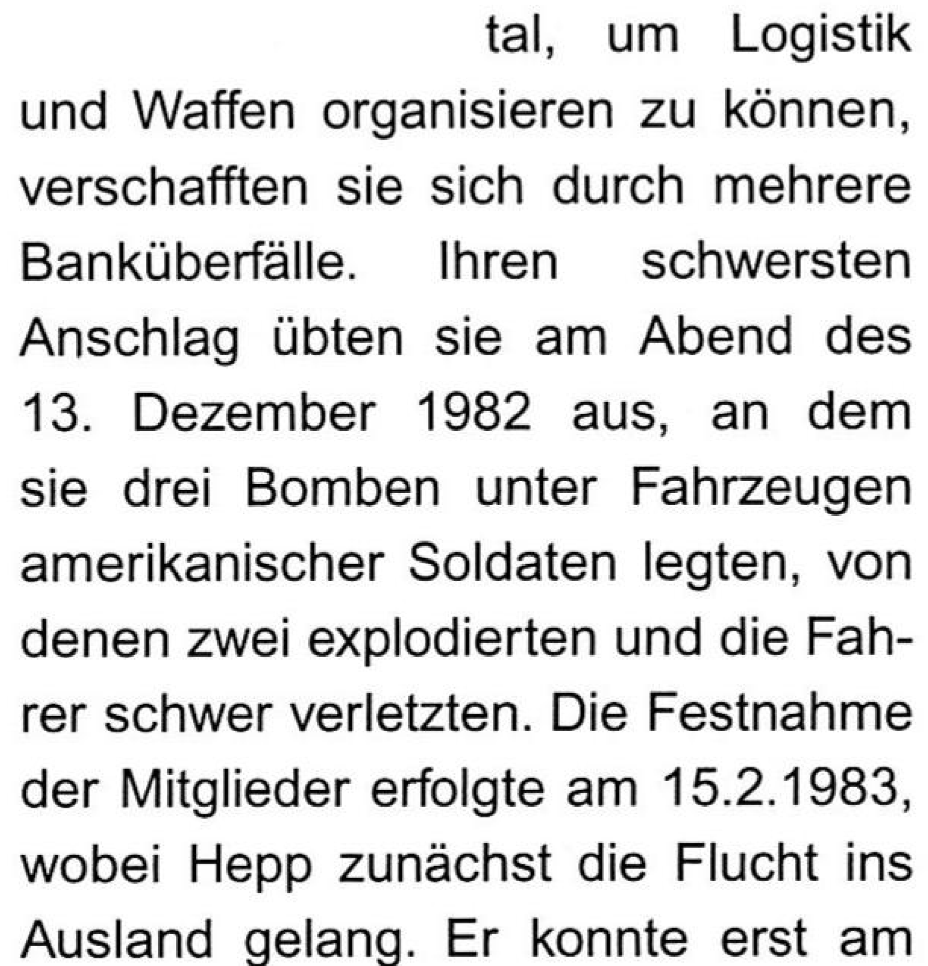
Massenwirksamkeit durch Bombenanschläge (1980 – 1990) (Anti-Amerikanismus als verbrämter Antisemitismus)

In den siebziger und frühen achtziger Jahren machten weitere aktionistisch orientierte Kleingruppen mit Anschlägen auf sich aufmerksam: die „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/ Partei der Arbeit" (VSBD/PdA) des Friedhelm Busse, die „Hepp/Kexel Gruppe" und die „Deutschen Aktionsgruppen" von Manfred Roeder. Roeder, bis heute aktiver Neonazi, sah sich als direkter, legitimer Nachfolger Hitlers an und propagierte mehrfach die Notwendigkeit spektakulärer Anschläge, um als politische Kraft ernst genommen zu werden. Seiner Gruppe wurden Sprengstoffattentate auf eine Auschwitz-Ausstellung im Landratsamt Esslingen am 21.2.1980 und auf eine Schule in Hamburg am 27.4.1980 angelastet, bei der erstmalig Menschen verletzt wurden. Mit in der Schweiz erworbenem Schwarzpulver verübten sie Anschläge gegen ein Bundessammellager für Flüchtlinge in Zirndorf (30.7.1980) und gegen eine Asylbewerberunterkunft in Lörrach (17.8.80). Am 7.8.1980 warfen sie Molotow-Cocktails auf ein Asylbewerberheim in Leinfelden. Am 22. August 1980 begingen Mitglieder der „Deutschen Aktionsgruppen" einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Hamburg, bei dem zwei Vietnamesen ums Leben kamen. Am 1. September 1980 wurde der Gruppe durch die Festnahme das Handwerk gelegt. Tatmotiv für die Anschläge war eine ausgeprägte Ausländerfeindlichkeit. Wenige Monate nach der Zerschlagung der Roeder-Bande veröffentlichten Wissenschaftler das sogenannte „Heidelberger Manifest", in dem sie vor einer existentiellen Gefährdung des Bestands der Bundesrepublik Deutschland warnen, die durch die Anwesenheit von Ausländer/innen bestünde. Das Manifest könnte als Legitimation für Roeders Aktivitäten und später folgende Anschläge und Morde gegen Ausländer/innen gelten.



Manfred Roeder

Im Jahr 1980 unternahmen Neonazis die bisher meisten terroristischen Aktionen. Aus einer antiamerikanischen Grundhaltung heraus beging die „Hepp/ Kexel-Gruppe", benannt nach ihren Gründern Odfried Hepp und Walter Kexel, Attentate auf US-Bürger in Deutschland. Sie legten Sprengsätze unter die Privat-PKWs von Angehörigen der US-Streitkräfte, im Glauben sie könnten dadurch die Amerikaner zum Rückzug aus der BRD zwingen. Das nötige Kapital, um Logistik und Waffen organisieren zu können, verschafften sie sich durch mehrere Banküberfälle. Ihren schwersten Anschlag übten sie am Abend des 13. Dezember 1982 aus, an dem sie drei Bomben unter Fahrzeugen amerikanischer Soldaten legten, von denen zwei explodierten und die Fahrer schwer verletzten. Die Festnahme der Mitglieder erfolgte am 15.2.1983, wobei Hepp zunächst die Flucht ins Ausland gelang. Er konnte erst am 12.4.1985 festgenommen werden.



Die „Wehrsportgruppe Hoffmann" (WSG Hoffmann), unter ihrem Führer Karl-Heinz Hoffmann baute, nachdem die Organisation im Januar 1980 verboten wurde, im Libanon eine paramilitärische Gruppe auf. Aufgrund

der Festnahme von Hoffmann direkt nach seiner Rückkehr nach Deutschland konnten geplante Anschläge auf Personen und Einrichtungen in der BRD und im Nahen Osten verhindert werden.



Peter Naumann

Am 26. September 1980 verübte der Neonazi Gundolf Köhler, der zeitweilig der WSG Hoffmann angehörte, ein Sprengstoffattentat (Wefergranate aus dem II. Weltkrieg) auf dem Münchner Oktoberfest, bei dem 13 Personen starben und 219 Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Ungeklärt ist bis heute, ob Köhler allein oder mit weiteren Aktivisten um die WSG Hoffmann das Attentat geplant und durchgeführt hat.



Karl-Heinz Hoffmann (rechts im Bild)

Der Waffenlieferant der beinahe 400 Mitglieder starken WSG Hoffmann war der neuheidnische Neonazi Anton Pfahler aus dem bayrischen Sinning (Landkreis Neuburg/Donau), der Ende der 1990er Jahre für bundesweite Schlagzeilen sorgte, weil die Polizei bei ihm ein großes Waffenlager aushob. Ein Auffangbecken ehemaliger WSG-Hoffmann Mitglieder bot die „Vereinigung Der Stahlhelm e. V. - Kampfbund für Europa". Im Februar 1999 demonstrierten mehrere hundert Neonazis in Saarbrücken gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Mitorganisiert wurde der Aufmarsch vom Stahlhelm. Redner auf dem Aufmarsch war Diplomingenieur (Chemie) Peter Naumann aus Wiesbaden, ein militanter Antisemit und verurteilter Terrorist. Naumann erwarb sich den Ruf eines Bombenexperten der Neonazis. Seine Karriere begann bei den „Jungen Nationaldemokraten". 1976 wurde er stv. Bundesvorsitzender der JN, 1985 Gründer der „Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/ Völkischer Bund" (ANV/VB). Im Oktober 1988 wurde er zu vier Jahren und sechs Monaten Haft u.a. wegen eines Sprengstoffanschlags auf das Mahnmal „Fosse Adreatine" (bei Rom) für italienische NS-Opfer im August 1978 und wegen versuchter Gründung einer terroristischen Vereinigung mit Walter Kexel und Odfried Hepp durch das OLG Frankfurt verurteilt. Die Beteiligung an Sprengstoffanschlägen auf Fernseh-Sendemasten, um die Ausstrahlung der Serie „Holocaust" im Januar 1979 zu stören, konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Naumann saß bis Dezember 1990 eine Haftstrafe ab und suchte „für die Zeit ab Januar 1991 im Großraum Rhein-Main oder im Raum Cuxhaven/ Stade/ Hamburg oder Bremen/ Bremerhaven einen neuen Wirkungskreis" als Diplomingenieur (Chemie). 1993/94 tauchte er kurzzeitig unter. Für ihn war ein Haftbefehl wegen der Bombenattentate in Österreich im Dezember 1993 ausgestellt worden. Mitte August 1995 führte er staatliche Behörden zu verschiedenen Sprengstoff-Lagern der Neofaschisten, weil er angeblich der Gewalt abgeschworen habe [vgl. DRR (1990), Nr. 9, S.12]. Inzwischen ist Naumann bei seinen Nazi-Kameraden ein gefragter Referent. Bisweilen tritt er bei Veranstaltungen mit dem Konvertier Horst Mahler auf. Zuletzt referierte Naumann nach der Aufdeckung der Attentatspläne in München.

Der Begründer der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands" (VSBD) und anderer Nazi-Gruppierungen sowie Vorsitzender der verbotenen „Freiheitliche(n) Arbeiter Partei" (FAP), Friedhelm Busse, hat während seiner Nazi-Karriere immer wieder Verurteilungen wegen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz in Kauf genommen. Schon als Funktionär des BDJ in den 50er Jahren wurde er mit Kampftechniken wie Sabotageakten und Wehrsport vertraut gemacht. Bereits 1963 fand die Polizei bei ihm etwa 1 kg Dynamit. Dafür erhielt Busse eine dreimonatige Gefängnisstrafe auf Bewährung wegen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz. 1981 wurde er wegen Sprengstoffbesitz und Mitwisserschaft zu einem Banküberfall festgenommen und 1983 zu drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Im Augenblick sitzt er eine Haftstrafe von zwei Jahren und vier Monaten ab, u. a. weil er im Juni 2001 während einer Kundgebung in Karlsruhe die Gründung der Bundesrepublik Deutschland als kriminellen Akt bezeichnet und die Wiedereinsetzung der NS-Diktatur gefordert hatte.

Politische Morde und Bildung einer neuen Terrorfront (1991 – 2003) (Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Anti-Antifa, Hass-Sound)

Nach dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik erhielten die westdeutschen Neonazis Verstärkung. Fast ohne Probleme konnten sie auf Massenveranstaltungen auf dem Territorium der ehemaligen DDR für ihre Ziele neue AnhängerInnen rekrutieren und ihre Praxis im Straßenkampf erweitern. In den ersten 10 Jahren der Berliner Republik stieg die Anzahl der Opfer politischer Morde auf über 100 rapide an. Bei der Organisation von Pogrom ähnlichen Aktionen nutzten Neonazis die Struktur vermeintlich lose operierender „Kameradschaften", in deren Nähe aber fast ausschließlich eine NPD-Struktur zu finden war. Das Konzept der „National befreiten Zonen" zuerst vom „Nationaldemokratischen Hochschulbund" (NHB) publiziert, bildete die ideologische Basis. Bekämpft wird, was nicht ins völkisch-nationalistische Weltbild passt: Ausländer, Homosexuelle, Behinderte, Obdachlose, Linke, Gewerkschafter, Sinti, Roma, Juden und Aussiedler. Die Angriffe auf Unterkünfte ausländischer MitbürgerInnen in Hoyerswerda (1991), Rostock-Lichtenhagen (1992) und die Mordanschläge in Mölln (1992) und Solingen (1993) waren

Prozesse:

In den letzten 24 Jahren wurden mehrere Prozesse wegen rechtsterroristischer Strukturen geführt; z.B.: Bückeburger Prozess (1979), Braunschweiger Prozess (1981), Prozess Karl-Heinz Hoffmann („Wehrsportgruppe Hoffmann"; 1986), Prozess „Deutsche Aktionsgruppen" (Kopf: Manfred Roeder; 1982), Prozess „Kommando Omega" (Stratege: „Friedhelm Busse", 1983), Prozess „Gruppe Kexel/Hepp"(1985), Prozess Peter Naumann (1988). Eingestellt wurde 1993 die Anklage gegen 28 Personen wegen Zugehörigkeit einer terroristischen Vereinigung in der „Nationalistischen Front" (NF); Prozess gegen die „Skinheads Sächsische Schweiz" (SSS) 2003.

ein Produkt der Konzeption von „national befreiten Zonen" der Neonazis. Trotz zahlreicher Waffen- und Sprengstofffunde kam es seit 1990 nur zu einem Sprengstoffanschlag und zwar am 9. März 1999 auf die „Wehrmachts-Ausstellung" in Saarbrücken. Obwohl der Anschlag bis heute nicht aufgeklärt wurde, tauchte der Name eines Bombenlegers auf, der durch seine Anschläge seit 30 Jahren bekannt ist: Ekkehard Weil. 1970 versuchte Weil, einen Wachsoldaten vor dem sowjetischen Ehrenmal in Westberlin zu ermorden. Der Mann wurde lebensgefährlich verletzt. Nach Verbüßung einer Haftstrafe ging Weil Ende der siebziger Jahre nach Österreich, wo er seine Bombenaktivitäten fortgesetzt haben soll. Als 1980 im Zuge einer Anschlagsserie auf österreichische Juden und Jüdinnen, jüdischen Einrichtungen sowie AntifaschistInnen neun Sprengkörper detonierten, soll eine der Bomben von Weil vor der Wohnung von Simon Wiesenthal platziert worden sein. 1998 fand die Polizei bei dem inzwischen in die BRD zurückgekehrten Weil in seiner Berliner Wohnung Bombenmaterial. Weil tauchte noch im selben Jahr unter, wohl ohne seine Aktivitäten eingestellt zu haben. Vermutlich beteiligte sich der Neonazi an den Sprengstoffanschlägen auf das Grab von Heinz Galinski im Dezember 1998 in Berlin.

Wie gut die Zusammenarbeit zwischen der alle Vorteile des Parteiengesetzes ausnutzenden NPD und den militanten Neonazis funktioniert, zeigt das Beispiel der „Skinheads Sächsische Schweiz" (SSS). Bei Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern und Anhängern wurden am 24. Juni 2000 u. a. zwei Kilogramm Sprengstoff, scharfe Zündvorrichtungen, Sprenggranaten, Raketenteile, Pistolen, Gewehre, Panzerfäuste und größere Mengen Munition entdeckt. Die paramilitärische Truppe hatte in Sachsen und in Tschechien Wehrsportübungen durchgeführt. Einzelne Mitglieder der SSS leisteten Ordnerdienste und Wahlhilfe für die NPD, insbesondere für den NPD-Kreisvorsitzenden und Kommunalpolitiker Uwe Leichsenring aus Königsstein. Die SSS wurde im April 2001 durch das Sächsische Staatsministerium des Innern verboten, der Prozess gegen einige ihrer Mitglieder begann 2003 vor dem OLG in Dresden und ist noch nicht abgeschlossen.

Vergleicht man die Vorgänge in München mit der bisher gängigen Bombenpraxis der Neonazis, so zählt die Aktion der Münchner Kameradschaft „Aktionsbüro Süddeutschland – Kameradschaft Süd" zweifelsohne zu den aufgrund der Aufdeckung durch den Polizeiapparat im Planungsstadium verhinderten Bombenattentaten. Der geplante Anschlag hätte bei Durchführung alle bisher durchgeführten Anschläge in den Schatten gestellt. Darüber hinaus wäre das erste Mal eine auf dem Territorium der ehemaligen DDR erwachsene Struktur in eine westliche Metropole, der früheren „Bewegungsstadt" (NSDAP), transformiert worden. Gleich geblieben ist auch im Münchner Fall die Nähe zur NPD und eine stärker als sonst zu beobachtende Einbettung in das (klein-) bürgerliche Lager von den Republikanern bis zum Rand der CSU – und das sollte im Auge behalten werden.

Wie der Herr, so das Gescherr!

Die Bereitschaft zu terroristischen Aktionen wird in regelmäßigen Abständen von den verschiedensten Leitfiguren der Neonazis im Fernsehen öffentlich vor Millionenpublikum propagiert und damit auch von der jugendlichen Gefolgschaft eingefordert:

Nazi Anwalt Jürgen Rieger aus Hamburg: „So warten Sie es doch ab, wenn der erste Reporter umgelegt ist, der erste Richter umgelegt ist. Dann wissen Sie es, es geht los. Nicht die Großen. Da wird also nun nicht der Präsident des Bundesverfassungsgerichteshofes oder was, alles Quatsch, das interessiert nicht. Aber die Gruppierung, die sind dran." [...] „Reporter, Richter, Polizisten, Sie!"



V.l.n.r.: Udo Voigt, Jürgen Rieger

Manfred Roeder: „Diese Regierung ist entschlossen Deutschland umzubringen und abzuschaffen. Die wollen nicht den Dreck unterm Fingernagel für Deutschland tun. Im Grunde haben die alle den Tod verdient – als Vaterlandsverräter."

Horst Mahler, ehem. NPD-Mitglied: „Ich sehe eine Gefahr. Und zwar, das kann sich schon relativ kurzfristig schon zeigen in bewaffneten Aktionen. Die fangen an zu üben und machen das."

Christian Worch: „Ich persönlich spreche mich dafür aus, dass nach der Machtübernahme vier Wochen lang grundsätzlich keine Exekution stattfinden darf. Vor der Machtübernahme wäre es nicht auszuschließen, weil wir wissen nicht, inwieweit es gegen uns sich noch weiter richten wird."

Und der Verfassungsschutz?

Seit Jahren bewertet der Verfassungsschutz die Möglichkeit rechtsterroristischer Aktivitäten fast wortgleich mit dem Tenor, dass organisierte Strukturen nicht existent seien. Gleichzeitig sichert er sich dadurch ab, dass er auf mögliche Aktionen von Einzelnen oder Kleingruppen hinweist:

„Nach wie vor gibt es zwar keine handlungsfähigen terroristischen Strukturen und kein politisches Konzept für einen bewaffneten Kampf. Angesichts positiver Äußerungen zur Anwendung von Gewalt und angesichts der Bewaffnung der Szene könnten sich jedoch einzelne Rechtsextremisten oder Kleingruppen durch die Sprengstoffanschläge, die ein großes Medienecho auslösten, zu Nachahmungstaten angesprochen fühlen."

Verfassungsschutzbericht 1999

„Seit rund zwei Jahren sind vermehrt gewaltbejahende Äußerungen von Rechtsextremisten zu verzeichnen. Im Jahr 2000 beschlagnahmte die Polizei wiederholt Waffen und Sprengstoff. In einigen wenigen Fällen gab es - anders als in den Vorjahren - konkrete Planungen für ihren Einsatz. Solche Ansätze für ein Entstehen rechtsterroristischer Strukturen unterstreichen die gestiegene Gefährlichkeit militanter rechtsextremistischer Bestrebungen."

Verfassungsschutzbericht 2000

„In der rechtsextremistischen Szene gibt es keine handlungsfähigen terroristischen Strukturen und kein Konzept für einen zielgerichteten bewaffneten Kampf. Gleichwohl besteht weiterhin die Gefahr, dass Einzelne oder Kleinstgruppen auch schwere Anschläge begehen."

„Einige wenige Neonazis und Skinheads [...] sprachen sich für Anschläge gegen amerikanische oder jüdische Einrichtungen in Deutschland aus. Ansätze für ein Entstehen rechtsterroristischer Strukturen erwuchsen daraus aber nicht."

Verfassungsschutzbericht 2001

„Ansätze für ein Entstehen rechtsterroristischer Strukturen waren nicht erkennbar."

Verfassungsschutzbericht 2002

„Der Kampf hat längst begonnen"

Nazimord in Overath

Kaltblütig wurden am 7.Oktober in Overath bei Köln der Rechtsanwalt Hartmut Nickel (61), seine Frau (53) und seine älteste Tochter (26) mit gezielten Schüssen aus einer Pumpgun ermordet. Als nach den beiden tödlichen Schüssen auf das erste Opfer, der Frau des Anwalts, eine Nachbarin an die Tür der Kanzlei klopfte und sich nach dem Lärm erkundigte, habe der Todesschütze eiskalt und freundlich lächelnd die Türe geöffnet und versichert, es sei nur etwas heruntergefallen.

von Joß Fritz

Als mutmaßliche Täter wurden eine Woche später im Kreis Düren der 45-jährige Thomas Adolf und seine 19-jährige Freundin Jennifer D. von der Polizei verhaftet. Das Brisante: Bei dem mutmaßlichen Mörder handelt es sich um einen Neonazi und Ex-Söldner. Als Tatmotiv vermutet die Polizei die etwa 10 000 Euro Schulden, die der Overather Anwalt für einen früheren Vermieter Adolfs eintreiben sollte. Entstanden waren die Schulden von 1997 bis 1999, als der ehemalige Fremdenlegionär, der auch in Rhodesien und Argentinien sein Unwesen getrieben haben soll, in dem alten Gut „Schwellenbacher Mühle" in der Nähe der Siedlung Falkemich an der Straße zwischen Overath und Much lebte. Hier, im Bergischen Land, soll Adolf neofaschistische Kameradschaftstreffen durchgeführt und germanische Sonnenwendfeiern auf der grünen Wiese veranstaltet haben. Auch in Köln, wo der aus dem Ruhrgebiet stammende Gelegenheitsarbeiter und zeitweise auch Selbständige seit den 1980er Jahren gelebt hatte, war er in der neofaschistischen Szene aktiv. Im August 1993 mietete Adolf in Köln-Deutz eine Wohnung an, die als Büro für die neofaschistische „Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DLVH) genutzt werden sollte. Nach Bekanntwerden dieser Absicht musste er die Wohnung aber schnell wieder räumen. Bei den Kommunalwahlen 1994 kandidierte er - ohne großen Erfolg - für die DLVH auf Platz 2 für die Bezirksvertretung Köln-Nippes. Damalige Mitstreiter Adolfs waren auch der Anwalt Markus Beisicht, damals Landesvorsitzender der „Deutschen Liga", heute stellvertretender Vorsitzender der sogenannten „Bürgerbewegung pro Köln" und der Verleger Manfred Rouhs, damals Herausgeber der Zeitschrift „Europa Vorn" (heute „Signal") und nun ebenfalls im Vorstand der sog. „Bürgerbewegung pro Köln" tätig. Letzterem habe Adolf damals gar eine Waffe angeboten. Rouhs habe aber abgelehnt. Für den sog. „Verfassungsschutz" war Adolf Mitte der 1990er Jahre insbesondere wegen seiner Beziehungen zu der neofaschistischen Kameradschaft „Sauerländer Aktionsfront" interessant.

1995 und 1996 seien von dieser Seite aus Gespräche mit Adolf geführt worden. Überlegungen, ihn als V-Mann anzuwerben, seien jedoch bald wieder verworfen worden. Sporadisch sei der Mann bis 1998 immer wieder beobachtet worden. Im selben Jahr zeigte ihn seine ehemalige Freundin wegen Körperverletzung an. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung fand die Polizei eine Schusswaffe und neofaschistisches Propagandamaterial.

Im nachfolgenden Prozeß wurde der bereits mehrfach wegen Körperverletzung verurteilte Adolf zu lediglich 2700 Mark Geldstrafe verurteilt.

Nach seinem Rauswurf aus der „Schwellenbacher Mühle" bei Overath wohnte Adolf im Zentrum von Geilenkirchen bei Aachen, einem Aktionsgebiet der neofaschistischen „Kameradschaft Aachener Land".

Auch hier blieb Adolfs neofaschistische Gesinnung nicht unbekannt. Immer häufiger fielen in dieser Zeit junge Männer mit schwarzen Bomberjacken und Springerstiefeln auf dem Platz vor dessen Wohnung auf.

Gegenüber dem Vater seiner letzten Freundin, die er auf einem Reiterhof kennengelernt hatte und mit der er gerade nach Übach-Palenberg gezogen war, outete sich Adolf als Hitler-Verehrer und prahlte mit seiner Mitgliedschaft in einer Kölner Kampfsportgruppe: Der Kampf habe längst begonnen, so Adolf zu dem Vater der 19-jährigen Verkäuferin. Auch beim Termin vor dem Haftrichter zeigte Adolf keinerlei Anzeichen von Reue. Statt einer Aussage gab es in herrischer Pose neofaschistische Parolen und die Drohung, den Richter zu töten, wenn er wieder frei käme.

Vandalengeburtstag verhindert

Am 20. September gegen 21.30 Uhr lösten 370 Polizisten die jährliche Geburtstagsfeier der Nazirockergruppe „Vandalen-Ariogermanische Kampfgemeinschaft" in Berlin auf. Ein Tipp aus der Szene machte die Polizei auf das geplante Konzert im Lokal des Köpenicker Fußballvereins aufmerksam. Unter den ca. 160 Gästen befanden sich auch Mitglieder der drei bekannten Rechtsrockbands „Spreegeschwader", „Deutsch, Stolz, Treue" und „Landser" sowie lokale Größen wie Oliver Schweigert. Neben vier Festnahmen und der Einleitung von sieben Strafverfahren u. a. wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, wegen Widerstands und versuchter gefährlicher Körperverletzung wurden zwei Siegelringe mit SS-Emblemen bzw. ein mit Bleistaub gefüllter Lederhandschuh beschlagnahmt. Weiterhin ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen „des Verdachts des Geheimnisverrates" gegen Unbekannt, weil die Razzia offensichtlich verraten wurde.
Einen Befangenheitsantrag der Bundesanwaltschaft gegen den Vorsitzenden Richter im „Landser"-Prozess hat das Kammergericht Berlin inzwischen abgelehnt. Der Richter hatte nach einem Hinweis der Polizei auf die geplante Razzia den Anwalt des angeklagten Michael Regener, der auch als ein führender Kopf der „Vandalen" gilt, vor einem Verstoß gegen Haftverschonungsauflagen gewarnt. Der Richter begründete sein Vorgehen damit, dass er lediglich seiner Fürsorgepflicht für den Angeklagten nachgekommen sei. Im Landser-Prozess stehen die Mitglieder der Neonaziband „Landser" wegen des Vorwurfs der „Bildung einer kriminellen Vereinigung" nach §129 StGB vor dem Berliner Kammergericht.
Brisant ist zudem, dass die Kneipe, in der die Vandalen-Veranstaltung stattfinden sollte, dem Bezirk gehört und an den Wirt lediglich verpachtet ist. Nun will der Bezirk eine Liste mit bekannten Rechts- und LinksextremistInnen erstellen, damit denen keine öffentlichen Räume mehr zur Verfügung gestellt werden.

„Vorsicht Schusswaffengebrauch"

Die Schüsse überraschten die Jäger im Revier. Sollten sie doch die einzigen sein, die im Wald schießen dürfen. Aber im März diesen Jahres hallten öfter Gewehrschüsse durch den Everstorfer Forst bei Jamel. Warnschilder mit der Aufschrift „Vorsicht Schusswaffengebrauch. Der Kommandant" offenbarten dem örtlichen Jagdkollektiv, dass nicht Wilderer auf der Pirsch sind. Anonym stellte ein Jäger eine Anzeige. Nur die Polizei ermittelte anscheinend nicht sofort wegen Wehrsportübungen.

von Andreas Speit

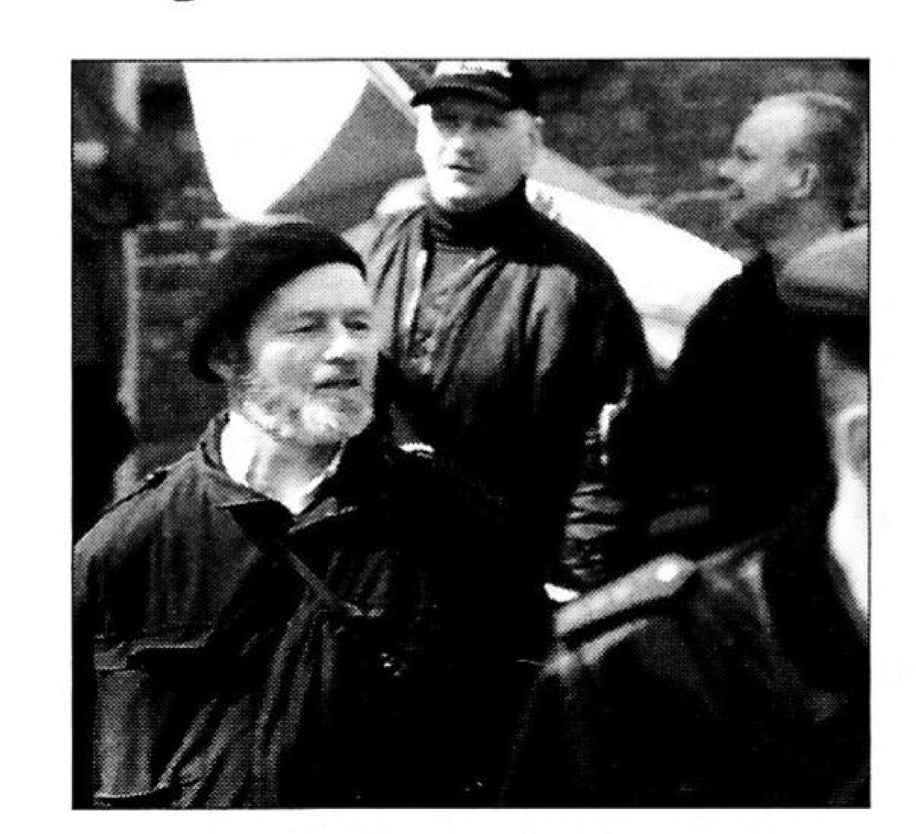
Erst im Juni durchsuchten Polizeibeamte den Forst nahe der kleinen Ansiedlung Jamel zwischen Grevesmühlen und Wismar. Sie sammelten unzählige Patronenhülsen auf, fanden einen Schützengraben und entdeckten das Warnschild. „Warum so spät?" fragt sich der Bürgermeister der Gemeinde Gägelow, Fritz Kalf (SPD). Seit Jahren würden immer wieder die rechten Aktionen um Sven Krüger aus Jamel die Gemeinde beschäftigen. So entdeckten die Beamten denn auch in dem Ort einen Kleinlaster und einen Jeep in Armeefarben und mit Wehrmachtssymbolen versehen. Auf der Ladefläche des Lasters lagen Luftdruckwaffen und Schreckschusspistolen. Allein die Familie Krüger, welche die 20-köpfige Dorfgemeinschaft bestimmt, ist nicht da. In der Gemeinde, sagt Kalf, denken sowieso einige, dass der Krüger „unter besonderem Schutz" stehe.

Am Tag der Deutschen Einheit zündeten mal wieder „Unbekannte" ein in der Ortschaft stehendes Haus an. „Die neuen Besitzer aus Hamburg waren nicht da", erzählt Kalf. Die Familie hatte trotz einer gemalten Begrüßung „Verpißt euch!" mit der Instandsetzung angefangen. „Sie müssen wohl aufgeben", meint der 72-jährige Bürgermeister resigniert. Neue Nachbarn und alteingesessene Andersdenkende sind seit Jahren in der Ansiedlung unerwünscht. Begonnen hat alles am Ostersonntag 1992. Anläßlich Adolf Hitlers Geburtstag feierten über 120 Neonazis in dem Gutshaus in Jamel, das damals die Küsters bewohnten. „Heute räuchern wir euch aus", hatten sie der andersdenkenden Familie Goscinsky angedroht. Deren Hühner hatte der Sohn der Krügers schon öfter auf den Gartenzaum aufgespießt. Der Bürgermeister glaubte der Drohung. Mit zwei Bekannten und einer Schrotflinte schützte er die Familie, als die Neonazis deren Haus angriffen. Vier Polizisten, die eintrafen, baten eiligst um Verstärkung und verschanzten sich ebenfalls im Haus. Als deren Verstärkung eintraf, hatten die Neonazis Fenster, Türen und ein Auto zerstört und waren geflüchtet. Bis heute sind die Täter nicht ermittelt. Nur Kalf muss sich wegen unerlaubten Waffenbesitzes verantworten. Im Herbst 1995 zogen die Goscinskys wegen der anhaltenden Drohungen nach Lübeck. Auch die Krügers verließen das Dorf, weil die Baubehörde die Baufälligkeit des Gutshaus feststellt. Als 1996 Interessierte eines der leerstehenden Gebäude in Jamel kaufen wollten, ging das Haus erstmals in Flammen auf. Die Gemeinde erwarb die Brandruine und verkauft sie später an ein junges Paar. „Auch sie gaben den Kampf bald auf", erzählt Kalf. Ein Jahr zuvor konnten jedoch die Krügers, dank einer Haus-Schenkung, wieder nach Jamel ziehen.

„Seit über 10 Jahren führt Sven Krüger die regionale Nazigruppe an", so Eckhard Heins von der „Landesweiten Opferberatung für Betroffene rechter Gewalt" (Lobbi). 1997 war er mit weiteren 30 Neonazis an einem Überfall auf eine Kindergruppe auf dem Campingplatz im nahegelegenen Leisten beteiligt. „Er war mehrmals in Haft", weiß Heins, „kam aber immer frühzeitig raus". Nachdem der Bürgermeister sich an die lokale Presse wandte, scheinen die Behörden schneller zu handeln. „Wir führen zu Jamel zwei Verfahren wegen Brandstiftung, vier Verfahren wegen Diebstahl, ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz und wegen der Bildung einer bewaffneten Gruppe durch", erklärt Ulrich Tauchel, Leiter der Polizeidirektion Schwerin. Aber die Staatsschutzermittlungen seien noch nicht abgeschlossen. Kalf bleibt skeptisch: „Seit über zehn Jahren höre ich immer wieder, wir machen was, wir unternehmen was. Ich glaube es nicht mehr".

Justiziabler Slogan

Das Erscheinen des „Zentralorgans" ist eingestellt. Nach der Nummer 13 versandten die Macher des Neonazimagazins, Klaus Bärthel (Foto), Tobias Thiessen und Dirk Sukoll seit Februar 2002 keine weiteren Ausgaben mehr. Wegen zwei Titelbildern müssen sich aber die „Freien Nationalisten" noch vor Gericht verantworten.



von Andreas Speit

Für das Verfahren wegen „Volksverhetzung und Aufruf zur Gewalt" hatte das Amtsgericht Ludwigslust eigentlich nur einen Verhandlungstag angesetzt. Zu dem Prozess führte eine vor zwei Jahren von dem Bürgermeister der mecklenburg-vorpommerschen Kleinstadt, Hans-Jürgen Zimmermann gestellte Anzeige gegen Bärthel als Inhaber des „Wolffs-Verlag", der in der Stadt ansässig ist. „In dem Titelblatt ‚National Befreite Zone – schafft sie euch' sehen wir eine Bedrohung gegen unsere Bürger", erklärte Zimmermann (Bündnis 90/Die Grünen). Am ersten Verhandlungstag, dem 20. August setzten sich aber gleich die Verteidiger der Angeklagten, Jürgen Rieger, Hans-Günther Eisenecker und Ralph Schürmann vor Gericht durch. „National befreite Zone?

Das sind Orte, an denen nationale Menschen von der Gesellschaft akzeptiert werden“, erläuterte Rieger. Kaum hatte ein Polizist, der durch die Telefonüberwachung die Verantwortlichkeiten klären sollte, den Zeugenstand betreten, führte ihn Rieger vor. „Wen haben sie überwacht?“, fragte Thiessens Verteidiger. Antwort: „Herrn Bärthel“. „Woher wissen Sie überhaupt das Bärthel am Telefon war? Haben sie einen Stimmenvergleich anfertigen lassen?“ „Ääh, nein...“. „Danke, das reicht“, stellte Rieger fest. Unisono erklärten die Anwälte zusätzlich: „Wenn es sich hier um eine publizistische Tätigkeit handele, darf genauso wie beim Arzt oder Rechtsanwalt nicht abgehört werden“. Ratlosigkeit im Amtsgericht. Erst beim nächsten Verhandlungstag ließ das Gericht diese Beweismittel zu. Allerdings durften sie sich nun die Abhörprotokolle anhören. Aber die Verteidiger, die erst eine Stunde nach Verhandlungsbeginn vollzählig waren, gingen nicht auf die Beweise ein. Die Angeklagten erschienen erst gar nicht. Am Ende des Tages plädierten die Verteidiger auf „unschuldig“. Die Amtsrichterin sah in dem Titelblatt der Nummer 11 auch keine Straftat. Am 10. September sprach sie die Angeklagten von den Anschuldigungen frei, ohne jemals die gesamte Ausgabe, in der auch über Kritiker der Nationalen Bewegung mit Fotos „informiert“ wird, vorliegen zu haben und ohne das Strategiepapier der „National Befreiten Zone“ zu kennen, in dem Handlungsanleitungen vorgeschlagen werden. Mittlerweile legte die Staatsanwaltschaft Revision ein. In zweiter Instanz hatte indes Rieger versucht, das Urteil des Hamburger Amtsgericht wegen des Titelblattes „Juden raus ...“ gegen Bärthel, Sukoll und Thiessen aufzuheben. Ohne Erfolg: Das Landgericht bestätigte am 28. August, dass mit der „Druckschrift“ bewusst an „gleichlautende antisemitische Parolen im Zusammenhang mit der Massenvernichtung von Menschen jüdischer Herkunft angeknüpft“ werden soll. Die Überzeugungstäter dürfen nun insgesamt 6.000 Euro Strafe zahlen.



Quasi Laborbedingungen

Neonazi-Strukturen in Mittelfranken

„Die Gesellschaft in Mittelfranken bietet nahezu Laborbedingungen, um rechte und rechtsextreme Strukturen aufzubauen und Anhänger zu rekrutieren. Vielerorts hat sich eine rechte bzw. rechtsextreme Jugendkultur, der nicht nur Skinheads angehören, etabliert.“ So das Ergebnis einer aktuellen Regionalstudie.

von Marco Kuhn & Michael Reinhard

Diese Entwicklung wurde und wird durch das Zusammenspiel dreier Akteure begünstigt:

Da wäre zunächst, vor allem im „Speckgürtel“ der Großstädte Nürnberg, Fürth und Erlangen eine neonazistisch geprägte, gewalttätige Jugendszene zu nennen. Diese verfügt – jenseits von „Anti-‚Zecken‘, -Ausländer und -Schwule“-Feindbildern – kaum über ideologische Kenntnisse. Elementar für das Auftreten dieser Gruppen ist „Kameradschaft“ und der Konsens, auch Gewalt anzuwenden. Diese trifft MigrantInnen, nicht-rechte Jugendliche, Menschen mit Handycap oder Obdachlose.

Hinzu kommen die vermeintlich „unbeteiligten Bürger“ und die „Eliten“ der jeweiligen Gemeinden. Sie stehen dem rechten Treiben „ihrer Jungs“ allzu häufig untätig gegenüber und sind damit ein nicht unbedeutender Faktor für das Erstarken der regionalen Neonazi-Szene. Die wenigen kritischen Menschen, die auf die rechten Umtriebe aufmerksam machen, werden als „Nestbeschmutzer“ beschimpft - häufig folgt ein resignierter Wegzug aus der Stadt oder dem Landkreis. Auch die Polizeibehörden winken in den meisten Fällen ab und betonen, dass „keine rechtsextreme Szene“ existiere. Höchstens ein paar „Mitläufer“ seien registriert worden. Einzig der Kameradschaftsstruktur „Fränkische Aktionsfront“ (FAF) wird von behördlicher Seite „eine gewisse Außenwirkung“ attestiert.

Als dritter Akteur treten diejenigen auf, die versuchen, aus diesem Pool Jugendliche an sich zu binden: Organisierte Neonazis aus den Großstädten, allen voran die NPD und die FAF. Den beiden Protagonisten kommen unterschiedliche Aufgaben zu: Die FAF macht zunächst mit massiver Propaganda bzw. Aktionen auf sich aufmerksam, bevor sie dann mit Parties oder Fahrten zu Konzerten die Interessierten weiter an sich zu binden sucht. Die Infrastruktur, beispielsweise das Anmelden von Kundgebungen oder Demonstrationen oder der Lautsprecherwagen, wird durch die NPD gestellt. Schulungsveranstaltungen werden größtenteils ebenfalls von dieser organisiert. Über solche Kontakte finden auch Rechtsrock-Versand-Kataloge ihren Weg in die „Provinz“ und damit neue Kunden. Als „Umschlagplätze“ für die entsprechenden CDs und sonstigen Szene-Accessoires fungieren u.a. Schulen und Marktplätze.

Neonazi-Strukturen

Die NPD ist seit annähernd zwanzig Jahren konstante, Impuls gebende Kraft und damit die entscheidende Stütze der regionalen Neonazi-Strukturen. Anfang der 1990er Jahre waren es regionale NPD-Gliederungen, beispielsweise der Herausgeberkreis der Zeitschrift „Die Saufeder“ aus Erlangen, die eine Neu-Justierung der ideologischen Grundsätze – auch in der Bundesorganisation – vorantrieben. Eine Öffnung der Partei für militante Neonazis wurde so vorbereitet. Schon immer waren regionale Kader – wie beispielsweise Ralf Ollert – darum bemüht, mit parteiunabhängigen Kameradschaften und Einzelpersonen zusammenzuarbeiten.

Die mittelfränkische NPD orientiert sich am „Drei-Säulen-Konzept“ und agiert damit im bundesdeutschen Vergleich relativ erfolgreich. Die drei Säulen – der „Kampf um die

Strasse", der um die „Köpfe" und der um die „Parlamente" – sollen möglichst gleichmäßig ausgebaut werden.

Für Ersteres arbeitet die Partei, wie beschrieben, mit den örtlichen Kameradschaftsstrukturen zusammen. Zur „Durchdringung der Köpfe" werden regelmäßig Diskussions- und Schulungsveranstaltungen durchgeführt. Dabei wird mit dem fränkischen NPD-Think Tank „Staatsbürgerliche Runde – Bund Frankenland" um den Nürnberger Jürgen Schwab kooperiert. Schließlich seien ja, so das „Drei-Säulen-Konzept", die vom „geistigen Systemmüll" befreiten Köpfe die „ersten national befreiten Zonen". Für die dritte Säule, den „Kampf um die Parlamente", wurde unter Federführung der NPD die „Bürgerinitiative Ausländerstopp" (BIA) gegründet, die im März 2002 zu den Kommunalwahlen in Nürnberg antrat. Mit einem rassistischen Wahlkampf schaffte sie den Einzug in den Stadtrat und ist nun dort durch Ralf Ollert, Landesvorsitzender der bayerischen NPD, vertreten.



Matthias Fischer (Irokesen-Haarschnitt)

Im engen Zusammenspiel mit der NPD agiert die FAF. Sie versteht sich „als ein politisches regionales Forum für alle Männer und Frauen, ungeachtet ihrer eigenen oft unterschiedlichen Weltanschauungen, die sich im Nationalen Widerstand in Deutschland organisieren und im Großraum Franken aktiv sind", wie es in ihrem Konzeptpapier heißt. Dabei ist die FAF streng hierarchisch organisiert. Die Leitung hat alleine die IG WIR inne. Einer der Führungskader ist Matthias Fischer, ehemals Schlagzeuger der „Blood & Honour"-Band „Hate Society".



01.05.2003: Aufmarsch der NPD in Berlin

Inhaltlich wenden sich die FAF-AktivistInnen vor allem antiimperialistischen Themenfeldern zu. Parolen wie „Den Zionismus gemeinsam bekämpfen" oder „Solidarität mit der ETA" seien hier exemplarisch genannt. In einem Text heißt es: Wir gestehen „grundsätzlich jedem Volk [...] eine eigene Nation zu. Das gilt selbstverständlich auch für Basken, die Iren und die Kurden, die von kapitalistisch-imperialistischen Kräften in ihrer Heimat massivst unterdrückt, gefoltert, verfolgt und ermordet werden. [...] Auch das zionistische Gebilde (gemeint ist das sogenannte Israel) unter der heutigen Führung des Kriegsverbrechers Ariel Sharon ermordet seit Jahren gezielt und völkerrechtswidrig palästinensische Widerstandskämpfer mittels jüdischen Staatsterrorismus". Optisch werden diese Ideologiefragmente mit Palästinenser-Fahnen und -Tüchern, die mittlerweile zum Standardrepertoire eines jeden öffentlichen Auftritts der FAF-AktivistInnen gehören, untermalt.

In Mittelfranken ist im Rahmen der FAF ein reges Netz von verschiedenen Kameradschaften entstanden. Seien es die „Nationalisten Nürnberg und Fürth", die „Kameradschaft Nürnberg/Land" um Frank Zunner, die „Nationalisten Herzogenaurach" um Tommy Müller, die „Kameradschaft Schwabach" um Sven Schlechta, die „Kameradschaft Forchheim" und die „Frauen in der FAF". Für bayernweite Aktivitäten wurde zusammen mit der „Kameradschaft Süd – Aktionsbüro Süddeutschland" um Martin Wiese und dem „Nationalen Infotelefon Bayern" eine „AG Bayern" gegründet. Auch wenn die Kameradschaft Süd eine Woche nach dem Sprengstofffund bei einigen ihrer AktivistInnen plötzlich von der gemeinsamen Erklärung auf der Homepage der FAF verschwand, dürfte dies nur eine kosmetische Korrektur sein. Zu eng waren zuletzt die Kontakte zwischen den Neo–nazi-Akteuren der beiden Städte. Man erarbeitete gemeinsame Grundsatzpapiere, beispielsweise im Umgang mit dem Verfassungsschutz oder zur „Anti-Antifa"-Arbeit, und plante, in Aufbau befindliche Kameradschaften in ganz Bayern zu unterstützen. Von dieser Strukturarbeit profitierten zuletzt auch immer wieder die Münchner Neonazis. Bei Kundgebungen in München stellten die Nürnberger beispielsweise den Lautsprecherwagen und die Redneranlage.

Bundesweit hat sich die FAF in der Kameradschaftsszene fest etabliert und hat darüber hinaus auch Vorbildcharakter. So beispielsweise für die Mecklenburgische Aktionsfront (MAF) und die Pommersche Aktionsfront (PAF). Diese haben nicht nur den Namen sondern auch gleich die organisatorischen Strukturen der FAF übernommen. Die jeweils schriftlich formulierten Konzepte wurden größtenteils wortwörtlich abgeschrieben. Erklären lässt sich diese Verbindung in erster Linie mit der Herkunft der „bayerischen" Kader: Matthias Fischer stammt aus Templin/ Brandenburg und der Münchner Martin Wiese aus Anklam/ Mecklenburg-Vorpommern.

„Anti-Antifa"

Hauptbetätigungsfeld der mittelfränkischen Neonazi-Szene ist „Anti-Antifa"-Arbeit, die sie organisationsübergreifend betreibt. Langjährige Akteure wie Norman Kempken, der heute im Rahmen der Anti-Antifa Nürnberg tätig ist, gewährleisten seit annährend zehn Jahren eine kontinuierliche „Feindaufklärung". Linke Demonstrationen oder Neonazi-Aufmärsche werden von Film- bzw. Fotografen-Teams begleitet, abgelichtet wird jeder, der nicht „Kamerad" oder Polizist ist. Linke Publikationen bzw. Gerichtsakten werden ausgewertet, linke Treffpunkte „besucht" oder Versuche unternommen "U-Boote" in Organisationen einzuschleusen. Aus den so gewonnen Informationen konnte ein breiter Informationspool über „linke" Personen oder Strukturen angelegt werden. Die Informationen flossen in Hetzartikel ein, in denen u. a. liberale Lehrer, Journalisten, Neonazi-Aussteiger, antifaschistische Jugendliche und Einrichtungen geoutet und bedroht werden.

Bei diesen „Anti-Antifa"-Kundmachungen bleibt es aber häufig nicht. Den Worten, „Anti-Antifa" bedeutet die „aktive und offensive Bekämpfung linkskrimineller Elemente", wie es in einem Papier der „Frauen in der FAF" heißt, folgen Taten und viele der geouteten Personen bzw. Einrichtungen wurden in der Folgezeit attackiert: In Nürnberg das Familienhaus zweier liberaler Lehrer und mehrfach ein linker Buchladen. In Erlangen ein Büro, in dem sich auch die Redaktion der alternativen Zeitung „raumzeit" trifft. Zuletzt wurde in Herzogenaurach auf das Auto eines linken Aktivisten ein Brandanschlag verübt.

National „Befreite Zonen" in Mittelfranken?

Diese Frage mit „Ja" zu beantworten entspräche nicht den Tatsachen und würde vor allem die Urheber des gleichnamigen Konzepts bzw. deren darauf basierendes Agieren in ungerechtfertigter Weise aufwerten. Meinen doch „Befreite Zonen", wie

sie im Konzept der NPD gedacht waren, aber von der Neonazi-Bewegung organisiert wurden, geschaffene „Freiräume", in denen sie „faktisch die Macht ausüben". Hier solle dann u. a. „die Vernetzung innerhalb der rechtsextremistischen Bewegung vorangetrieben" werden.

Dagegen ist in Mittelfranken zu beobachten, dass vor allem in jenen Regionen, die oberflächlich betrachtet als solche „Zonen" in Frage kommen, keine bzw. wenige - im formalen Sinn - neonazistische Organisationsstrukturen vorhanden sind. Was sich in diesen ländlich strukturierten Landkreisen wie Bad Windsheim-Neustadt/ Aisch, Fürth Land oder Ansbach dagegen findet sind „Angstzonen", auch „No go areas" genannt. Gemeint sind öffentliche Räume, in denen neonazistische Gruppen zeitweise durch ihr Auftreten und bestimmte Verhaltensweisen die Hegemonie ausüben. Das kann eine Disco, ein Marktplatz oder ein Badesee sein. Der Machtanspruch wird mit Gewalt durchgesetzt.

Fazit

Auch wenn rassistische und antisemitische Ideologien innerhalb der momentanen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht zu überwinden sind, können die gewalttätigen Hegemonialbestrebungen der Neonazis und deren Organisierungsversuche Ansatzpunkte für eine antirassistische und emanzipatorische Jugendarbeit bieten. Aber auch diese – lediglich reagierende Praxis – benötigt eine konzeptionelle Fundierung. Dafür ist u. a. eine Zustandsbeschreibung unumgänglich. Mit der Regionalstudie „Spezialitäten aus Mittelfranken. Ein Überblick über rechte und rechtsextreme Strukturen" haben wir diesen ersten Schritt gemacht. Einzelne im Zuge der Recherchen gewonnene Kontakte bieten durchaus Raum für Hoffnung, dass Neonazis, auch in den ländlichen Regionen Mittelfrankens, in Zukunft zumindest nicht mehr so unbemerkt agieren können.

Die Broschüre „Spezialitäten aus Mittelfranken. Ein Überblick über rechte und rechtsextreme Strukturen" ist gegen 4 Euro inkl. Porto (gegen Vorkasse) zu beziehen über: antifaschistisches dokumentations- und informationsprojekt (adip), königswarterstr. 16, 90762 fürth.

Nationalsozialistische Traditionen

Genau 65 Jahre nach dem „Reichsparteitag Großdeutschland" der NSDAP marschierten wieder Nationalsozialisten auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände in Nürnberg auf.

Von Marco Kuhn

Etwa 130 Neonazis beteiligten sich am 6. September diesen Jahres unter dem Motto „Stolz und treu – macht Deutschland frei" an der Kundgebung. Geplant war zudem ein Aufmarsch zu dem in der NS-Zeit „Adolf-Hitler-Platz" genannten Hauptmarkt. Dieselbe Route nutzten NSDAP'ler am 5. September 1938 für einen Fackelzug. Als Redner traten neben den Anmeldern Gerhard Ittner (Zirndorf) und Christian Worch u. a. Reinhold Leidenforst,. Axel Reitz, Hartmut Wostupatsch und Dieter Riefling auf. Den Großteil der Teilnehmer stellten Neonazis aus anderen Regionen Deutschlands und dem europäischen Ausland. Die geringe Anzahl regionaler Szene-Angehöriger ist auf einen Streit zwischen Gerhard Ittner einerseits und der NPD bzw. „Fränkischen Aktionsfront" (FAF) andererseits zurückzuführen. Aus diesem Spektrum beteiligten sich einzig einige AktivistInnen der „Kameradschaft Nürnberg/ Land". Die FAF mobilisierte für den Tag zu einem „Solidaritätskonzert" für den inhaftierten Altnazi Friedhelm Busse in den Raum Kassel.

Dem Aufmarsch war das bekannte Verbotskarussell vorausgegangen. Es drehte sich lange in eine Richtung - hin zum Verbot. Erst das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) genehmigte anstatt des Aufmarsches eine Kundgebung. Den Ort hierfür konnte die Stadt Nürnberg auswählen, er sollte jedoch, so das BVerfG, „nicht durch die auf die Reichsparteitage verweisende Symbolwirkung gekennzeichnet" sein. Dennoch fand die Kundgebung auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände statt. Insofern verwundert es doch sehr, dass Oberbürgermeister Maly (SPD) auf einer Gegenkundgebung meinte: „Wir werden ihre widerlichen Aufmärsche mit dieser unübersehbaren Ahnlehnung an die Nazi-Parteitage nicht hinnehmen". War es doch die Stadt Nürnberg, die diese „Nähe" mit der Ortswahl erst ermöglichte. Die Regionalpresse jedenfalls übersah dieses ‚Malheur' gekonnt und feierte stattdessen die 3.000 GegendemonstrantInnen als Repräsentanten des „Neuen Nürnberg".

Unterdessen kündigten Gerhard Ittner und Christian Worch eine „Demolawine" für Nürnberg an. Die Stadt hätte sich diese wegen der in den Weg gelegten Hindernisse durchaus verdient, so Worch in einem Schreiben. Den Anfang wollen die beiden Neonazis am 29. November diesen Jahres machen - rechtzeitig zur Eröffnung des Nürnberger „Christkindelsmarktes".

Von RechtsRockern, die auszogen, um Gesetze zu umgehen

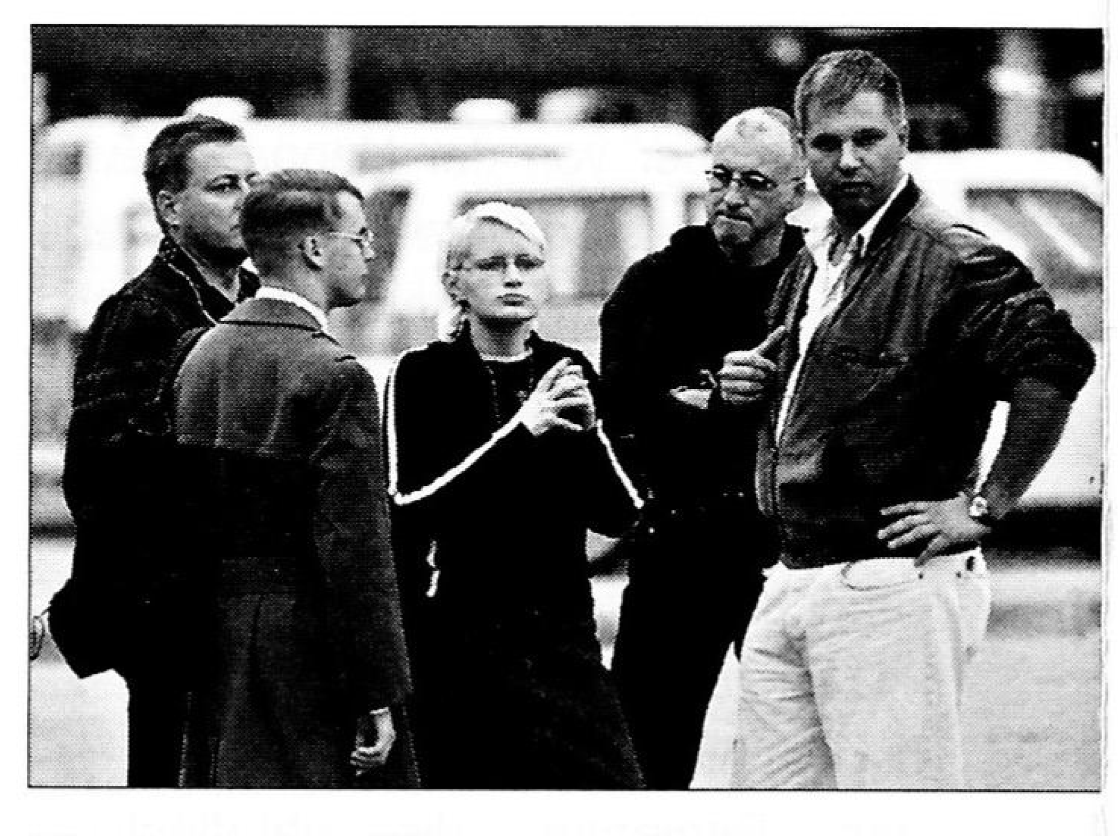
„The swastika is flying in the wind, the aryan legions will never give in. I see our race winning, I believe in a new beginning", singt die baden-württembergische Band „Race War" auf ihrem Debüt „The White Race Will Prevail". Ebenso eindeutig ist das Cover, das wahlweise mit dem Konterfei von Adolf Hitler oder mit einem SS-Mann und Hakenkreuzfahne verkauft wird. Veröffentlicht wurde die CD 2002 auf dem US-amerikanischen RechtsRock-Label „Micetrap Records". Am 13.03.2003 wurde die CD indiziert. Das Begleitheft zur Platte ist ebenso mit NS-Bildern versehen wie das Cover. Die Band, die sämtliche persönlichen Hinweise auf der Platte vermied, hoffte wohl so einer Strafverfolgung zu entgehen. Doch weit gefehlt, am 22.05.2003 wurden die Wohnungen der Bandmitglieder in Plüderhausen, Schwäbisch Gmünd, Ellwangen und Aalen durchsucht. Und jüngst, bei einem Auftritt der Band am 4. September im schwedischen Småland, wurden die Personalien der Musiker Sven G., Max H. und Gerhard M. kontrolliert. Spätestens danach dürfte der Band ein Gerichtsverfahren ins Haus stehen.

Das Label „Micetrap" scheint indes weiter attraktiv für deutsche Bands zu sein. Jüngst veröffentlichte die Band „Hassgesang" ihre erste offizielle CD „B.Z.L.T.B." bei den Amerikanern. Auf dieser tragen sie ihre antisemitischen Mordphantasien vor: „We only have to kill, to kill for the Reich - Hand in hand we will march through our land – Zionist occupator, this is your end". Zuvor hatte die Band bereits zwei Demo-CDs veröffentlicht, die der neuen CD an Eindeutigkeit in nichts nachstehen. Abzuwarten bleibt jedoch, wie lange die Bandmitglieder ihre Anonymität wahren können.

Doppel-Nazi-Aufmarsch

Seit 2001 versucht Neonazi Christian Worch vergeblich den Platz vor dem Völkerschlachtdenkmal in Leipzig mit einem Aufmarsch vom Leipziger Hauptbahnhof aus zu erreichen. Am 3. Oktober 2003, dem nationalen Feiertag, startete er seinen zehnten Versuch unter dem Motto „Gegen Repression und linke Gewalt. Für Demonstrationsfreiheit. Wir sind das Volk!"

von Joerg Hemmers



V.l.n.r.: Hartmut Wostupatsch, Axel Reitz, Yvonne Mädel, Gerd Ittner, Christian Worch

Als Neuerung kam eine zweite Aufmarschanmeldung unter Leitung des Neonazis Sven Liebich aus Halle im nahe gelegenen Schkeuditz hinzu, die eine Jugendinitiative „Schöner wohnen in Sachsen" angemeldet hatte. Hier lautete das Motto: „Gegen Überfremdung und Drogenkriminalität!" An beiden Aufmärschen nahmen ca. 350 Neonazis überwiegend aus dem Spektrum der sogenannten „Freien Kameradschaften" teil. Die Redner in Leipzig waren: Axel Reitz („Kampfbund Deutscher Sozialisten"), Ivonne Mädel, Hartmut Wostupatsch (beide Freier Nationalisten), Michael Burkert („Deutsche Partei"), Gerd Ittner (Freier Nationalist, Ex-NPD-ler) und Christian Worch. In Schkeuditz sprachen Sven Liebich (ehemals „Blood&Honour", Nazi-Laden-Betreiber in Halle, „Nationaler Beobachter"), Axel Reitz, Gerd Ittner und Christian Worch. Der war mit dem „neuen politische(n) Instrument der Doppeldemonstration (oder: Demo im Doppelpack)" zufrieden und wies darauf hin, dass diese Form der Aufmärsche bereits im Juli 2003 in Schwäbisch Hall-Heilbronn ausprobiert worden war. Der nächste Doppelaufmarsch ist schon geplant und wird augenblicklich im Internet beworben. Am 13. Dezember will Worch mit Günter Deckert (NPD) und Lars Käppler (BDVG) in Hoyerswerda und Cottbus länderübergreifend gegen die Osterweiterung der EU marschieren. Am nationalen Feiertag riefen die Neonazis wieder Parolen, die zum Teil von der Linken abgeguckt waren: „Wir sind das Volk!", „Frei – sozial – national!" „Gegen Geld und Kapital – wir sind national!" Auf Spruchbändern war u. a. zu lesen: „Staatsterrorismus stoppen!!!", „National Sozialisten voran! Kampfbund Deutscher Sozialisten" und (nur in Schkeuditz) „Gegen Überfremdung & Drogenkriminalität! IG: Schöner wohnen in Sachsen".

Inzwischen hat sich Neonazi Worch laut Mitteilung der Leipziger Morgenpost vom 4. Oktober mit dem bekannten Leipziger Pfarrer und Initiator der Friedensgebete, Christian Führer, im Pfarrhaus von St. Nikolai getroffen. Nachdem der Pfarrer eine Einladung Worchs als Redner bei einer Nazi-Kundgebung aufzutreten abgelehnt hatte, lud der den Nazi-Führer zu sich ein. In neunzig Minuten habe Worch, so der Pfarrer, ihm seine ganze Demo-Strategie verraten und der Pfarrer schien beeindruckt; denn sein Urteil über Worch: „Er ist ein ernstzunehmender Gegner, der bedauernswerter weise auf der anderen Seite kämpft."

Sven Liebich hat inzwischen vier weitere Aufmärsche für dieses Jahr in Schkeuditz angekündigt und Christian Worch sechs Versammlungen für 2004 und 2005 in Leipzig.

NS-„Black-Metal"-Konzert in Gera

Am 4.10.2003 wurde ein Konzert neonazistischer Black-Metal Bands in Gera von der Polizei abgebrochen. Angekündigt waren die französische Band Funeral, welche auch spielte, die Geraer Band „Totenburg" sowie „Magog" aus der Sächsischen Schweiz. Organisiert wurde das Konzert von Heike Langgut, welche sich hinter dem Pseudonym „Nebelfee" und dem „Germanischen Fryfrauen Bund" verbirgt. Laut Szenegerüchten sollte auch „Absurd" spielen. Ob die letztgenannten Bands aufgrund des Polizeieinsatzes spielen konnten ist unklar. Da die Polizei erst kurzfristig informiert wurde und diese wie üblich ahnungslos war, wurde niemand festgenommen, die Veranstalter hatten die Chance genutzt und kistenweise CDs und anderes Material beiseite geschafft. Anwesend waren vor allem Skinheads und die Mitglieder einiger anderer NS-Black-Metal-Bands, auch aus dem Ausland. Ronald Möbus, ehemals Mitbetreiber des NSBM-Versandes „Darker than Black" wurde im Mai 2003 zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Das geringe Strafmaß wurde u. a. mit der positiven Sozialprognose begründet, immerhin ist er jetzt verheiratet, Vater und Geschäftsmann. Dass ihn seine Frau Heike Langhut vom „Rechten-weg" abbringt, scheint jedoch nicht zu erwarten.

Schulterschluss?

Statt der vollmundig angekündigten 200 Zuhörer waren es gerade einmal 15 - und das zum Großteil DVU-Funktionäre und Ordner.

von Thomas Sager

In der Rotunde des Dortmunder M"useums für Kunst und Kulturgeschichte", das von Mitte September bis zum 2. November die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht – Dimensionen des Vernichtungskrieges" zeigte, wollte die DVU am 2. Oktober eine große Gegenveranstaltung auf die Beine stellen. Der Versuch scheiterte. Während die Hardcore-Neonazis aus „Freien Kameradschaften" und NPD gegen die Ausstellung auch in Dortmund auf die Straße zogen - am 20. September wurden 700 Teilnehmer gezählt, weitere kleinere Kundgebungen folgten - ging die DVU einen anderen Weg. Unter dem Label eines „Arbeitskreises für Geschichte und Politik" verteilten Frey-Anhänger seit Beginn der Ausstellung vor dem Museum Flugblätter an „Liebe Besucher" und – zielgruppengerecht für die Jüngeren – „Liebe Schüler". Eingeladen wurde damit zugleich zu

Vortragsveranstaltungen mit einem, wie es auf dem Flugblatt hieß, „Dr. Waldemar Post“ am 2. Oktober und Dr. Stefan Scheil am 24. Oktober. Mit „Waldemar Post“ war kein anderer gemeint als der Münchener Rechtsaußen-Historiker Walter Post. Er ist Autor des Buches „Die verleumdete Armee - Wehrmacht und Anti-Wehrmacht-Propaganda“, schrieb in der Vergangenheit u.a. für die „Junge Freiheit“ und die österreichische „Aula“ und war erst vor wenigen Wochen Interviewpartner der „Nationalzeitung“.

Auf sein großes Publikum wartete Post an jenem 2. Oktober vergebens. DVU-Gegner, die sich im Museums-Foyer versammelt hatten, machten ein Durchkommen für die Vertreter der so genannten „Erlebnisgeneration“ und für den jüngeren DVU-Anhang unmöglich. Daran konnten auch die breitschultrigen und kahlköpfigen Ordner aus dem Kameradschaftsspektrum nichts ändern, derer sich die DVU bediente. Anderthalb Stunden später übernahm die Stadt Dortmund wieder das Hausrecht und ließ mitteilen, dass die Veranstaltung eine Etage höher mit ihren gerade einmal 15 Teilnehmern zwar stattfinden könne, ansonsten aber niemand mehr hineingelassen werde. Dies galt auch für NPD-Landeschef Stephan Haase, der mit Parteifreunden erschienen war, um Post zu lauschen. Sein Vorstandskollege Claus Cremer, der als Koordinator zwischen NPD und „Freien Nationalisten“ gilt, hatte zuvor im Namen einer „Aktionsgemeinschaft gegen die Anti-Wehrmachtsausstellung Dortmund“ ebenfalls zu der Veranstaltung aufgerufen. Doch der Schulterschluss zwischen DVU, NPD und „Freien“ gelang dank der demonstrierenden BürgerInnen nicht einmal für einen Abend.



Neonazis, darunter Michael Wrobel (rechts), schützen die DVU-Veranstaltung

Neonazis sprengen Podiumsveranstaltung

Innenminister verlässt beim Sachsentag in Sebnitz wegen Neonazi-Störungen das Podium.

Der „Tag der Sachsen“ ist laut Auskunft der Veranstalter das größte Volks- und Heimatfest im Freistaat Sachsen. Es wird seit 1992 alljährlich am ersten Septemberwochenende in einer anderen Stadt oder Region Sachsens durchgeführt. Der „Tag der Sachsen“ soll im Sinne der Veranstalter über heimatliches Brauchtum und Traditionen informieren und die Entwicklung des sächsischen Vereinswesens aufzeigen.



Links auf dem Podium: Holger Apfel

von Ralf Wagner & Raimund Hethey

Träger und Veranstalter des „Tages der Sachsen“ ist das Kuratorium „Tag der Sachsen“, das sich am 22. Februar 1992 in Dresden konstituierte mit seinem Vorsitzenden, dem Präsidenten des Sächsischen Landtags Erich Iltgen (CDU). Kein Wunder, dass auch die Neonazis in Sachsen dieses Forum, an dem regelmäßig Zehntausende Bürger/innen teilnehmen, für ihre Öffentlichkeitsarbeit nutzen. In diesem Jahr fand der „Sachsentag“ in der Sächsischen Schweiz in Sebnitz statt. Immer noch soll das Image der Stadt wieder aufpoliert werden, das unter dem „Fall Joseph“ gelitten habe. „Die Leute sollen nach Sebnitz kommen und sich ein eigenes Bild machen“ erklärte der Oberbürgermeister Mike Ruckh (CDU), „Wir sind froh, dass wir uns diese Gelegenheit erarbeiten konnten.“ Die Verarbeitung der Vergangenheit bestand darin, im „Dr. Petzold Bad“, in dem Joseph Kantelberg Abdulla „ertrunken“(!) war, das „Kinderparadies“ einzurichten und das Apothekenschild am ehemaligen Haus der Familie Kantelberg Abdulla in blaue Müllsäcke zu hüllen. Etwas an den Rand des Festgeländes gedrängt befanden sich die Stände der NPD, der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ und der „Republikaner“ mit reichlich Info-Material ausgestattet. Für musikalische Begleitung sorgte der NPD-ler Jürgen Günz mit seinem Lautsprecherwagen. Der „Schwarze Sonne Meißen e.V.“ hatte sich einen besseren Standort gesichert. Direkt am Mittelaltermarkt, unter einer großen schwarzen Sonne verkauften u. a. Nils Reifenstein, bekannt von zahlreichen Neonazidemonstrationen in Dresden, die Edda und kleine Heftchen mit germanischen Kochrezepten. Einen abschließenden Höhepunkt des „Sachsentags“ sollte die Veranstaltung im Sachsen-Club unter dem Titel „Kampf den Verführern – Sind rechtsorientierte Organisationen eine Gefahr für junge Leute?“ darstellen. Das Podium bildeten der Innenminister Horst Rasch (CDU), die Sozialministerin Helma Orosz (CDU), der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Peter Adler und Jan Buruck von der „Aktion Zivilcourage“. Moderiert wurde die Veranstaltung vom Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung

Hartwig Hochstein. Das Publikum setzte sich aus ungefähr 60 Leuten zusammen, knapp die Hälfte davon waren bekennende Neonazis: Holger Apfel, stv. Parteivorsitzender NPD, Stefan Rochow, Bundesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN); Jürgen W. Gansel, zuständig für Parteipresse und Publikationen im Parteivorstand; Jürgen Schön, ebenfalls stv. Bundesvorsitzender der NPD und Kreisverbandsvorsitzender Leipzig; Uwe Leichsenring, zuständig für die Koordinierung der Kommunalpolitik im Parteivorstand und Kreisgeschäftsführer des „KV Sächsische Schweiz“ und Alexander Delle, im Bundesvorstand für die Parteiorganisation verantwortlich. Hinzu gesellten sich die Vertreter der „NPD-Kreisverbände Dresden“ mit dem Vorsitzenden Rene Despang und „Zwickau“ mit dem Vorsitzenden Peter Klose. Weitere NPD-Mitglieder waren Johannes Müller als NPD-Stadtrat in Sebnitz und NPD-Kreisrat im Kreistag Sächsische Schweiz und der stv. NPD-Landesvorsitzende Klaus Menzel. Die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ vertraten der Neonazi Alexander Kleber und Elli Dobberstein. Die „Freien Kameradschaften“ repräsentierten Sven Hagendorf aus Dresden und Tino Karsch aus der Sächsischen Schweiz. Auch das neu gegründete „Nationales Bündnis Dresden“ war neben Holger Apfel (Vorsitzender) noch mit Kerstin Lorenz, Landesvorsitzende der „Republikaner Sachsen“; Frank Rohleder, ehemaliger stellvertretender Bundesvorsitzender der REPs und Frithjof Richter, Kreisverbandsvorsitzender der REPs Dresden vor Ort.

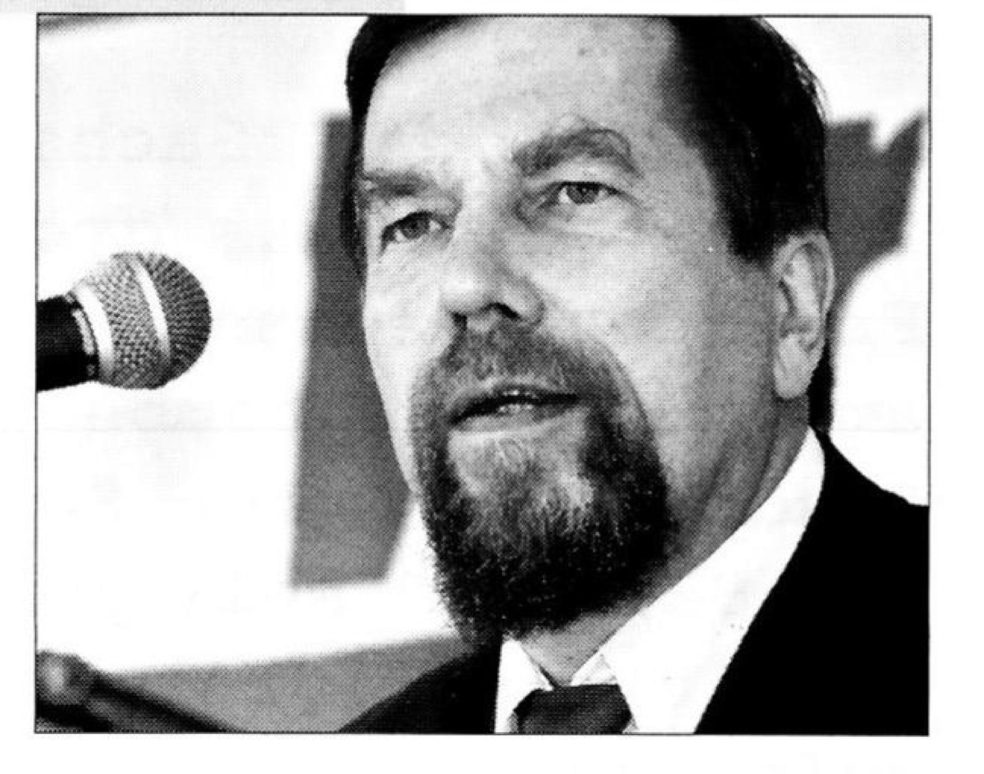
Zunächst wollten die Organisatoren der Podiumsdiskussion die deutlich durch ihre einheitlichen T-Shirts mit der Aufschrift „Nationales Bündnis Dresden“ zu erkennenden Neonazis nicht wahrnehmen. Nach kurzer Zeit machten sich die Neonazis mit Stammtischparolen und Pöbeleien störend bemerkbar. Spätestens beim Thema gescheitertes NPD-Verbot konnte auf dem Podium niemand mehr ausreden. Da bot der CDU-Innenminister Horst Rasch den Neonazis das Rederecht auf dem Podium an. Holger Apfel musste von seinen Kameraden erst gedrängt werden, dieser Einladung zu folgen. Nun bestand für die Neonazis die Möglichkeit, die Veranstaltung zu übernehmen. Doch Apfel, rot angelaufen vor Wut war unfähig, diese Steilvorlage zu nutzen. Spulte er zunächst die üblichen Phrasen a la „Wir leben in einem Überwachungsstaat“ vor jetzt ruhigem Publikum ab, dauerte es keine zwei Minuten und er begann erneut zu brüllen und den anderen Podiumsteilnehmern ins Wort zu fallen. Dabei ausgerechnet dem rechten Sozialdemokraten Peter Adler, einem der energischsten Vorkämpfer für die Polizeisonderkommission "MAG" (Militante autonome Gewalttäter) vorzuwerfen, auch er würde linke Gewalt tolerieren, war nicht nur unpassend, es zeigte auch das Unwissen eines Holger Apfel. Adler echauffierte sich darüber und Rasch und Orosz, nutzten die Gunst des Augenblicks und verließen das Podium. Der Moderator beendete daraufhin die Veranstaltung. Apfel lamentierte weiter auf dem Podium, dass die Volksvertreter nicht willens und nicht fähig seien zu diskutieren.

Anstatt von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen, hatte sich der Innenminister der Gewalt der Neonazis gebeugt. Eine gefährliche Reaktion von einem Politiker, der gerne mit der Position der Stärke kokettiert und angibt, dass er das Problem mit den „Extremisten“ im Griff habe.

Geldgeber für Naziimmobilien

Das Dörfchen Hummelfeld im Landkreis Eckernförde könnte beschaulicher nicht sein. Rot verklinkerte Bauernhöfe, schmucke Reetdachhäuschen zieren die Idylle im Landschaftsschutzgebiet an der Schlei in Schleswig-Holstein. In eines der auffälligsten Häuschen aus dem 19. Jahrhundert zieht jetzt neues Leben ein. „Das hat ein Rechtsanwalt aus Hamburg gekauft", erzählt Reinhard Hornbostel, der Altbesitzer. Wohlweislich verschweigt er, dass es um den Hamburger Neonazi Jürgen Rieger und seine heidnisch-rassistische „Artgemeinschaft" geht.

von Andrea Röpke



Jürgen Rieger

Die haben dem alten Landschaftsgärtner sein heruntergewirtschaftetes Haus abgekauft, er aber darf in seiner Butze im Anbau des Hauses wohnen bleiben. Das 1850 erbaute Haus hat keine Heizung, ein Gasstrahler gibt dem Rentner spärliche Wärme, ein Badezimmer gibt es wohl nicht. Die Unterkunft könnte jedes Gesundheitsamt schocken.

„Hier soll ein Museum für Natur- und Heimatkunde“ entstehen, erzählt Hornbostel stolz. Die Gefolgsleute des Riegers kommen sogar aus Süddeutschland und Norwegen angereist. Unter dem Dach wird ein großer Raum für Schlafplätze ausgebaut. Kleine Zimmer mit uralten Schlafkoben sind bereits in Gebrauch. Ein Versammlungsraum mit fliesenverziertem Holzkamin bietet ca. 30 Neonazis Platz. Hornbostel selber fühlt sich als Heide. Der alte Mann weiß mehr, als er zugibt, zu den spannendsten Fragen schweigt er. Ihm imponiert am meisten, dass die neuen Besitzer seine reichlichen Wandbilder zu schätzen wissen, die naiven Gemälde erzählen von urdeutschen Heldengestalten, von Drachentötern und anderen. In einer Art kleinem Büro mit weitem Blick auf die Felder stehen Bücher aus rechtsradikalen Verlagen, hier hat Hornbostel die Weltenesche „Yggdrasil“ an die Wand gepinselt. An den Wochenenden kommen junge „Kameraden“ aus Kiel oder Eckernförde um den Umbau voran zu treiben. Über vier Jahre nach dem Verbot des „Heide-Heimes“ in Hetendorf haben Riegers Anhänger eine neue Heimstatt für ihre rassistischen Veranstaltungen gefunden.

Der österreichische Neonazi Raimund Bachmann dagegen gibt sich nicht mit einem Häuschen zufrieden, seine Familie hat sich im sächsischen Muldentalkreis nahe Leipzig ein Schloß gekauft. Schloß Noschkowitz ist von einem Burggraben umgeben

und nur durch riesige Eingangstore zu betreten. Im weiträumigen Innenhof veranstalten die Bachmanns regelmäßige Bauernmärkte. Ein Förderverein für die Erhaltung des Schlosses wurde gegründet. Der Holocaust-Leugner und ehemalige Landesschatzmeister der verbotenen österreichischen NDP, der Schwesterpartei der NPD, versucht sich vor Ort einzunisten.

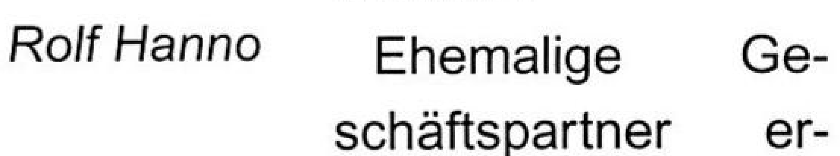
Woher das Geld für den Kauf der Großimmobilie stammt, ist unklar.



Schloss in Noschkowitz

Steffen Hupka braucht immer Geld. Händeringend suchte der Kameradschaftsaktivist Geldgeber für sein ehrgeiziges Schlossprojekt im kleinen Dörfchen Trebnitz bei Bernburg in Sachsen-Anhalt. Inzwischen scheint er seinen Goldesel gefunden zu haben: Rolf Hanno aus Marbella.

Hanno, 1919 in Hamburg geboren, gehörte nach eigenen Angaben, zu den Gründungsmitgliedern der rechtsextremen NPD, Kreisverband Hamburg-Wandsbek. Einige Jahre später kehrte er der Bundesrepublik den Rücken und siedelte sich in Spanien an. In Marbella machte Hanno als Architekt Karriere und wurde Besitzer etlicher Ferienappartments. Wenn er seine Heimat besucht, dann kommt der weit über 80jährige mit seinem Audi 100 Turbo Diesel, oftmals mit der Reichskriegsflagge im Heck. Rolf Hanno hat in Hupka eine Art „politischen Ziehsohn" gefunden. Der Hamburger Neonazi Jürgen Rieger soll den Kontakt zwischen den beiden hergestellt haben, heißt es. Manche meinen, Hanno wolle sich mit dem Schlossprojekt „Nationales Schulungszentrum Mitteldeutschland" ein Denkmal setzen.



Rolf Hanno

Zur Zeit wird Hupkas Wohnhaus in Timmenrode auch mit Hanno-Geldern instand gesetzt. „Die große Wohnung im 1. OG (90 qm) muss bis Ende Mai fertig sein", schreibt Hupka am 7. Mai 2003 an den „lieben Rolf". Weiter heißt es: „Ich bekomme zwar 20.000 Euro Fördergelder, doch reicht das nicht. (...) Wäre es möglich, dass Du mir noch 7000 Euro leihen kannst?" Über 200.000 Euro soll Hanno Hupka bereits insgesamt gegeben haben.

Es sei ein ganz normales Darlehen, behauptet der in seinem Büro in der Nähe von Marbella. Auf Steffen Hupka lässt der Altnazi nichts kommen und der bedankt sich artig. In dem persönlichem Schreiben vom 7. Mai heißt es weiter: „Lieber Rolf, nächste Woche wollen wir mit der Abwasserleitung anfangen (...) Voraussichtlich am 1. Juli wird die Mieterin einziehen. Dann habe ich noch mal 400 Euro im Monat extra und kann auch die Rate an Dich erhöhen. Die Dachwohnungen brauchen noch 2 Bäder und dann kann ich die auch vermieten (...) Im Büro werde ich noch einen Schreibtisch usw. für Dich aufstellen lassen (...) Mit dem besten Gruß Steffen".

Ehemalige Geschäftspartner erzählen, Hupka empfange Sozialhilfe und habe bereits den sogenannten Offenbarungseid abgelegt. Kein Problem für Hanno.

Noch vor einem Jahr unterstützten auch Szenegrößen Hupkas Bemühungen, ein Schulungszentrum aufzubauen. In einer internen Auflistung unter der Überschrift „Spenden und Kredite für Schloss Trebnitz ab März 2001 – Stand 10.7.2002" heißt es: „37.703 DM (Vorhandenes Geld am Versteigerungstag – 20.000 DM Kredit von Rennicke und 8.000 DM Spende von Frau Kosiol enthalten). (...) Worch 5.000 DM bis Sept. 2001 (...) Biere/ Freie Kräfte 4.000 DM (Spende) kostenlose Nutzung eines Raumes..."

Mit Rennicke wird der NPD-Liedermacher Frank Rennicke und mit „Frau Kosiol" Rosemarie Kosiol aus Nürnberg gemeint sein. Neonazi Christian Worch ist beteiligt und bei Biere dürfte es sich um Andreas Biere, einem Anhänger Hupkas aus Sachsen-Anhalt, handeln. Es tauchen weiterhin die Namen Mehlfeld, Braun (beide 5.000 DM Kredit) und Müller (10.000 DM Spende) auf. Interessant ist auch die 3.000 DM-Spende von „Reiche/ Köthen", also wohl Andreas Reiche, einem Neonazi-Führer, der unter anderem die Demonstration am 1. Mai 2001 in Frankfurt angemeldet haben soll. Christian Worch hat seine Rückzahlung („komplett 2.556 Euro") inzwischen erhalten. Hupka weiß, wem er nichts schuldig bleiben darf. Im Schloss fanden, nach Angaben von Anwohnern, bereits die ersten Kameradschaftstreffen statt, auch von einem Liederabend ist die Rede.

Hanno war in diesem Jahr einige Male in Trebnitz, um die Bauentwicklung zu beobachten. Bereits im August 2002 nutzte er eine der Visiten, um das Anwesen eines weiteren „Kameraden" zu besichtigen, Günter Deckerts Haus im sächsischen Gränitz. Rolf Hanno gibt zu, dass er auch für Deckerts Häuser Geld beigesteuert hat. Deckert selbst hat vor einigen Monaten ein neues Haus in der Großen Kartengasse in Annaberg im Erzgebirge erworben.



Dialog mit Rechts

Mit Aktivisten der rechtsextremen Szene ist eine Angestellte der Stadt Köln in Dialog getreten. Mitte September lud die Anti-Diskriminierungsbeauftragte im „Interkulturellen Referat" Vertreter der extrem rechten Gruppierung „Pro Köln" zu einem Gespräch ein. Vorangegangen waren Beschwerden von BürgerInnen über Anti-Moschee-Flugblätter von „Pro Köln". Bei dem Gespräch, zu dem Manfred Rouhs (Foto) und die Vorsitzende Judith Wolter erschienen, ging es um Formulierung und Ausrichtung des verteilten Flugblatts. Zukünftig wünschte sich die Stadtangestellte „mehr Information und weniger Polemik" in den „Pro Köln"-Publikationen. Dass „Pro Köln" eindeutig in der extremen Rechten zu verorten ist, war der Angestellten dabei bekannt.



Das Gespräch wird nicht ganz ohne Konsequenzen bleiben: Die Kölner PDS erhob bereits Anfrage vor dem Rat. „Pro Köln", erfreut über die städtische Unterstützung, hat inzwischen die Kandidaten für die Kommunalwahlen 2004 aufgestellt.

Die Mission eines „deutschen Genius"



In Deutschland und besonders in Düsseldorf ist Joseph Beuys ein angesehener und gern ausgestellter Künstler. Denn die Stadt am Rhein war vor seinem Tod 1986 seine letzte Wirkungsstätte. Knapp einem Monat lang widmete sich jetzt eine Ausstellung den „theoretischen" Bezügen des Wahl-Düsseldorfers.

von Christian Dornbusch & Raimund Hethey

Am 19. September 2002 eröffneten Heinz Hachel und Albert Markert die Ausstellung unter dem Titel „Inkarnationen. Joseph Beuys und die Mission des deutschen Genius in der Welt" in der Galerie „plan.d". In seiner Eröffnungsrede hob Hachel eingehend hervor, dass ihm persönlich nichts an Beuys läge, um dann seine eigene Arbeit und die seines Berliner Kollegen vorzustellen. Motivation der Installationen und Collagen ist die Kontextualisierung von Beuys, dem „völkischen Okkultisten". Beuys war als Verehrer von Wilhelm Lehmbruck auf Rudolf Steiner gekommen und probierte Zeit seines Lebens auf verschiedenen Ebenen, die Weltanschauung Rudolf Steiners und das entsprechende Gesellschaftsmodell zu verbreiten. Zum einen wollte er mit seinen Gebilden den Grundsatz ausdrücken, dass jeder Mensch nur als Künstler an der Gestaltung einer neuen Gesellschaft teilnehmen könne und zum anderen war er politisch aktiv, um das von Steiner formulierte Dreigliederungsmodell bekannt zu machen. Beuys: „Die Hauptaktivität lag immer auch in den Organisationen und Unternehmungen wie dem von mir mitbegründeten Achberger Kreis, der Organisation für direkte Demokratie, der Freien Hochschule für Kreativität, meiner Mitwirkung bei der Gründung der Grünen oder meiner Aktion zur Documenta 7..."(Spiegel-Interview, Nr.23/1984, S.179). In dieser Aufzählung unterschlug Beuys seine Kandidatur zur Wahl des 8. Deutschen Bundestags (1976) für die Partei AUD - „Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher". Die AUD (1979 aufgelöst) war eine völkisch-nationalistische Partei, deren Ziel darin bestand, den Deutschen nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft eine neue Identität zu schaffen auf der Grundlage der Vision eines „Dritten Weges" zwischen Kommunismus und Kapitalismus. In seinem Vortrag belegte Heinz Hachel auch Übereinstimmungen der Aussagen von Beuys mit Zitaten von Rudolf Steiner und dessen Wurzelrassenlehre. Albert Markert setzte sich mit der Selbststilisierung des Künstlers auseinander und folgte dessen Biographie, besonders zur Zeit des Nationalsozialismus. Bissig verglich Markert die „Karrieren" zweier deutscher „Fliegerasse" der Wehrmacht: Joseph Beuys und Beate Uhse.

Der Galerie ist es mit der Ausstellung gelungen, die völkischen Bezüge des Künstlers Beuys in ebenso künstlerischer Gestaltung zu thematisieren. Ungewohnt, aber spannend.

Antisemitische Identitätsstiftung?

Naurod, einst ein Dorf im hessischen Nassau, ist längst ein Stadtteil von Wiesbaden - und daher ist der folgende Skandal ein Fall für die hessische Landeshauptstadt: Rudolf Dietz war ein beliebter und verehrter Mundart- und Heimatdichter.

von Peter Altmann

So beliebt und verehrt, dass die Nauroder vor 50 Jahren die damals neue Grundschule „Rudolf-Dietz-Schule" tauften. Ihm zu Ehren – und den Schülerinnen und Schüler zum Vorbild. Doch zu Ehren und Vorbild taugt dieser Heimatdichter ganz und gar nicht. In etlichen seiner beliebten Scherzgedichte beweihräucherte er – selbst NSDAP-Mitglied – die Nazis: „Regt sich froh beim Hitlergruß, Herz und Hirn und Faust und Fuß". Und speziell auf die Juden hatte es der begnadete Verseschmied abgesehen – in 30 seiner Gedichte beschreibt er sie launig als diebisch und geldgierig, verlogen und verlaust.

Nun lohnt sich natürlich heute nicht mehr eine Auseinandersetzung mit diesem 1942 verstorbenen antisemitischen Provinzdichter. Er wäre nicht der Rede wert, würden sich nicht noch heute Nauroder Bürger und ihr Ortsbeirat geradezu wütend zu ihrem Idol bekennen und die Umbenennung der Rudolf-Dietz-Schule ablehnen.

Es ist beklemmend, was da an sonst verborgener Sympathie für Antisemitismus und NS-Ungeist an die Oberfläche gespült wird: „Unser Rudolf" habe in Gedichtform gebracht, „was die Menschen am Stammtisch bewegte", sie zeigten das „Empfinden unserer Großeltern". Und dass rund 30 seiner Dichtungen „als judenfeindlich ins Gerede" gekommen seien, daraus lasse sich noch „keine antisemitische Grundhaltung entnehmen".

So und ähnlich die Argumentation im Nauroder Ortsbeirat, der schließlich beschloss, den Namen „Rudolf-Dietz-Schule" beizubehalten. Denn – und nun kommt es faustdick – „seine Verse stifteten bis heute Identität", deshalb gelte es, „sein kulturelles Erbe zu bewahren."

Schlimm, dass nur ein grüner Abgeordneter sich für die Umbenennung der Schule einsetzte – er wurde von hundert empörten Zuhörern niedergebrüllt. Die Identitätsstiftung kann weitergehen, wenn der Magistrat der Stadt Wiesbaden dem Spuk kein Ende setzt.

Aber das Erschrecken bleibt.

Biedermänner und Nazis in Achim

Die Vortragsabende fanden in „Gieschens Hotel", der besten Adresse in Achim, einer Kleinstadt an der Weser nahe Bremen statt. Seit zwei Jahren etwa luden die beiden Unternehmensberater Dieter Fricke und Heinrich Rathjen zu politischen Vorträgen in den Saal „Verden" ein und viele kamen.

von Andrea Röpke

Neben biederen Bürgern und Kleinunternehmern kamen aber auch glatzköpfige Anhänger der Freien Kameradschaften aus Bremen, die Vorsitzende der Bremer DVU und der wohl bekannteste niedersächsische Rechtsextremist Dr. Rigolf Hennig, Chirurg im Ruhestand, aus Verden.

Der Achimer Heinrich Rathjen publizierte bereits in der „Jungen Freiheit" und Dieter Fricke setzt sich für die Schaffung von „Ehrenmalen" für deutsche Gefallene der Weltkriege ein.

Dennoch konnten Fricke und Rathjen den Deckmantel der seriösen politischen Veranstaltungsreihe bis vor kurzem wahren. So lud neben der NPD-nahen „Deutschen Stimme" oder der rechten „Jungen Freiheit" eben auch die Lokalzeitung zu Vorträgen wie „Freiheit für Österreich" oder „Der 17. Juni 1953" ins Hotel ein – und niemand störte sich daran.

Es knallte erst Anfang September, als das Duo den Thannhausener Wolfgang Schrauth einlud. Sein Vortragsthema „Islamisierung in Deutschland - Bedrohung der Demokratie" kommt nicht von ungefähr, die islamische Gemeinde in Achim plant den Neubau einer Moschee und seitdem erregen sich die Gemüter des ansonsten so verschlafenen Städtchens. Schnell griff auch der NPD-Kreisverband Verden das Thema auf. „Keine Moschee in Achim oder anderswo", heißt es auf der regionalen Homepage.

Der Vortragende Wolfgang Schrauth lehnt den Bau von Moscheen ebenfalls ab und ist Gründer der bundesweiten Organisation „Bundesverband der Bürgerbewegungen für Bewahrung von Demokratie und Heimat". Er berichtete den anwesenden Zuhörern von der „Megamoschee" in seinem Heimatort und dem damit verbundenen Zuzug „von weiteren Muslimen". Als er die fehlende Bildung islamischer Frauen beklagte, fingen diesmal einige Zuhörer an zu widersprechen. Eine Gruppe von islamischen Frauen hatte zum Besuch des Vortrages aufgefordert und der Kreisvorsitzende der PDS machte Stimmung gegen die Reden des Gastredners. Als Schrauth davon sprach, dass man „die in Deutschland lebenden Türken eliminieren" müsse (Achimer Kreisblatt), kam es zum Tumult.

Der anwesende Neonazi Johann Huß, genannt „Jan Hus", versuchte den kritischen Politiker des Raumes zu verweisen, dabei wurde eine Frau leicht verletzt. Ein anwesender SPD-Stadtrat erstattete später Anzeige wegen Volksverhetzung gegen Schrauth, die Veranstalter kündigten daraufhin Gegenanzeigen an. Seitdem beschäftigt nur ein Thema die Kleinstadt: der Islam, eine Gefahr für Achim oder nicht?

Auch als „Radio Bremen Fernsehen" in seiner Nachrichtensendung „buten un binnen" am 16.9. 2003 über die rechtsradikalen Hintergründe der Vortragsreihe in Achim berichtete, interessierte das kaum jemanden der politisch Verantwortlichen innerhalb der Stadt. Der Bürgermeister ließ einzig verlauten, an keiner gemeinsamen Kranzniederlegung mit Dieter Fricke am Volkstrauertag im November teilnehmen zu wollen. Ansonsten wurde das Thema „Rechte in Achim" zum stillschweigenden Tabu.

Dabei enthüllte der Fernsehbericht, dass Fricke und Rathjen keine geringeren als den ehemaligen Hardcore- Vertriebenenfunktionär Paul Latussek und den rechtsextremen ehemaligen Stadtarchivar aus Herne, Olaf Rose als Redner eingeladen hatten. Auch der Chef der neonazistischen Vorfeldorganisation „Kärtner Heimatschutz" Josef Feldner referierte in Achim. Ansonsten ist Feldner regelmässiger Teilnehmer beim Waffen-SS-Treffen auf dem Ulrichsberg.

Am 20. Juni diesen Jahres referierte der ehemalige Republikaner Carl-Wolfgang Holzapfel in Achim. „Der 17. Juni ist für mich der Tag der europäischen Freiheitsgeschichte", erzählte er und die zahlreichen Zuhörer nickten ihm begeistert zu. Holzapfel erzählte eigene Heldengeschichten, von seinem Kampf gegen den Kommunismus in den Freundeskreisen der CSU, vom Niedergang der „Republikaner" und resümierte, wenn es wieder losgehe, etwa mit einem Aufstand, dann sei er einer der ersten auf den Barrikaden.

Die Zuhörer klatschten begeistert. Elfriede Budina, DVU-Vorsitzende aus Bremen war dabei, ebenso Hans Joachim Varnhorn von den Freien Nationalisten und weitere glatzköpfige „Kameraden". Persönlich von den Veranstaltern begrüßt wurde der rührige Verdener Neonazi Rigolf Hennig.

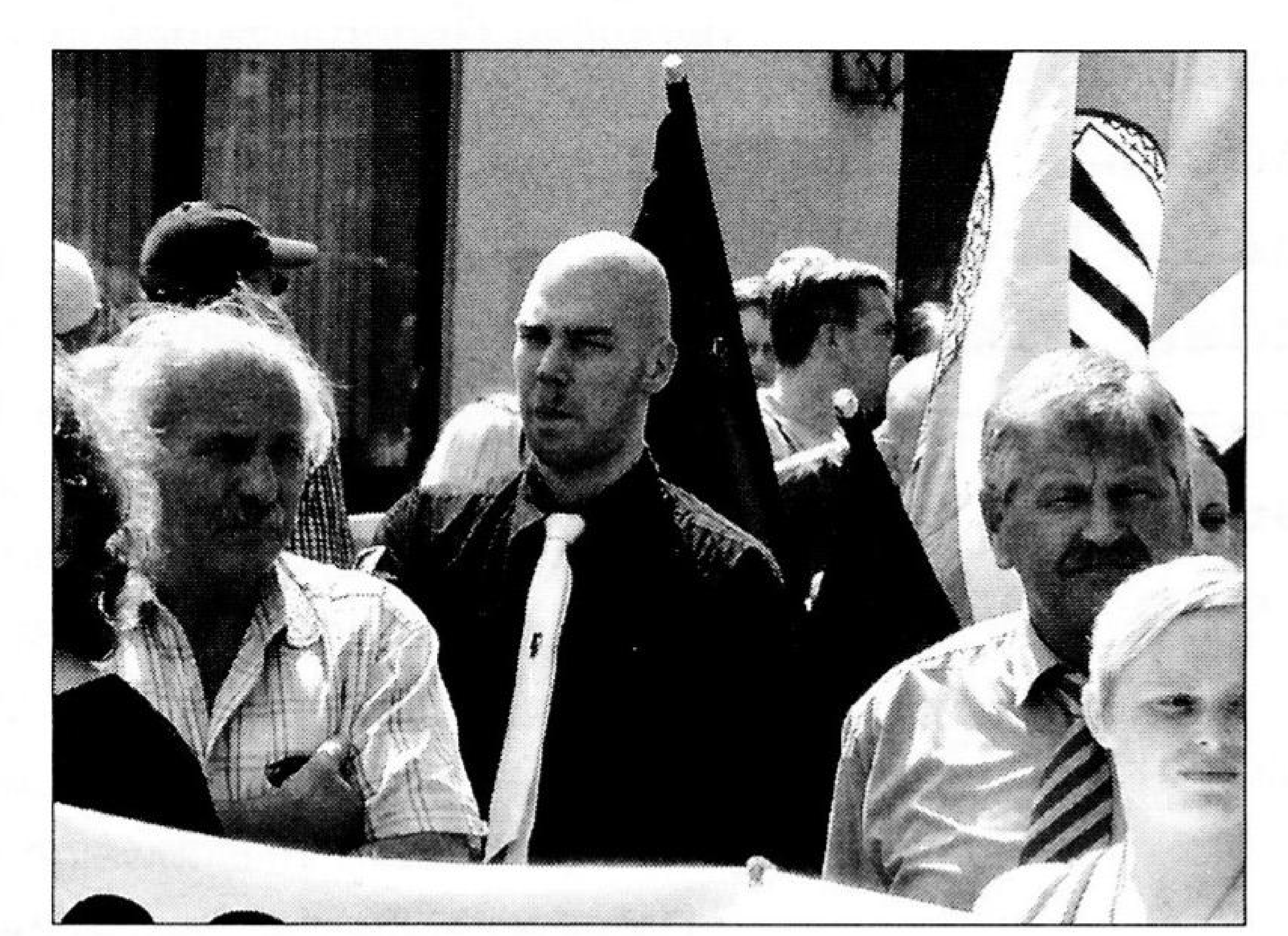
Aktionsbüro Mittelhessen gegründet

von Ernst Kovahl

In Mittelhessen versuchten Neonazis aus dem Spektrum der freien Kameradschaften wieder öffentlich Präsenz zu zeigen und arbeitsfähige Strukturen aufzubauen. Für den 30. August hatte ein „Volkstreues Komitee für gute Ratschläge" gleich zehn Demonstrationen in Städten und Gemeinden Mittel- und Osthessens unter dem Motto „Gegen Gewalt und linke Freiräume! Stoppt die Gewalt gegen Nationalisten!" angekündigt. Nach dem Verbot aller Aufmärsche legte der 24jährige Demoanmelder Manuel Mann aus Rossdorf aber lediglich Widerspruch gegen das Versammlungsverbot in Marburg ein und bekam Recht. Die Mobilisierung blieb jedoch weitgehend erfolglos: Lediglich 11 „Kameraden" aus Marburg, Giessen, dem Lahn-Dill-Kreis sowie dem benachbarten Vogelsberg marschierten schließlich

durch die Stadt. Schon nach wenigen Hundert Metern schickte die Polizei die Teilnehmer frühzeitig nach Hause, da AntifaschistInnen die Route blockierten. Im jüngst gegründeten „Aktionsbüro Mittelhessen" sind nach eigenen Angaben neben dem „Volkstreuen Komitee für gute Ratschläge" auch Kameradschaften aus Marburg, Giessen und Kirtorf zusammengeschlossen. Während das Aktionsbüro mit seiner Internetseite und einem Infotelefon zum ersten Mal öffentlich auftritt, war das Komitee bereits mehrfach unter diesem Namen aktiv. So unterstützte es 1999 und 2000 mit Flugblättern und einer Pressemitteilung den jährlich stattfindenden „Marktfrühschoppen" der Marburger Studentenverbindungen und hetzte gegen linke Politik. Manuel Mann war 1999 bereits Anmelder einer Demonstration des „Nationalen Widerstandes Hessen – Bündnis freier Nationalisten" in Marburg.

Immerhin ist der inzwischen, ebenso wie „Jan Hus“, Mitstreiter beim „Deutschen Kolleg“ von Horst Mahler. Hennig ist nach eigenen Angaben ständig mit Mahler unterwegs. Gemeinsam initiierten sie Anfang des Jahres das rassistische „Verdener Manifest“ in der Reiterstadt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt inzwischen wegen Volksverhetzung gegen die Urheber des Pamphletes.



Rigolf Hennig (li.) am 19.07.2003 in Hamburg

Hennig war Ende Juni einer der Hauptredner bei der Neonazi-Demo von Thomas „Steiner“ Wulff in Hamburg, einträchtig mit NPD-Chef Udo Voigt führte er später den Demonstrationszug gegen den „Bombenterror der Alliierten“ an.

In der aktuellen Ausgabe seiner Publikation „Der Preusse“ sind Artikel u. a. des sächsischen Neonazis Ronny Thomas und des flüchtigen österreichischen Auschwitz-Leugners Gerd Honsik abgedruckt. Besonders stolz erzählt Rigolf Hennig von seinen eigenen Heldentaten, als er in den sechziger Jahren mit den Südtirol-Bombern unterwegs war, „mit einem Rucksack voller Sprengstoff“.

NPD und freie Kameradschaften nutzten das politische Desinteresse und organisierten Ende September eine Mahnwache in Achim. Angemeldet hatte sie Sven Wellhausen aus Blender, ein Aktivist, der inzwischen für die NPD als auch für die „Freien Kameradschaften“ presserechtlich in Erscheinung tritt. „Eine Sauerei, uns fast als Nazi-Hochburg von Norddeutschland darzustellen“, schimpfte Jürgen Keller, der Besitzer von „Gieschens Hotel“, über den „Buten und Binnen“-Beitrag erbost. Dennoch will das Hotel der „rechten Bürgerinitiative“ in Zukunft keinen Versammlungssaal mehr zur Verfügung stellen. Immerhin.

Als im Oktober die „Achimer Argumente“, eine vom Chefredakteur des Achimer Kreisblatts initiierte Diskussionsreihe, zum Thema Islam-Streit einlud, wurde den anwesenden NPD-Zuhörern jedoch nicht die Tür gewiesen. Im Gegenteil, sie konnten das gebotene Forum scheinbar sehr gut nutzen. So heißt es in der Lokalzeitung tags darauf: „Ein Zuhörer aus der rechten Ecke erregte sich.(..) Wer ist denn in diesem Land Hausherr? Das halbe Dutzend anwesende „Glatzen“ spendeten kräftig Beifall. Einer von ihnen ergriff dann noch das „Wort“.

Gegen ein „Zentrum gegen Vertreibungen“

116 Wissenschaftler/innen und Intellektuelle aus Deutschland, Polen, Tschechien und neun weiteren Ländern haben in einem Anfang September verbreiteten Aufruf Stellung zum aktuellen Streit über ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ genommen.

von Jörn Gerlon



Titel einer polnischen Zeitung: Erika Steinbach kommt trojanisch daher

Der Aufruf wurde zeitgleich in der polnischen Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ und der tschechischen Tageszeitung „Lidové noviny“ publiziert.

Die darin enthaltene zentrale Forderung lautet: „Statt über Details eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ zu debattieren, sollte eine europäische Aufarbeitung der Vergangenheit sich auf einen pluralen, kritischen und aufgeklärten Diskurs gründen.“ Ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ werde der kritischen Aufarbeitung der Vergangenheit hingegen nicht nützen. Statt dessen würden die unterschiedlichen Erfahrungen der europäischen Nationen in Frage gestellt, und damit werde die europäische Integration behindert, heißt es in dem internationalen Appell. Die nationalsozialistische Volkstums- und Vernichtungspolitik werde als Ursache von Flucht und Vertreibung der Deutschen ausgeblendet. Damit drohe die Gefahr einer Ethnisierung von gesellschaftlichen Konflikten in der Gegenwart, also der Umdeutung von politischen und sozialen Kontroversen in ethnische Konflikte und die Durchsetzung eines völkischen Gesellschafts- und Politikverständnisses.

Unter den Erstunterzeichner/innen finden sich die Namen prominenter und international renommierter Wissenschaftler/innen wie Prof. Micha Brumlik (Frankfurt/Main), Prof. Hartmut Lehmann (Göttingen), Prof. Michael G. Müller (Halle-Wittenberg), Prof. Anna Wolff-Poweska (Poznan) Prof. Miroslav Hroch und Prof. Jiri Musil (beide Praha), Prof. Anton Pelinka (Innsbruck), Prof. Michael Burleigh (Virginia), Prof. Georg G. Iggers (Buffalo) und Prof. Ronald Smelser (Salt Lake City).

Aber auch der Schriftsteller Peter Härtling und der bekannte Verlagslektor Walter H. Pehle sowie die Bürgerrechtlerin und Soziologin Jirina Siklova gehören zu den UnterstützerInnen der Forderungen, daneben auch der letzte lebende Anführer des Warschauer Ghetto-Aufstands von 1943, Marek Edelman, der Historiker und ehemalige polnische Außenminister Prof. Bronislaw Geremek, der Chefredakteur der „Gazeta Wyborcza“ Adam Michnik, der Direktor der Gedenkstätte Terezin (Theresienstadt) und Vorsitzende der Föderation der Jüdischen Gemeinden der Tschechischen Republik Jan Munk.

Der Volltext des Aufrufes sowie eine vollständige Liste der Unterzeichner/innen ist im Internet dokumentiert unter http://www.vertreibungszentrum.de.

Nicht geächtet - sondern geachtet

Stader BürgerInnen arrangierten den Dankesbrief von Bundeskanzler Schröder an NS-Kriegsverbrecher, dessen Vergangenheit lange Jahre ein „offenes Geheimnis" in der Stadt war.

von Michael Quelle

Der Stader Bürgermeister Hans-Hermann Ott überbrachte im Juni 2002 dem Feinkosthändler Gustav Wolters einen persönlichen Brief vom Bundeskanzler. „Gern erinnere ich mich meiner Besuche bei Ihnen" schrieb Gerhard Schröder und sprach Magda und Gustav Wolters Anerkennung und Dank für deren Lebensleistung aus. Anlass des Briefes war die Geschäftsaufgabe des 94-jährigen Kaufmanns.

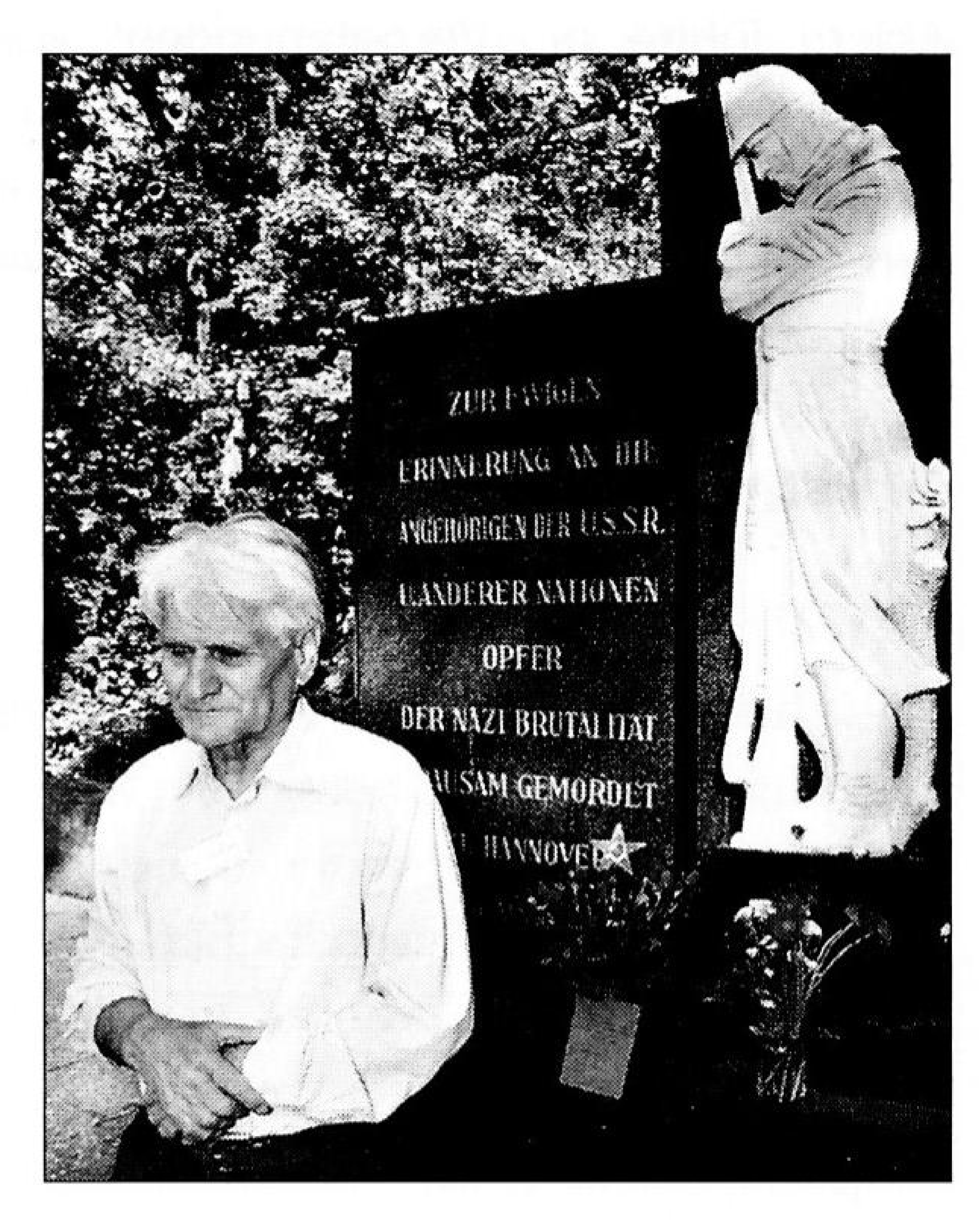
Gustav Wolters war in Stade ein angesehener Kaufmann. Die Geschäftsräume im stadteigenen Haus, direkt neben dem Rathaus, waren seit 1931 angemietet und die Geschäftsbeziehungen zur Stadt Stade „waren normal". Der Laden wurde allerdings über die Jahrzehnte auch von Stader BürgernInnen gemieden, da Gustav Wolters, wie ältere Stader wussten, „eine schwere Aufgabe im Osten" erfüllen musste.

Alles im Leben tun, an dem man Freude hat - aber in Maßen. (Rezept des 94-jährigen Wolters für das Altwerden)

Wolters ist bereits 1933 in die allgemeine SS eingetreten. Im März 1940 wurde er zur Waffen-SS nach Krakau eingezogen und versah dann bis September 1940 „Wachdienst" in Warschau. Im Jahr 1941 wurde er bei der „Geheimen Staatspolizei" (Gestapo) in Hildesheim eingesetzt, bevor er vom Sommer 1941 bis zum Herbst 1942 beim Polizeireferat des „Einsatzkommandos 9" (EK 9) in den besetzten Gebieten der Sowjetunion war. Ab Ende 1942 war Wolters bei der Gestapo in Hannover-Ahlem tätig.

Das „Einsatzkommando 9", der Einsatzgruppe B wurde kurz vor Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion aufgestellt. Geeignete Beamte des Sicherheitsdienstes, der Gestapo, der Ordnungs- und Kriminalpolizei wurden in Polizeischulen zusammengezogen, um sie dort für die vorgesehenen Aufgaben ideologisch und militärisch zu schulen. Die Ermordung der jüdischen Landeseinwohner war die Hauptaufgabe der Einsatzgruppen, sie sollten aber auch politische Kommissare, Kommunisten, Geisteskranke und Zigeuner töten. Das EK 9 ermordete allein in den ersten vier Monaten bis zum 26. Oktober 1941 nach eigenen Angaben 11.449 Juden.

In den Prozessen gegen die Kommandierenden des EK 9 mussten in den sechziger Jahren auch Angehörige des Mordkommandos aussagen. „DER TAGESSPIEGEL" aus West-Berlin berichtete am 24. April 1966: „Ein anderer Zeuge danach befragt, auf welche Weise kleine Kinder erschossen worden seien, erwiderte. ‚Na, wie die Katz.' Der Richter starrte ihn an und ersuchte nach einigen Sekunden des Schweigens um nähere Erläuterung. In ruhigen Ton sprach der Zeuge weiter: ‚Na, sie wurden mit der einen Hand am Genick gepackt und mit der anderen erschossen.'"



Mahnmal für die ermordeten Sowjetsoldaten am Maschsee in Hannover

Gustav Wolters war im Polizeireferat des aus etwa 120 Personen bestehenden EK 9 eingesetzt. Das Referat hatte

Dubiose Wiederbelebung –

die „Deutsche Nationalversammlung"

von B. Kant

Besucher des Hessentages in Bad Arolsen, des Zissel-Volksfestes in Kassel und der Ausflugsorte in Nordhessen und Südniedersachsen fanden an ihren Autos Flugblätter einer „Bürgerinitiative für echte Demokratie" mit der Überschrift „Pleitegeier über Deutschland". Dahinter verbirgt sich ein Querfrontansatz des Verschwörungstheoretikers und Antisemiten Norbert Steinbach aus Vellmar, der im Juni 2002 Kontaktperson für die Schill-Partei in Hessen war.

Im Internet kämpft Steinbach mit einer eigenen Homepage gegen den Bau einer Moschee in Kassel-Mattenberg und warnt vor einer „Islamisierung" Deutschlands. Verfolgungswahn und Illuminaten–Thesen führen ihn dazu, Deutschland im Griff dunkler Mächte zu wähnen, in deren Zentrum eine jüdische Weltverschwörung stehe, zu der auch „Dr. AaRon Sommer aus Haifa" von der Telekom gehört, der veranlasst habe, im Umfeld von Steinbachs Haus Mobilfunk-Sendeanlagen aufzustellen, um ihn gesundheitlich zu schädigen. Im November 2002 provozierte Steinbach auf den Friedensdemonstrationen gegen den Irak-Krieg in Kassel mit Antisemitismus und Verschwörungsthesen. Sein aktuelles Projekt ist die „Gründungsinitiative Deutsche Nationalversammlung". Schon mehrfach traf er mit Partnern in Berlin und Kassel zusammen, um dieses Vorhaben auf den Weg zu bringen. Dazu gehören Bernhard Heldt aus Berlin (ehemals „Die Republikaner", 1990 Wechsel ins Lager der Grünen), der Journalist Klaus Weichhaus (Web-Seite „Deutschlandlügen", Mahler-Anhänger) sowie Mario Bartram aus Reinhardshagen. Unter den verschiedensten Organisationsnamen, z.B. „Association liberal-soziale Ordnung" (Also) oder Friedensinitiative „alsoAttac", meldete man sich im Internet oder mit Flugblättern zu Wort. Am 29. Juni 2003 fand ein Treffen von etwa zwei Dutzend Personen in der Kasseler Rathauskneipe statt, aber eine „Deutsche Nationalversammlung" konnte aufgrund von Streitigkeiten nicht vollzogen werden. Besonders das Referat von Heino Janßen vom „Deutschen Rechtsverein" (DRV) in Zetel mit der markigen Überschrift „Völkermord statt Völkerrecht" spaltete die Akteure. Steinbach stellte das kritisierte Referat in Text und Ton auf seine Homepage und erklärte: „Wie bereits angekündigt, wird unserer Gründungsinitiative am 31. Oktober 2003 in Berlin die Ergebnisse für das Projekt der Deutschen Nationalversammlung vorstellen und damit eine mehr als zehnjährige Tätigkeit abschließen und in der neuen reformpolitischen Aufgabe weiterentwickeln."

u. a. die Aufgabe die Juden den jeweiligen Erschießungskommandos zu überstellen, die Opfer der Erschießungen zu registrieren und weiter zu melden. Die Gestapobeamten des Polizeireferates wurden aber auch als Schützen bei Massenerschießungen von Juden herangezogen. Wolters war während seines Einsatzes beim EK 9 nach eigenen Aussagen bei drei Massenerschießungen eingesetzt. Etwa November 1942 wurde Wolters zur Gestapo nach Hannover abkommandiert. Im Polizeiersatzgefängnis Hannover-Ahlem führte er „Vernehmungen" von Zwangsarbeitern durch. Anfang April 1945, wenige Tage vor Kriegsende in Hannover, beteiligte er sich freiwillig an der Erschießung von 154 Zwangsarbeitern auf dem Seelhorster Friedhof in Hannover. Der SS-Scharführer Wolters wurde 1947 für diese Morde zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt, aber bereits im August 1950 entlassen.

In Stade wurde der NS-Täter nach 1945 von vielen nicht geächtet sondern geachtet. Stader Bürger stellten Wolters nach Kriegsende gute Leumundsbescheinigungen aus, bereits im Jahre 1956 wurde er in die mildtätige St. Pankratii Bruderschaft (ein ‚who is who' der Stader Gesellschaft) aufgenommen, über Jahrzehnte belieferte der Feinkosthändler das Stader Rathaus und 1994 war er Ehrengast bei der 1000-Jahr-Feier der Stadt Stade. Bei Geschäftsaufgabe im Jahr 2002 arrangierten Stader Bürger dann den Dankesbrief von Bundeskanzler Gerhard Schröder an den alten Stader Kaufmann. Ein NS-Täter wurde so als vorbildlicher Bürger dargestellt, obwohl führende Stader Lokal- und Bundespolitiker jahrzehntelang über Wolters NS-Taten informiert waren. Auch ein Jahr nach der Übergabe des Kanzlerbriefes an den Stader Kaufmann herrscht in der Stadt Stade ein lautes Schweigen über den Umgang mit dem NS-Täter. Die Mehrzahl der Lokalpolitiker ist zu keiner Stellungnahme bereit, die Lokalpresse schweigt sich aus und die wenigen Kritiker werden öffentlich diffamiert. Das Kanzlerbüro teilte mittlerweile mit, dass man die Angelegenheit „mit großem Ernst zur Kenntnis genommen" hat, unbekannt ist aber, ob der persönliche Brief an den Feinkosthändler zurückgezogen wurde.

Der Feinkosthändler teilte anlässlich der Geschäftsaufgabe über die Tagespresse mit: Wir sind nicht für große Worte und machen von der Schließung kein Theater, wenn die Leute sagen, „es tut uns leid," ist das genug.

Ob Gustav Wolters jemals seine NS-Morde leid taten, ist unbekannt.

Frischer Wind durch Führungswechsel?

Seit dem 22. September hat das „Studienzentrum Weikersheim" einen neuen Präsidenten. Der ehemalige Präsident des Europäischen Rechnungshofes und CDU-Politiker Dr. Bernhard Friedmann (71) löste den im rechtsextremen Milieu verankerten Prof. Klaus Hornung ab, der erst am 2. Juni das Amt des Präsidenten angetreten war. Mit dem Führungswechsel wurden auch einige Vorstandsposten neu besetzt. „Der neue Vorsitzende soll für frischen Wind sorgen", so ist in der „Frankfurter Rundschau" zu lesen, weil das vom ehemaligen NS-Marinestabsrichter Dr. Hans Filbinger (CDU) gegründete Studienzentrum Weikersheim vom Image der rechten Denkfabrik weg möchte. Eine fadenscheinige Argumentation; denn der neue Chef vom Studienzentrum hat schon früh die faschistoide „Junge Freiheit" mit eigenen Beiträgen versorgt und sich 1987 vom stv. Vorsitzenden des NPD- und Vertriebenenorganisationen nahen „Gesamtdeutschen Studentenverband" (GDS) Peter Bossdorf für das Vereinsblatt „GDS-Informatione" interviewen lassen. Friedmann koppelte damals die Friedens- und Abrüstungsproblematik mit der „nationalen Frage". Auch die in der FR kolportierte Anmerkung, dass Filbinger zwar Ehrenpräsident des Studienzentrums sei, aber deshalb keinen Einfluss auf die politischen Inhalte habe, und Friedmann auf eine Demokratisierung durch Verjüngung des Vorstands dränge, verfängt nicht; denn als neues Mitglied im Vorstand, sozusagen mit Friedmann ins Amt gehoben, kam Stefan Winckler, ein Vertreter der intellektuellen „Anti-Antifa" [vgl. DRR, Nr. 83] mit ins Boot.

Springmann verstorben

Der Ökofaschist Baldur Springmann ist am 24.10. im Alter von 91 Jahren in einem Lübecker Krankenhaus verstorben. Zuletzt trat der Mitbegründer der „Grünen" und der ÖDP am 9. August beim Pressefest der NPD-Postille „Deutsche Stimme" als Redner in Meerane auf. Baldur Springmann war auch führendes Mitglied der „Unabhängigen Ökologen Deutschlands" (UÖD) und beim „Weltbund zum Schutz des Lebens" (WSL-D) organisiert und „Autor bei Europa Vorn", „WIR SELBST" und Leserbriefschreiber bei der „Jungen Freiheit". Die Medien machten den Blut und Boden-Ideologen zum Ur-Ökobauern.

„Angst und Bange"

von Martin Meyer

Der Wahlerfolg ist keine Überraschung. Nur das hohe Ergebnis für die „Schweizer Volkspartei" (SVP) haben die politischen Widersacher bei den Parlamentswahlen 2003 nicht erwartet. Am 19. Oktober stimmten über 27 Prozent der Wahlberechtigten für die Partei des Christoph Blocher. Mit 55 Abgeordneten ist die als „rechtspopulistisch" klassifizierte Partei des „nationalen Volkstribunen" zur größten Fraktion im schweizerischen Parlament geworden.

Schon bei den Wahlen 1999 erlangt der milliardenschwere Chemieunternehmer aus Zürich bundesweit 23 Prozent. Nun kann die SVP mit ihrem Angriff auf die Regierenden, ihrem Wettern gegen die Staatsbürokratie, ihre Ablehnung des EU-Beitritts und ihrer Abwehr von Zuwanderung den sogenannten „Röstigraben" überspringen. Mit ihren Parolen gegen „Scheininvaliden", „Sozialschlaraffer" und „Asylkriminelle" vereinen sie, über die Sprach- und Mentalitätsgrenze zwischen der deutschsprachige Schweiz und dem französischsprachigen Landesteil hinweg, die „Besitzindividualisten". Ganz offensichtlich ist die SVP nun auch für die katholische Minderheit wählbar geworden. Bisher haben Wahlanalysten in dem sonst völlig anderem Wahlverhalten der Deutschschweizer gegenüber den italienisch und französisch geprägten Kantonen eine Abgrenzung gegenüber Deutschland gesehen.

Nach seinem Wahltriumph fordert Blocher nun einen zweiten Sitz in der siebenköpfigen Landesregierung. Mit der Forderung, vor allem für sich selbst, setzt er die seit 1959 geltende sogenannte „Zauberformel" außer Kraft. Diese Formel der Konkordanzdemokratie grenzt keine Opposition aus, sondern bindet alle Parteien in die Regierung ein.

„Da wird mir angst und bange", warnt schon der Sozialdemokrat Pierre-Yves Maillard. Befürchten doch die KritikerInnen, wie auch Sibylle Hardmeier von der Universität Zürich, einen weiteren Rechtsrutsch bei der EU-, Asyl- und Einwanderungspolitik.

Nach der Wahl 1999 konnten die Sozialdemokraten, Freisinnigen und Christdemokraten Blocher noch aus dem Bundesrat raushalten, doch nun verlangt der Wahlsieger ultimativ seinen Regierungssitz. Wenn er den nicht erhält, droht er eine Fundamentalopposition an: „Das wäre aber nicht gut für die Schweiz".

„Cut !"

von Janine Clausen & Andreas Speit

Drei Stunden Melodrama, acht Songs, opulente Tanzszenen und exotische Drehorte machen den Hollywood-Stil aus. Doch nicht die Stereotypen oder Platitüden kennzeichnen Merle Krögers Debütroman, sondern die Cuts und Breaks. In ihrem Krimi „Cut!" treffen das indische Zentrum Bombay und die norddeutsche Region zwischen Hamburg und Harmsdorf aufeinander.

Als Madita Junghans die letzten Meter des Films in ihrem Programmkino in einer besetzten Hamburger Fabrik vorführt, ist das auch für die begeisterte Cineastin die letzte Vorstellung. Der Bau wird abgerissen, die Hamburgerin mit norddeutschen Eltern und indischem Gesicht wird ausbezahlt. Nur was soll sie mit dem guten Geld und dem schlechten Gewissen - ihr geliebtes Kinoprojekt verkauft zu haben - anstellen? Sie vergräbt sich, bis Freund Nikolaus, DJ mit Hang zu Filmsoundtracks, nach einer durchzechten Nacht auf eine echte Schnapsidee kommt: „Wir könnten ein Detektivpaar sein, so wie Nick und Nora oder Maggie und Nick bei P.M. Carlson – Nick und Mattie!".

Zum Test ihres möglichen Berufs machen sich die Beiden auf die Suche nach Maditas biologischem Vater. Aber wo beginnen? Madita selbst weiß nur, dass er Inder ist, ihre Mutter Emma hat sich in eine Traumwelt zurückgezogen und ihr Ziehvater Hinnarck hüllt sich in Schweigen. Erst die Patentante verrät ihnen eine Spur, die sie nach London, Bombay und wieder zurück nach Hamburg führt. Langsam ahnt Madita, dass ihre Herkunftsgeschichte mit der dunklen deutsch-indischen Vergangenheit einer indischen Legion von 3.000 Freiwilligen, die für Adolf Hitler gegen England und zugleich gegen Mahatma Ghandi kämpfen wollte, verwoben ist. Welche Bedrohung von der vergessenen Vergangenheit nicht nur für Madita ausgeht, bemerkt sie nach dem gewaltsamen Tod eines Londoner Journalisten nur zögerlich. Weitere Leichen müssen erst ihren Weg säumen.

Unverlangt hatte Kröger, die in Plön mit indischem Gesicht groß wurde, das Manuskript beim Verlag eingereicht. Die Drehbuchautorin und Filmemacherin war sich nicht sicher, ob sie aus dem Stoff besser ein Drehbuch oder einen Roman machen sollte. Der Krimi, welcher gänzlich frei von Klischees der Identitätssuche und des Exotischen ist, changiert zwischen den Formen. Ein offener Stil, der wie die vielschichtigen Charaktere der Figuren, vom Hamburger Altnazi über die Londoner Arzthelferin bis zum Bombayer DJ, besonders ist. Selbst der Plot folgt nicht dem Allgemeinen eines Krimis.

Merle Kröger: Cut! Ariadne Krimi, Hamburg: Argument Verlag, 2003, 224 Seiten, 9,90 Euro.

Rechter HipHop?

von Johannes Lohmann

Gibt es neben den verschiedensten musikalischen Stilen, die mit rechten Texten versehen werden, auch so etwas wie neonazistischen Rap? Murat Güngör und Hannes Loh gehen in ihrem Buch „Fear Of A Kanak Planet" dieser Frage nach. Das hat inzwischen das Interesse der rechtsextremen „Junge Freiheit" (JF) hervorgerufen. Der JF-Autor Claus-Michael Wolfschlag, Autor des Anti-Antifa-Machwerks „Das antifaschistische Milieu", charakterisiert den Band als „knallharte Polit-Propaganda". „Bekannte ‚Antifa'-Ideologen" nutzten die „Beschwörung der ‚rechten Gefahr' als Mittel zur Linksverschiebung der politischen Kultur". Güngör und Loh beschreiben HipHop mit seinen vielfältigen Ausdrucksformen als eine Möglichkeit für MigrantInnen, sich trotz des Rassismus der Mehrheitsgesellschaft kulturelle Räume zur Selbstfindung und Selbstbehauptung zu schaffen. Die Wiedervereinigung und die ihr folgende Renationalisierung des öffentlichen Diskurses habe das Ende einer Szene bedeutet, in der Hautfarbe und Nationalität vormals keine Rolle gespielt hatten. So habe die Kulturindustrie den „Deutschrap" als genuin deutsches Erfolgsmodell entdeckt und fortan sollte eine Neue Deutsche Reimkultur den Popstandort stärken, während Oriental HipHop, als die von Nicht-Deutschen produzierte Musik, lediglich seinen Platz im „Multi-Kulti-Zoo" zugewiesen bekam. Diese Entwurzelung führt für die Autoren zu der Akzeptanz rassistischer, nationalistischer und antisemitischer Metaphern in der Szene. Zu Recht weisen sie aber darauf hin, dass Zeilen wie „Zu viele Bitches scheffeln Geld und Fame mit Niggerbonus" oder „Skillz en Masse, ab ins Gas" nicht Nazi-Rap im eigentlichen Sinne, sondern diese Ausdruck eines Prozesses der Desensibilisierung und Entkontextualisierung seien. Das kann jedoch einen rechts codierten HipHop möglich machen.

Trotz der Wiederholungen, die offensichtlich der Struktur (Szene-Berichte, Interviews und historische Darstellungen) geschuldet sind, bietet die Publikation einen interessanten Einblick in die Thematik.

Hannes Loh/ Murat Güngör: Fear Of A Kanak Planet. HipHop zwischen Weltkultur und Nazi-Rap, St. Andrä-Wördern: Hannibal 2002, 336 Seiten, 19,90 Euro.

Impressum:
Verlag Der Rechte Rand GbR, Rolandstr.16,
30161 Hannover
Postanschrift: Der Rechte Rand, Postfach 1324,
30013 Hannover
Fax: 0511 / 33 60 221
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Werkdruck Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Einheit von rassistischer Theorie und Praxis

von Clara Walter

Der „Sicherheitsdienst“ (SD) der SS wurde 1931 von Reinhard Heydrich als einer von mehreren Nachrichtendiensten der NSDAP gegründet, um politische Gegner und innerparteiliche Opposition auszuspionieren. Nach 1933 stieg er zum einzigen Nachrichtendienst und politischen Terrorinstrument der Partei auf, als Heinrich Himmler die gesamte Polizei übernahm und Heydrich Leiter der Sicherheitspolizei, Kripo und Gestapo, wurde. 1939 wurde der SD eine „Abteilung“ im Reichssicherheitshauptamt. Der SD lieferte Stimmungsberichte aus der Bevölkerung. Informationen über weltanschauliche und „rassische“ Gegner leitete er der Gestapo zu, die im Gegensatz zu ihm Exekutivbefugnisse hatte. Seinem Selbstverständnis als politisch-weltanschauliche Elite des SS- und Polizeiapparates entsprechend, beanspruchte der SD die konzeptionelle Führungsrolle in der umfassenden Bekämpfung aller auch nur potentiellen Gegner. Seit dem Einmarsch in Österreich 1938 wurden SD-Einsatzkommandos aufgestellt, um Unterlagen gegnerischer Organisationen abzufangen.



Mit dem Überfall auf Polen radikalisierte sich ihre Aufgabenstellung. Sie waren nun für Massenmorde verantwortlich. Dreizehn fundierte und spannend geschriebene Studien widmen sich in einem von Michael Wildt herausgegebenen und eingeleiteten Sammelband der Stellung und den vielfältigen Aufgaben des SD im Gefüge des „Dritten Reiches“ sowie den Motiven dieser heterogenen Tätergruppe. Die Tätigkeiten des SD umfassten ebenso Wissenschafts- und Religionspolitik wie Sabotage im Krieg gegen die Sowjetunion. In Deutschland stützte sich der SD auf ein Netz von V-Leuten, in den besetzten Gebieten auf einheimische Kollaborateure. Ein Aufsatz widmet sich den Karrieren und Netzwerken nach 1945. Neben machtpolitischen Bedingungsfaktoren wird die zentrale Bedeutung der Weltanschauung für das Handeln der SD-Führungsriege deutlich. Idee und Tat legitimierten einander gegenseitig. Im Falle der desaströsen Arbeit des SD-Ausland in Italien aber behinderte die Fixierung auf ideologische Schemata eine realistische und umfassende Berichterstattung. In Estland stellte die SiPo kriegsbedingt slawische, also als rassisch minderwertig angesehene, Ermittlungsbeamte ein und kompromittierte damit ihre eigenen „Ideale“.

Michael Wildt (Hg.): Nachrichtendienst, politische Einheit und Mordeinheit, Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, Hamburg: Hamburger Edition 2003, 387 Seiten, 25 Euro.

Verpasste Chance

von Christian Grünert

Die Auseinandersetzung mit dem NRW-Verfassungsschutz dient der „Jungen Freiheit“ (JF) zur Selbstinszenierung in einer ihrer Lieblingsrollen: als Opfer einer verschwörerischen Kampagne von linksliberalen Medien, VS und Antifa. Der Weg, den die JF aus dem rechtsextremen Schattenreich in die etablierte Öffentlichkeit zurücklegte, war lang und mit inhaltlichen Häutungen verbunden. Entgegen der Bedeutung der JF für das neurechte Spektrum gibt es nur wenige Untersuchungen, die Herkunft und politische Intention der JF und ihres Umfeldes systematisch und kontinuierlich analysieren. Die Studien sind meist älteren Datums. Für die Zeit seit 1997 gibt es eine Analyselücke. Diese will die neue Untersuchung des „Duisburger Instituts für Sprach- u. Sozialforschung“ (DISS) schließen und zugleich an die eigene politisch-diskursive Einschätzung der JF aus dem Jahr 1994 anknüpfen, die damals eine Basis für die Auseinandersetzungen legte. In der Einleitung betont Helmut Kellersohn, dass sich an der völkisch-nationalistischen Grundausrichtung der JF nichts geändert habe. Dies ist wohl zutreffend, doch leider wiederholt Kellersohn nur bekannte von ihm selbst gesetzte Standards, ohne die Entwicklung der letzten Jahre zu beleuchten. Auch Martin Dietzschs Beitrag zum politischen und publizistischen Milieu der JF bietet nichts Neues und lässt die JF-Strategien für eine Erweiterung ihres Milieus unberücksichtigt. Dies leistet am ehesten ein wiederum von Kellersohn verfasster Beitrag über das „gildenschaftliche Netzwerk“ der JF. Er ist der Glanzpunkt des Bandes, beschreibt er doch trefflich den Entstehungs- und Umgruppierungsprozess von ideologischen Strategieprojekten wie dem des Instituts für Staatspolitik oder der Edition Antaios im personellen und inhaltlichen Kontext der JF. Die nachfolgenden Beiträge widmen sich den Referenzdiskursen und Personen der JF. Im Mittelpunkt des Beitrages von Alfred Schobert stehen sowohl JF-Säulenheilige wie der Staatsrechtler Carl Schmidt, als auch Autoren wie Alain de Benoist. Schobert zeichnet das JF-Doppelspiel mit rechtsextremen Inhalten nach. Uneindeutigkeit und Etikettierung als „konservativ“ einerseits, andererseits eindeutige Botschaften für die rechte Klientel. So gelingt es der JF sowohl klassisch konservative, als auch rechtsextreme Leser an sich zu binden. Im Konzept eines wissenschaftlichen Sammelbands befremdlich wirkt der Abschnitt „Stichworte zu einigen JF Autoren“. Nicht, dass es unwichtig wäre, Herkunft und Position der Akteure zu nennen. Doch im Buch bleibt es bei einer Auflistung einiger exemplarischer Werdegänge von JF Autoren. Die Schwächen sind offenkundig. Wiederholungen stehen neben ärgerlichen sprachlichen Ausrutschern, wesentliche Themen, welche die JF publizistisch zu befördern suchte, etwa der deutsche Opferdiskurs, fehlen gänzlich. Leider ein Buch der verpassten Chancen.

Dietzsch, Martin, Jäger, Siegfried (u.a.): Nation statt Demokratie: Sein und Design der Jungen Freiheit. Duisburg: DISS-Verlag 2003, 245 Seiten, 21 Euro.